

— Sechszwanzigster Jahrgang. —

Nr. 15.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

Amtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen

Posen, den 18. April 1917.

Inhalt: Osterartikel. S. 617—619. — Inland: Zur Osterbotschaft des Kaisers. S. 619. — Um den Frieden. S. 620. — Preßstimmen zu den Vorgängen in Rußland. S. 620—624. — Um die polnische Sache. S. 624. — Austritt des Fürsten Drucki-Lubecki aus der polnischen Fraktion. S. 625. — Die Fraktion und die Kriegsteuern. S. 625. — Die Verhandlungen des Herrenhauses über die polnische Frage und die Neuorientierung auf diesem Gebiet. S. 626—633. — Gegen die „Rhein.-Westf. Ztg.“. S. 633—634. — Die „Prawda“. S. 634—635. — Polnische Abendunterhaltung in Montow. S. 635. — An die Sokolvereine in Sachen der Kosciuszko-Feiern. S. 635. — Ausstellung von Bildern und Bildwerken in Posen. S. 636. — Zur Denkschrift der Berufsverbände über die Lebensmittelfrage. S. 636. — Hauptversammlung der Genossenschaft „Ostoja“. S. 637. — Die Handelsbank in Pr. Stargard. S. 637. — Schulverhältnisse in Posen. S. 638. — Polnische Knopfabrik. S. 639. — Belegtes Gebiet: Das Wesen der polnischen Idee. S. 639. — Zu den Vorgängen in Rußland und dem Polenmanifest der russischen Regierung. S. 640—645. — Russische Spione in Warschau. S. 624. — Der Krieg und die Juden. S. 645. — Die polnische Verfassungsfrage. S. 646—648. — Die Übergabe des polnischen Hilfskorps. S. 648—649. — Staatsratsangelegenheiten. S. 649—650. — Die politischen Verhältnisse im Königreich. S. 651. — Der „Głos Stoliczy“. S. 652. — Diplomatische Studien in Warschau. S. 652. — Der Gemeinderat in Bendzin. S. 652. — Arbeiterbewegung. S. 652. — Litauisches. S. 653. — Ausland: Die Revolution und der Frieden. S. 653. — Die Ruthenen und die Sonderstellung. S. 654. — Die Vorgänge in Rußland. S. 654—656. — Das Krafauer Kohlenrevier. S. 657. — Die Lausanner Agentur in Sachen des polnischen Heeres. S. 658. — Lednicki über die polnische Frage. S. 658. — Vorträge in der Sorbonne über Polen. S. 659. — Der Papst, Italien und die Posener Polen. S. 659. — Die Schweden über das polnische Meer. S. 660. — Die polnische Frage in Schweden. S. 660. — Die kanadische polnische Legion. S. 660.

Osterartikel der polnischen Presse.

Aus Nr. 80 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 8. April 1917.

Der Auferstehung entgegen.

Im Wechsel der einherströmenden Ereignisse bereitet sich die Welt wiederum auf die Feier der Auferstehung des Heilands und Erlösers vor. Der in den geheimsten Tiefen erschütterte Glaube tritt mit den Frauen des Evangeliums vor den abgewälzten Stein des Grabes Christi, nachdenkend über das wunderbare Geheimnis des vom Tode erstehenden göttlichen Lebens und in den Mysterien der Qual und der Loskaufung eine unererschöpfliche Quelle der Hoffnung und des Trostes in den schweren Mühen des Alltagslebens findend. Zum dritten Mal in diesem Kriege versenkt sich die sehnsüchtige polnische Seele mit größerer Hoffnung als je in das Morgengrauen eines besseren Geschicks, das immer klarer, immer wärmer am Horizont des nationalen Seins aufleuchtet. Die Nation ist eben mit der Auferstehungssymbolik, die den Eckstein des katholischen Glaubens bildet, so verwachsen, daß es für sie keinen anderen Gedanken gibt, außer dem vom Emporheben des Steines, welcher rund 100 Jahre lang das üppige polnische Leben niederdrückt, das unaufhörlich sich zu einem breiten und erhabenen Schwunge aufrafft.

In ganz Europa erschallt das Grollen der Geschütze; reichlich fließt polnisches Blut auf allen Schlachtfeldern; noch rauchen die Ruinen und Brandtrümmer auf den polnischen Gebieten; doch der besorgte polnische Gedanke eilt über Mangel, Schmerz und Zerstörung hinweg dem einzigen Ziele des nationalen Glücks und der nationalen Freiheit entgegen. So beschaffen sind das höchste Dogma und der Leitstern polnischen Denkens.

In dem Nebel des geschichtlichen Unwetters zeichnen sich immer deutlicher vor der Nation zauber-

hafte Ausichten ab, an welche vor dem Kriege ihre durch die Last der Prüfungen niedergedrückten breitesten Volksschichten sogar nicht einmal zu denken wagten. Denn die Zeiten, in denen wir leben, mit ihren sich überstürzenden Ereignissen berechtigten zu den kühnsten Kombinationen. Es liegt in der Luft von ganz Europa etwas, was neues Leben atmet; man hört eine Art Frühlingsrauschen, das eine neue Ära ankündet. Es zerplagen die Eisschollen alter Vorurteile und politischer Dogmen, hervor blickt frisches Grün aus den Trümmern des alten Lebens.

Wenn wir uns in den Pulsschlag der geschichtlichen Entwicklung hineinverfenken, so fühlen wir genau, daß eine große geschichtliche Periode sich ihrem Abschluß nähert und eine neue beginnt. Es vollzieht sich vor unseren Augen eine Umwälzung der Begriffe und Vorstellungen, wie sie die Menschen in epochemachenden Zeiten erfuhren, als die altertümliche heidnische Welt verschied, oder die Menschen an der Reife des 19. Jahrhunderts, als am Firmament der Feuerschein der französischen Revolution aufleuchtete. Zum dritten Mal steigt das alte Europa ins Grab, einem verjüngten Europa Platz machend. Es stieben Funken neuer Ideen in die ganze Welt hinein, das verbrennend, was ein Überbleibsel aus der Vergangenheit war. Losungen und Aufforderungen erschallen, wie sie in der Mitte des 19. Jahrhunderts die Reaktion nach einem kurzen Augenblicks des Nausches erstickte: Losungen von Völkerfreiheit, von Selbstregiment, von der Achtung der Eigenarten, der Merkmale und der kulturellen Erbschaften jeder Nationalität.

Die polnische Nation war in jenen Zeiten, die einen neuen Völkerfrühling ankündigten, eine der ersten unter den Völkern des Kontinents. Man braucht nur die Blätter des Buches von ihrer Pilgerfahrt umzuwenden und aus dem reichlichen Quell des Lebens zu schöpfen, der durch die Hände unserer Großen und Größten, der Mickiewicz, Lelewel, Libelt, Cieszkowski, Mochnacki hindurchströmte. Man braucht nur auf die Schätze der Poesie und des politischen Schrifttums jener Zeiten zu blicken, um kühn und ohne

übertreibung sagen zu können, daß wir unter den Standarten der Freiheit und der Gleichheit an der Spitze einhergeschritten. Wer wird es heute wagen, zu sagen, daß die Bestrebungen und Anstrengungen jener Generationen fruchtlos gewesen seien, wer wird heute einen Stein werfen auf unsere Kämpfer, für welche die Freiheit des Vaterlandes das höchste Gebot war?! Reifen doch vor unseren Augen die Samenkörner des polnischen Denkens und der polnischen Ideen, reiche Frucht verheißend! Erfüllt haben sich die Zeiten: Mit dem sich generierenden Europa entzündet sich das Herdfeuer eines neuen polnischen Lebens, hauptsächlich Funken von den Herden herholend, die nicht erlöschen sind, sondern nur reichlich mit Asche überstreut waren. Mit beiden Händen scharren wir die Asche auf, um die verborgene Glut hervorzuholen, welche über ganz Polen hinleuchten soll. Wir fühlen das lebendige Feuer, welches den machtlos gewordenen Organismus Polens durchleuchtet und in ihm Ströme des Lebens und der Wiedergeburt weckt.

Ein feierlicher Moment der Erwartung.... Bald werden die Glocken sich schwingen, gen Himmel wird aufsteigen das frohe Lied von der Auferstehung des Herrn. Erschallen wird die Dankeshymne über die polnischen Fluren hin, die aus den Fesseln des langen und häßlichen Winters erwachen. Und die von Dank überquellenden Herzen werden die göttliche Majestät preisen für das Wunder, welches sie für die gequälte Menschheit vollbracht, für die Gut, mit welcher sie das polnische Land umgeben hat, für die Gunst, daß sie unsere Augen das aus der Todesstarre zu neuer Kraft, zu neuer Arbeit, zu einer neuen Bestimmung erstehende Vaterland schauen ließ.

Aus Nr. 80 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 8. April 1917.

.... „Die äußeren Ereignisse und Umstände können und konnten eine Änderung in unserer Lage hervorrufen. Aber diese Änderung kann weder Dauer noch innere Kraft haben, wenn wir nicht würdig der neuen Aufgabe entsprechen, wenn wir nicht selbst Hand anlegen werden an unseren inneren Wiederaufbau, wenn wir uns nicht der Fehler und Eigenarten entäußern werden, die in bedeutendem Maße zu unserem Falle beigetragen haben. Und man darf nicht behaupten, daß wir aus den geschichtlichen Erfahrungen schon die rechte Lehre gezogen, daß wir das schon vergessen hätten, was uns trennt, und daß wir vor allem daran dächten, was uns einen sollte. Auch heute trennt uns noch eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit, wenn nicht hinsichtlich des Hauptproblems unserer Zukunft, so doch hinsichtlich der Wege, die zu diesem Ziele führen. Und dieser Unterschied tritt nur allzuoft in Formen zutage, welche sehr begründete Befürchtungen wecken, die nichts gemein haben mit der besonders im gegenwärtigen Augenblick für uns so unentbehrlichen Rücksichtnahme und Überlegung. Das Fest der Auferstehung ist ein Fest allgemeiner Versöhnung und Bruderliebe. In früheren Zeiten versöhnten sich oft unversöhnliche Feinde bei der Teilung des Osterieins mit einander. Führen wir diesen Brauch wieder ein, erweitern wir ihn vielmehr auf die ganze Nation; vergessen wir, soweit dies möglich ist, die inneren Zwistigkeiten und Streitigkeiten, die in einer wesentlichen Zahl der Ereignisse nur Streitigkeiten um ein Nichts sind und streben wir einträchtig und solidarisch dem gemeinsamen Ziele zu.

Aus Nr. 80 des Kraj (Lissa)
vom 8. April 1917.

.... „Wir leben.... wir leben tatsächlich, dank dem Umstande, daß das polnische Volk traditionell an der Kirche Christi festgehalten hat. Darin liegt unsere nationale Stärke. Darum arbeiten wir auch aus religiösen und nationalen Beweggründen mit ganzem Herzen gemäß der Stimme unserer ehrwürdigen Geistlichkeit; wir arbeiten an der Erhaltung des religiösen Charakters der polnischen Bevölkerung, aller Schichten des Volkes. Liberalismus auf religiösem Gebiet würde alle von ihm beherrschten Einzelpersonen, und sofern er in das Leben der breitesten Volksschichten hineindringen sollte, unsere ganze Nation nicht bloß zu Falle, sondern ins Verderben bringen.

.... „Es ersteht vor unseren Augen ein selbständiger polnischer Staat: das Königreich Polen wieder. Wir alle haben dabei mitzuarbeiten, unter Zurücksetzung allen Großes dem sündlichen Haß entgegenged. Ganz Polen hat sich die realen Bedingungen ins Bewußtsein gerufen und sich an diese schwierige, viel Hingabe, Geduld und weises Verständnis heischende Arbeit gemacht. Wir heben den Grabstein auf, unter welchem Polen mit dem weißen Adler ruhte. Niemand darf sich dem entziehen, da auf ihm die volle Verantwortlichkeit lastet, sofern wegen seiner Untätigkeit infolge Wartens darauf, daß andere machen würden, was notwendig sei, die Sache mißlingen, der Grabstein wieder niederfallen und die Hoffnungen erdrücken sollte. Nicht vom Herzen, sondern vom Verstande haben wir uns leiten zu lassen. Der Triumph ist — so vertrauen wir — nach untrüglichen Zeichen nahe. Gott gebe, daß wir in kurzem schon alle fröhlich singen könnten:

Polen ist erstanden!
Die Nation ist von neuem wieder aufgelebt!
Ehre sei Gott in der Höhe!
Halleluja!

Aus Nr. 80 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 8. April 1917.

Auferstehung.

Aus der Entwicklung der Veränderungen der menschlichen Begriffe ist wie ein Phönix — aus verscharrter Aschenmenge — die Polenfrage aufgetaucht, eine Frage, von der die Gegner schon seit Jahren sagten, daß sie nie verstorben sei und niemals auferstehen werde. Die Lösung des nationalen Glaubens, der Kraft und der Hoffnung „Noch ist Polen nicht verloren“ war für uns vor dem Kriege die Lösung einer schmerzhaften Verhöhnung seitens unserer Feinde. Und heute? „Noch ist Polen nicht verloren“ ist keine Lösung der Träume unserer Väter und unser selbst, keine Lösung, die andere verhöhnen soll, sondern eine Tatsache, die vor uns ersteht und uns zu neuem freien Leben erweckt.

Auf den Trümmern des gefallenen Freistaates nach hundertjähriger Knechtschaft, nach einem Verlauf von teilweise schon legendenhaften Perioden, nach der Schule harten Lehren der Reinigung des nationalen Charakters ersteht das große, in den Liedern unserer Dichter angekündigte und in den Träumen jedes Polen geliebteste unabhängige Polen. Auf den Trümmern unseres durch die Schuld unserer Väter und die Eroberungen unserer Nachbarn zerschmetterten Vaterlandes ersteht heute das Werk der großen geschichtlichen Nachbesserung. Die beteiligten Mächte verkünden die Morgenröte des unabhängigen Polen und erkennen dadurch das Unrecht der damaligen geschichtlichen Tat, sowie auch den durch Arbeit und nationale Entwicklung erlangten Wert und die natürliche Berechtigung zum selbständigen polnischen Dasein an.

über dem Meere des teuren Blutes erhebt sich der Morgenstern der Gerechtigkeit als Lehre für die Menschen, daß nur diejenigen Grundsätze dauernd und ewig sind, welche in der Quelle der Ethik Christi ihren Anfang haben.

In diesem feierlichen Augenblicke wollen wir uns nicht bloß freuen, sondern auch der Pflichten eingedenk sein, welche die Zeit dem Volke auferlegt. Vor allem wollen wir aber unser Haupt vor der Wahrheit neigen, deren Sieg wir sehen und deren Befenner und Streiter wir sind: nämlich der christlichen Ethik.

Aus Nr. 78 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 8. April 1917.

Osterbetrachtungen.

Die „Gazeta Ludowa“ schließt ihre Osterbetrachtungen folgendermaßen: „Trotz der Unsicherheit der Zukunft des freien, unabhängigen polnischen Staates ist es heute doch schon offenbar, daß nach diesem schrecklichen Kriege (der wie alles Böse einst enden muß) das polnische Volk in die Reihen der freien, glücklichen Völker treten wird.“

Wir wollen das Gehör anstrengen und die Augen öffnen! Es naht der ersehnte Augenblick, es kommt der Tag der Auferstehung unseres geliebten Vaterlandes aus dem Grabe.

Wir sind heute alle fröhlich gestimmt, denn wir sehen die Morgenröte der aufgehenden Freiheit. Welch ein freudiges Gefühl muß heute in den Seelen des noch unlängst schwer unterdrückten, die Freiheit liebenden polnischen Volkes erwachen, weil es die Vorsehung nach hundertjähriger Knechtschaft in das Land der Freiheit, zur Auferstehung führt!

Die Vorsehung führt unser polnisches Volk zum goldenen Lande der Freiheit, sie erweckt unser Vaterland aus dem Grabe. Nach den Tagen der Erniedrigung, der Sklaverei und der Unterdrückung folgt für uns ein sonniges Morgen, eine glorreiche Auferstehung. Deshalb ist auch das heutige Osterfest ein Tag allgemeiner Freude für unser polnisches Volk.

Aus Nr. 80 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 8. April 1917.

Ostern 1917.

Nicht ohne Grund wurden zu Beginn des Krieges von beiden Seiten der Kämpfenden die Lösungen gegeben, daß der Krieg um die Freiheit und Unabhängigkeit aller Völker geführt werde. Vielleicht waren sie anfänglich im Munde derjenigen, welche sie benutzten, nur leere Phrasen, an deren Verwirklichung sie niemals dachten. Aber eine große, edle, einmal zum Leben erweckte Idee läßt sich nicht mehr einschläfern. Sie wächst, wird mächtig und gefährlich für denjenigen, der sie hinterlistig in den Dienst seiner egoistischen Ziele stellen wollte.

Das beweist die Polenfrage. Beim Ausbruche des Krieges sollten schön klingende Aufrufe an das polnische Volk auf den Saiten seiner edelsten Gefühle spielen und es zum Kampfe im Interesse derjenigen antreiben, welche die Lösungen ausgaben. Inzwischen ist es aber anders gekommen. Die Polenfrage, die auf diese Weise ins Leben gerufen wurde, wuchs und wurde mächtig. Und heute, da wir bei dem Donner der Geschütze zum dritten Male das Osterfest feiern, können wir gleichzeitig auch das Fest der Auferstehung Polens begehen. Beide kämpfende Seiten anerkannten und verkündeten feierlich den Grundsatz und die Notwendigkeit der Auferweckung des vor einem Jahrhundert zu Grabe getragenen Polenreiches. Heute können wir schon mit vollständiger Sicherheit sagen,

daß bei den Friedensverhandlungen keine politischen Händel das auferstandene Polen werden töten können. Das leidende, glaubende und hoffende polnische Volk hat es erlebt, was den mit der Kälte rechnenden, mit dem Zirkel messenden und mit der Wage wägenden Weisen als ein kindliches Träumen und als eine Seifenblase erschien. Der Glaube hat das polnische Volk erlöst und ihm sein selbständiges Leben wieder gegeben; der Glaube wird ihm auch Kraft zur Arbeit an dem Wiederaufbau des Landes verleihen, damit es würdig, frei unter freien und gleich unter gleichen Völkern in altem Ruhm und alter Herrlichkeit dastehe.

Die polnische Frage in Deutschland.

Aus Nr. 81 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 11. April 1917.

Eine wichtige Kaiserliche Botschaft.

Unter dieser Überschrift bringt der „Dziennik Kujawski“ einen längeren Leitartikel und schließt ihn mit folgenden Worten:

„Der Monarch wendet sich in seiner Botschaft nicht bloß an den preußischen Ministerpräsidenten, sondern auch an den Reichskanzler. Aus diesem Umstande schließt die Berliner Presse, daß der Kaiser nicht nur eine grundlegende Reform des preußischen Organismus im Sinne hat, dessen grundsätzlicher Winkel die Wahlreform ist, sondern daß die Kaiserliche Botschaft auch zu einer Reform im Reiche die Hand bietet. Wie bekannt, hat der Reichstag vor zwei Wochen einen „konstitutionellen Ausschuß“ gebildet, der eine Reihe von Reformen im grundsätzlich rechtsstaatlichen Organismus des Deutschen Reiches bearbeiten soll.“

Das Ziel der Bestrebungen der reformatorischen Tätigkeit geht sowohl im Deutschen Reiche als auch in Preußen dahin, nicht nur systematische, allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahlen, sondern auch ein parlamentarisches Regierungssystem im Deutschen Reiche und in Preußen einzuführen, d. h. die ausführende Gewalt zwischen dem Volke und dem Monarchen zu teilen. Bekanntlich steht jetzt, nach der Revolution in Rußland, Deutschland = Preußen als einziger Staat da, der kein verantwortliches parlamentarisches Regierungssystem hat, d. h. mit einer Verantwortlichkeit der Regierung dem Monarchen und dem Parlamente gegenüber. Nach dieser Demokratisierung streben die Stimmen der allgemeinen Volksmeinung in Deutschland. Und gegenwärtig haben sie in der Kaiserlichen Botschaft eine ernstliche Unterstützung gefunden. Der Wortlaut dieser Botschaft reicht allerdings nicht so weit, wie es die demokratische Linke wünscht. Sie gewährt aber doch eine Unterlage für eine weitere Tätigkeit, und wenn diese erst einmal eingesetzt hat, wird sie sicherlich nicht früher aufhören, bis diese Bestrebungen verwirklicht werden.

Mit der Osterbotschaft des Kaisers Wilhelm hat in Deutschland = Preußen amtlich eine Periode der inneren Reformen begonnen, in deren Verlauf sicherlich gewisse Momente interessieren werden. Hierbei werden parteipolitische Kämpfe gewiß nicht fehlen. Offenbar wird das Ergebnis dieser Reformen bezüglich der Form und des Inhaltes in hohem Maße von dem Verlaufe der Kriegsereignisse abhängen.

Aus Nr. 80 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 8. April 1917.

Die Wahlreform in Preußen.

Die gestrigen Berliner Morgenzeitungen wiederholen nach der amtlichen „Norddeutschen Allg. Ztg.“

merkwürdige Kundgebungen, welche den Willen des Kaisers zur Durchführung der neuen Orientierung bestätigen. Da wir sie heute wegen Platzmangels nicht vollständig bringen können, müssen wir sie bis zur nächsten Nummer zurücklegen, gleichzeitig aber schon feststellen, daß diese neue Regulierung, welche die Person des Monarchen in den Vordergrund der Änderungen der inneren Einrichtung treten läßt, auch die Stellung des Reichskanzlers, sowie derjenigen Strömungen in Preußen-Deutschland festigen wird, welche nach der neuen Orientierung streben.

Aus Nr. 40 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 5. April 1917.

Um den Frieden.

Die vom Reichskanzler und vom Grafen von Czernin ausgesprochene Bereitwilligkeit zum Frieden hat bei den Habsburgisten und Alldeutschen große Unzufriedenheit hervorgerufen.

Diese Unzufriedenheit bringt die „Deutsche Tageszeitung“ in folgender Weise zum Ausdruck: „Der Graf von Czernin spricht von einem ehrenvollen Frieden. Was kann das für ein Frieden sein? Das deutsche Volk muß einen siegreichen Frieden erreichen, und keinen andern, der zur Verschönerung der Niederlage ein „ehrenvoller“ Frieden heißen will, weil ein Frieden, der nicht auf dem Siege beruht, eine Niederlage wäre. Auch kann während der Dauer des Kampfes von der Eröffnung einer Friedenskonferenz keine Rede sein, weil sie die Unsicherheit der Armeeleitung veranlassen könnte.“

Die alldeutsche Zeitung protestiert also, mit einem Worte gesagt, gegen das Programm des Grafen von Czernin und verlangt, daß Friedensschritte nicht früher getan werden, bis die Mittelmächte einen vollständigen Sieg davongetragen haben.

Den Herren Habsburgisten und Alldeutschen genügt nicht ein ehrenvoller Friede, wie ihn die verantwortlichen deutschen und österreichischen Staatsmänner wünschen, sondern sie wiederholen stets ihr Liedchen vom siegreichen Frieden, als ob ein vollständiges Niederringen der Gegner heute noch möglich wäre. Aber die Habsburgisten und Alldeutschen haben ihre Augen offenbar dazu, um damit nicht zu sehen.

Die „Gaz. Gr.“ hat gleich zu Beginn des Krieges gesagt, daß sie daran nicht glaube, daß England, Frankreich und Rußland mit ihren Bundesgenossen den Sieg davontragen werden, und so ist es auch heute noch. Die „Gaz. Gr.“ sieht aber auch nicht die Möglichkeit, daß die Mittelmächte alle ihre Feinde so auf die Kniee niederringen werden, wie es die Habsburgisten und Alldeutschen haben wollen, um solchen Frieden zu erlangen, für den die „Deutsche Tageszeitung“ schwärmt.

Daher handeln die verantwortlichen deutschen und österreichisch-ungarischen Staatsmänner sehr vernünftig, daß sie gegenwärtig ihre Friedensvorschläge vom 12. Dezember in anderer Form erneuern. Die Bürger ihrer Staaten werden ihnen dafür sicherlich sehr dankbar sein.

Diejenigen aber, denen der gegenwärtige Krieg noch nicht genügt, mögen sich mit ihrem Kriegswahn beruhigen, denn sonst könnte sehr leicht Gott selbst eingreifen und eine Ruhe und einen Frieden herbeiführen, den man kurzweg Kirchhofsfrieden nennt.

Sehen die Verblendeten denn nicht, daß ein bedeutender Teil der Welt schon vom Mangel an Nahrungsmitteln und vom Hunger bedroht ist? Nicht bloß in Europa offenbart sich ein starker Mangel an Nahrungsmitteln, der in eine Hungersnot ausarten könnte, sondern auch Nordamerika ist von einem solchen Mangel ernstlich bedroht, so daß dort

schon weniger vom Kriege als vom Mangel an Nahrungsmitteln gesprochen wird. Und in einigen Teilen Südamerikas sieht es ähnlich aus. Sogar Argentinien das an Getreide so reich ist, will die Getreideausfuhr verbieten!

Werden die rasenden Völker nicht endlich die Zeichen der Zeit erkennen? Werden sie nicht endlich einsehen, daß es besser wäre, anstatt an ein gegenseitiges, erfolgreiches Morden, an gemeinschaftliche Bemühungen zu denken, um von Europa, von der Menschheit eine schreckliche Hungersnot abzuwenden?

Hat die strafende Hand Gottes sie noch nicht schmerzhaft genug berührt?

Mögen sie zur Besinnung kommen, bevor Gott das Endurteil spricht!

Aus Nr. 78 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 5. April 1917.

?

Wir stehen vor einem großen Fragezeichen: Was wird aus dem gewaltigen russischen Reiche werden?

Dasselbe wurde bis dahin, übrigens mit Recht, ein Kolos auf tönernen Füßen genannt. Heute wird der Boden durch die Revolution unterwühlt, und der ganze Kolos fängt zu wanken an. Er droht jeden Augenblick in tausend Stücke zu zerfallen.

Manche glauben jedoch, daß er nicht zerfallen, sondern nur majestätisch sich auf den Boden senken und dadurch sogar eine sichere Grundlage gewinnen wird. Zerbrechen werde an ihm nur das, was in Rußland bis dahin die wirkliche Ursache alles Übels gewesen sei, — nämlich die verhasste Autokratie und Bürokratie.

Rußland müßte aber in diesem Falle ein Phönix unter den Völkern, ja sogar ein Überphönix sein, denn es würde ja auch ohne einen Flammentod wieder auferstehen. Ein solches Märchen könnte aber höchstens ein ausgezeichnetes Thema für poetische Preisbewerbe bilden, es eignet sich jedoch nicht für die arme Alltagsprosa, die sich auf realen Boden stützt und nur mit Tatsachen rechnet.

Tatsache ist es aber, daß Rußland kein europäischer, sondern ein ausgeprägt asiatischer Staat ist und daß es deswegen auch politisch nach europäischen Begriffen nicht beurteilt werden kann.

Denn die Grundlagen der europäischen Kultur oder der Kultur des Westens sind jene Ideen, die wir von dem früheren römischen Staate übernommen haben, und die nachher durch das Christentum und das Rittertum des Mittelalters zum Teil umgeformt wurden.

So haben wir von dem alten Rom die ganze Gesetzgebung behalten, die auch heute noch auf unseren Universitäten gelehrt wird und die Grundlage unserer ganzen Rechtspflege bildet.

Den Grundstein dieser Gesetzgebung bildet aber das Eigentumsrecht. Die Kirche hat in die ganze Gesetzgebung noch den Begriff der Pflicht und das mittelalterliche Rittertum den Begriff der Ehre eingetragen. So bilden jetzt das Eigentumsrecht, die Ehre und die Pflicht die charakteristischen Merkmale der Zivilisation des Westens, deren letzter, am weitesten nach dem Osten vorgeschobener Posten Polen war.

In Asien sind nun diese Begriffe unbekannt. Wir finden sie dort erst in dem entferntesten Osten, nämlich in Japan wieder. Deswegen hat sich auch Japan binnen weniger Jahre mit solcher Leichtigkeit zu einem Staate nach europäischem Muster entwickelt.

Es wäre zwar nun lächerlich, zu behaupten, daß Rußland ethnographisch zu Asien gehöre, dann trotz eines starken Beigemischs mongolischen Blutes gehört es zu seinem überwiegenden Teile der slawischen Rasse an, aber es darf nicht vergessen werden, daß die Tataren sich Jahrhunderte hindurch dieser Slawen dazu

bedienten, um auf ihrem Rücken aufs Pferd zu steigen, und daß sie dem russischen Volk mit Peitsche und Knute ihre eigene Kultur einzuprägen suchten.

Und an einen Widerstand konnte Rußland nicht denken; denn der damalige Russe hatte keine nationale Überlieferung, und seine Religion, die ihm aus Konstantinopel gebracht worden war, war nur eine leere Form ohne jeden Inhalt. Und sie ist auch heute nichts anders.

Die byzantinische und die römische oder die orthodoxe und die katholische Konfession unterscheiden sich nämlich trotz ihrer gemeinsamen Grundlage in ähnlicher Weise von einander, wie die bisherige russische Autokratie und eine europäische Monarchie oder wie der Begriff des Eigentums in Asien und in Europa.

Was nun den Begriff des Eigentums anbelangt, so war er bei den Tartaren, bei einem Tschingischen eben derselbe, wie bei einem Iwan dem Grausamen, einem Nikolaus und Alexander. Er bestand in dem Grundsatz, daß der ganze Besitz im Staate dem Herrscher dieses Staates gehöre und daß dieser Herrscher deshalb auch befugt sei, alle Güter im Staate nach Belieben zu verschenken und darnach auch jeden Augenblick wieder zurückzunehmen. Das beweisen am besten die Millionen Morgen polnischen Bodens, die in Rußland konfisziert und verteilt oder ganz einfach geraubt wurden.

Zu diesem Grundsatz bekannte sich aber nicht nur der Zar, der ihn auch in der Praxis durchführte, da er ja die Macht dazu hatte, sondern auch das ganze russische Volk, das ihn als einen Glaubensartikel für seine Staatseinrichtungen betrachtete. Den besten Beweis hierfür liefert das bei der Aufhebung der Leibeigenschaft im Jahre 1862 angewandte Enteignungssystem.

Es wurden nämlich damals sogenannte „Servitute“, d. h. ein gemeinsamer Besitz, ein direkter Kommunismus eingeführt. Und diese Einrichtung, welche in den Augen eines jeden normalen Europäers eine Negation des Eigentums bedeutet, hat, was für die russischen Eigentumsbegriffe besonders charakteristisch ist, nicht nur zu keinem Protest in Rußland geführt, sondern sie wurde sogar von allen, und hauptsächlich von den liberalen Elementen, als ein Beweis dafür hingestellt, daß Rußland anderen Völkern vorangehe.

Ebenso charakteristisch für die russische Auffassung vom Privateigentum ist die Tatsache, daß, als Stolyppin endlich die Mängel des erwähnten Enteignungssystems erkannte und zu der Überzeugung gelangte, daß es nicht nur seinem Wesen nach unlogisch sei, sondern auch jede Entwicklung des landwirtschaftlichen Betriebes in Rußland hemmen müsse, und als er infolgedessen die Agrarreform vorschlug, auf Grund deren es jedem Bauern freistehen sollte, über sein Privateigentum selbst zu bestimmen, daß er da ebenso in der russischen Duma wie in dem russischen Staatsrate auf eine gewaltige Opposition aller Elemente stieß.

Die Reform wurde zwar trotzdem angenommen, aber nur dank den Bemühungen der polnischen Dumaabgeordneten und der polnischen Mitglieder des Staatsrates.

Aus dieser Tatsache ergeben sich zwei logische Schlüsse: erstens fehlt es der russischen Mehrheit in den beiden Kammern an jedem praktischen Sinn, denn selbst ein Blinder würde in diesem Falle doch erkennen, daß bei einem gemeinsamen Besitz von einer Steigerung der Produktivität des Bodens nicht die Rede sein kann; zweitens hat diese Mehrheit vom Privateigentum nur einen ganz dunklen, primitiven Begriff.

Wie dunkel und primitiv muß also die Auffassung vom Privateigentum erst bei jenen Analphabeten sein, aus welchen der überwiegende Teil der Bewohner Rußlands besteht, und wie wenig befähigt muß das russische Volk sein, um eine Staatsverfassung praktisch durchzuführen.

Und solche Leute wollen heute auf einmal zwei der schwierigsten Aufgaben lösen, nämlich eine neue Regierungsform schaffen und zugleich einen Krieg von einem noch nie dagewesenen Umfange führen!

Wir haben zwar darüber, was gegenwärtig in Rußland vorgeht, nur spärliche und einander widersprechende Nachrichten, aber aus den offiziellen Kundgebungen und Aufrufen der provisorischen Regierung ist zu ersehen, daß jetzt dort die Linke schon die Oberhand gewinnt. Das klingt eigentlich ziemlich unschuldig, aber bei denjenigen, welche längere Zeit in Rußland zugebracht haben und Fühlung mit dem russischen Volke hatten, erweckt diese Nachricht doch ein gewisses Grauen.

Ich will damit nicht gesagt haben, daß die Regierung der sog. Linken zu blutigen Verfolgungen führen und nach dem Muster der französischen Revolution im ganzen Lande Guillotinen aufstellen wird. Denn diese russischen Revolutionäre fingen ihre Regierung doch damit an, daß sie die Todesstrafe überhaupt aufhoben und auch alle politischen Gefangenen freiließen, aber das sind jedenfalls nur Idealisten, die im höchsten Grade unfähig sind, die komplizierte Staatsmaschine zu leiten.

Aber dieser russische Idealist ist grundverschieden von einem europäischen Idealisten. Er vermag vor allem die Notwendigkeit eines logischen Zusammenhanges zwischen seinen Theorien und seinen Ausführungen nicht einzusehen; er hat einen so weiten Kopf, daß in demselben sich die widersprechendsten Urteile und Meinungen ruhig zusammenfinden können.

So sehen jene Leute aus, welche sich an die schwere Aufgabe heranwagen, das riesige russische Reich zu reorganisieren, und zwar unter den schwierigsten Bedingungen, wie solche durch den gegenwärtigen Krieg geschaffen wurden!

Es kommt noch hinzu, daß keiner von diesen Leuten sich früher aktiv mit Organisation beschäftigte oder an der Verwaltung beteiligte und daß sie deswegen alle nur Theoretiker sind, die man bestenfalls etwa mit einem Professor der landwirtschaftlichen Chemie vergleichen könnte, der auf einmal große Güter zu verwalten hätte oder mit einem Professor der Mathematik, der zum Bankdirektor ernannt wäre.

Angenommen jedoch, daß diese Herren durch irgend ein Wunder alle zu ihrem gegenwärtigen Berufe erforderlichen Kenntnisse erlangt hätten, an denen es ihnen jedoch tatsächlich mangelt, und daß sie infolgedessen auch imstande wären, konkrete und wirklich ausführbare Projekte zu machen, wer soll dann diese Projekte ausführen? Doch nicht etwa jene Phalanx der heutigen russischen Beamten, die zwar für Diebstähle und Bestechungen vorzüglich organisiert sind, aber für eine gründliche Reorganisation sich doch am wenigsten eignen und jeder Reform abhold sind? Von dieser Seite her ist nicht nur passiver Widerstand, der übrigens schon allein ausreichen würde, um jede segensreiche Arbeit zu paralytisieren, sondern sogar aktive Auflehnung — die Sabotage — zu befürchten.

Der einzig mögliche Weg wäre allerdings, alle diese schädlichen Elemente zu beseitigen und sie durch neue, ehrliche und fähige Männer zu ersetzen. Da müßte man aber zum mindesten schon drei Viertel sämtlicher heutigen Tschinowiks beseitigen und an ihre Stelle mehrere Hunderttausende neuer, arbeitsfähiger und selbstverständlich makelloser Männer setzen.

Wo wären aber diese Männer jetzt zu finden oder wo wären sie vielmehr überhaupt zu suchen?

Die Arbeit der heutigen russischen Diogenesse wird somit keine leichte sein, zumal schon Gefahr im Verzuge ist.

Denn in allen größeren Städten Rußlands herrschte bereits vor der Revolution Hungersnot, und wir erfahren jetzt, daß gerade diese Hungersnot es war, durch welche die Revolution heraufbeschworen

wurde. Deswegen bestand auch die erste Tätigkeit der neuen Regierung darin, vor allem Moskau und Petersburg mit Lebensmitteln zu versehen. Das war allerdings unerlässlich, um allen weiteren Tumulten vorzubeugen.

Das hätte aber auch schon die frühere Regierung tun können, und wir wundern uns, daß sie es nicht getan hat. Denn in Südrußland müssen doch noch sehr große Vorräte an Lebensmitteln vorhanden sein. Die Getreideausfuhr wurde dort schon seit drei Jahren eingestellt, und deswegen muß jetzt in den Speichern und Elevatoren eine ganze Menge Getreide der verschiedensten Art aufgestapelt liegen.

Die einzige Erklärung für das Versäumnis der früheren Regierung wäre somit nur in dem Mangel an Eisenbahnlinien und Güterzügen, sowie in der überall herrschenden Unordnung zu suchen.

Neue Güterzüge und Eisenbahnlinien kann aber auch die neue Regierung nicht herstellen. Ebenso wenig wahrscheinlich erscheint die Beseitigung der bisherigen Unordnung, denn diese Unordnung war wohl weniger durch die Unfähigkeit der Ministerien, als vielmehr durch die Bestechung und durch die Diebstähle des ganzen Beamtenpersonals verschuldet. Und wenn das gegenwärtige Ministerium jetzt Untersuchungen zwecks Aufdeckung dieser Mißbräuche durchführen wollte, so würde es allgemeine Unzufriedenheit hervorrufen und auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen.

Wenn also Petersburg gegenwärtig noch mit ausreichenden Lebensmitteln versehen wird, so geschieht dies sicherlich nur auf Kosten der Munitionslieferung und der Verproviantierung der Armee.

Welche Verwickelungen sich aber daraus ergeben können, das läßt sich allerdings noch nicht ohne weiteres feststellen, aber es unterliegt keinem Zweifel, daß solche Verwickelungen tatsächlich eintreten werden.

Die neue Regierung in Petersburg mußte anfangs für ihre Zwecke auch das in der Hauptstadt garnisonierende Heer — 30 000 Mann, überwiegend Reservegardisten, für sich gewinnen. Das gelang ihr zwar, aber nur unter schwerer Schädigung der Militärdisziplin. Denn die Mannschaften stellten sich nicht mehr unter den Befehl der Offiziere, sondern die Offiziere unter den Befehl der Mannschaften; — die Widerspenstigen wurden niedergemetzelt.

Es wurde auch bald darauf ein Modus eingeführt, der an die früheren Donkosaken erinnert; die Mannschaften wählten sich ihre militärischen Vorgesetzten selbst.

Vorgestern habe ich aber von einem deutschen Offizier, der eben von der nördlichen Front kam, erfahren, daß nach Angabe der russischen Gefangenen diese Neuordnung auch bei ihnen schon eingeführt wurde.

Als sie gefangen wurden, — so erzählten sie, — da waren sie eben damit beschäftigt, ihren Obersten und ihre Offiziere zu degradieren und neue Vorgesetzte zu wählen. Das geschieht gegenwärtig allerdings nur an der Nordfront, die der Hauptstadt näher liegt.

Weiter im Süden hat der russische Soldat bis dahin überhaupt kaum etwas von der Revolution gehört, aber es ist schwer anzunehmen, daß er in dieser Unkenntnis noch lange wird erhalten werden können. Deswegen ist eine allgemeine Lockerung der militärischen Disziplin unvermeidlich, und wenn auf diese Lockerung eine vollständige Auflösung der militärischen Zucht folgt, dann ist doch von einem eigentlichen Heer keine Rede mehr.

Man hat jetzt in Petersburg beschlossen, auch die Apanagegüter, d. h. den Privatbesitz der Familie Romanow unter die Bauern zu verteilen. Diese Nachricht wird im Lande schnelle Verbreitung finden, und wenn sie auch noch zum Heere dringt, wird sie zweifellos schon eine allgemeine Desertion zur Folge haben. Denn der russische Bauer wird sich, wenn er

sich als Soldat von den Banden der militärischen Zucht befreit fühlt, nicht mehr halten lassen. Er wird nach seiner Heimat eilen, um darüber zu wachen, daß er bei der Verteilung des Bodens nicht zu kurz komme. Und wie jetzt die Regierung die Güter der Romanows verteilt, so werden nachher die Bauern die übrigen Güter selbst unter sich teilen.

Daß es dazu tatsächlich kommen kann, ist in Rußland kein Geheimnis mehr. Es ist zwar anzunehmen, daß sich noch Männer finden werden, die bemüht sein werden, einer solchen Katastrophe vorzubeugen. Auf welche Weise soll das aber dann geschehen, und wird es ihnen überhaupt noch gelingen? Ich glaube es nicht.

Berlin, den 2. April 1917.

Kaver Lubecfi.

Aus Nr. 77 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 4. April 1917.

In einem

„Die russische Revolution und die Kriegsziele“

beitrugen Artikel schreibt das Blatt:

„Das unklare, zum Teil geradezu zweideutige Verhältnis des alten Rußlands zu den Weststaaten hat vielleicht nirgends deutlichere Spuren hinterlassen, als in der Behandlung der polnischen Frage. England und Frankreich mußten, indem sie der Welt die Losungen der Befreiung der Völker verkündigten, danach streben, auch die Polen in ihr Programm einzuschließen, sowohl deshalb, weil die regierenden Kreise in Paris und London darin einen vorzüglichen Trumpf in ihrer Hand erblickten, als auch mit Rücksicht darauf, daß das Übergehen der polnischen Frage sofort die Wichtigkeit jener Grundsätze entschleierte hätte, im Namen derer die Koalition zu kämpfen behaupteten. Aber gerade hier kreuzten sich die Interessen Englands und Frankreichs mit denjenigen Rußlands, welches den größten Teil der polnischen Lande beherrschte und darum nicht zu einem solchen politischen Altruismus geneigt war, auf das Königreich zugunsten eines selbständigen polnischen Staates zu verzichten.“

Das Manifest des Großfürsten Nikolaus, welches die Autonomie der vereinigten polnischen Lande in Verbindung mit Rußland verkündigte, war nur eine schwache Brücke, welche die Widersprüche zwischen dem Standpunkt Frankreichs und Englands in der polnischen Sache und den Interessen des russischen Kaiserreichs ausglich. Außerdem hatte die russische Bürokratie nichts getan, um sogar in dem engen Rahmen jenes Manifests etwas Positives für die Polen zu tun. Von seiten der englisch-französischen Diplomatie hat man hinter den Kulissen alle Triebfedern in Bewegung gesetzt, um Rußland zu einer solchen Behandlung der polnischen Frage geneigt zu machen, wie sie den Interessen Frankreichs und Englands entspräche, um den freizeitlichen Gesten dieser Staaten einen gewissen realen Gehalt zu verleihen. Aber andererseits hielt die Furcht, bei den Machthabern Rußlands anzustoßen, und sie in die Arme Deutschlands zu treiben die Regierungen Frankreichs und Englands von jeder energischen Intervention zurück.

Die Mittelmächte begriffen sofort diese schwache Position der Koalition in der polnischen Frage, und nachdem sie beschlossen hatten, die Gegner auf diesem Gebiet ein für alle Mal zu distanzieren, proklamierten sie durch das Manifest vom 5. November die Unabhängigkeit des von ihnen besetzten Königreichs.

Es war das für die Koalition eine Niederlage, zwecks deren Wettmachung man vergebens die Zarenregierung zu bewegen versuchte, einen entscheidenden Akt zu erlassen, der die Polen befriedigen könnte

Das alte Rußland fühlte, daß das Autonomieprogramm gegenüber den Polen ein verfehltes Experiment sei, doch vermochte es sich nicht zur offenen und unzweideutigen Verkündung eines unabhängigen Polens aufzuschwingen.

Jetzt tritt das neue revolutionäre Rußland der polnischen Frage gegenüber. Die Hindernisgründe, die in den früheren Verhältnissen obwalteten, sind in Fortfall gekommen. Rußland, das die alten imperialistischen Losungen und Symbole des Kampfes in Standarten mit der Inschrift „Für die Freiheit der Völker“ umgewandelt hat, kann hinsichtlich der Polen keine Ausnahme machen.

Auf dem Boden der polnischen Frage ist somit im Schoße der Koalition unbedingt eine Vereinheitlichung der Anschauungen eingetreten, und damit gewinnt die Politik der Koalition, welche auf die Popularität der Befreiungslosungen berechnet ist, einen neuen Trumpf. Sein Wert ist allerdings in bedeutendem Maße verringert durch die kluge, gewandte Politik der Mittelmächte, wie sie am 5. November eingeleitet wurde. In der neutralen Welt jedoch wird das jedenfalls ein Moment sein, das der Koalition die Freunde zuführt, welche bisher die Rücksicht auf Rußland zurückgehalten hat.

Aus Nr. 43 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 10. April 1917.

Die Polen und das russische Volk.

Unlängst haben wir in einem unserer Artikel über die russische Revolution dargelegt, daß das deutsche Volk in seiner Riesenherrschaft den Verlauf der russischen Revolution wohlwollend verfolgt und dem polnischen Volke tatsächlich die Freiheit wünscht. Nur die Hafatisten und Alldutschen sind mit den in Rußland eingetretenen Änderungen nicht sehr zufrieden, weil sie ihnen offenbar verschiedene, sehr weitgehende Zukunftspläne verderben.

Wenn also das deutsche Volk mit Wohlwollen für die russische Bevölkerung den Verlauf der russischen Revolution verfolgt, dann ist es auch klar, daß die Polen dem russischen Volke in dem Augenblicke, in welchem es die Ketten zerreißt, in die es die Regierung der Tschinowniks geschmiedet hatte, ein noch größeres Wohlwollen zeigen müssen.

Wir wissen es nicht, ob noch ein zweites Volk in der Welt vorhanden ist, das die Freiheit so liebt wie die Polen, denn es gibt eigentlich kein Land, in welchem die Polen nicht für die Freiheit seiner Bürger kämpfen würden.

Natürlich mußte das Sichemporschwingen der großen russischen Nation einen sehr wohlwollenden Widerhall bei allen Polen finden. Das ist um so erklärlicher, als einst sowohl die Seite der aufgeklärten Vertreter des russischen Volkes als auch die polnische Seite einen gemeinschaftlichen Kampf um die Freiheit gegen die verhaßte Regierung des Zaren und der Tschinowniks auf ihre Standarten die Losung geschrieben hatten: „Für eure und unsere Freiheit!“

Der ganze Haß der Polen war stets gegen die Regierung des Zaren und der Tschinowniks gerichtet. Gegen das russische Volk hat der Pole niemals einen Haß gehegt.

Die russischen Tschinowniks und deren Regierung mußte offenbar jeder echte Pole aus ganzer Seele hassen, weil alle schrecklichen hundert Jahre andauernden Leiden der vielschichtigen Tschinowniks ein Werk derselben waren, die auf die Stimme der verbissenen Gegner der Polen hörten und an diesen ihren Mut in unerhörter Weise kühlten.

Das russische Volk hat der Pole niemals gehaßt, sondern er war ihm im Gegenteil stets freundschaftlich

zugetan. Denn dieses Volk war infolge der gewissenlosen, nichtswürdigen Regierung der Tschinowniks arm und unglücklich. Sonst ist es, was wir schon wiederholt bemerkten, ein Volk seltener Güte und Redlichkeit.

Das haben die unglücklichen Opfer der Verbrechen der Tschinowniks sehr oft erfahren. Als sie durch Rußland in die sibirischen Bergwerke getrieben wurden, hat das brave russische Volk sich dieser Armen erbarmt und ihnen dargeboten, was es nur konnte: Geld, Lebensmittel Kleidungsstücke usw.

Das russische Volk ist von Habgier vollständig frei und würde seine Hände durch die Aneignung fremden Eigentums niemals beslecken. Es ist auch durch und durch friedlich gesinnt. Ihre einzige Sehnsucht war nur darauf gerichtet, die Freiheit und ein Stückchen russisches Land zu besitzen. Obgleich Rußland sehr viel Land besitzt, hat man dem armen Volke nichts davon gegeben. Und dennoch liebt der Russe sein Land aus ganzer Seele, wie alle slawischen Völker, hauptsächlich die Polen.

Wenn also jetzt die Revolution dem russischen Volke Land gibt, dann wäre sein heißester Traum erfüllt, und es würde nichts anderes wünschen, als auf seiner Landscholle in Frieden zu leben. Und dieser Umstand könnte den Frieden beschleunigen.

Alsdann würde in der Zukunft auch Polen, falls die Regierung der Tschinowniks nicht wiederkehrt, sondern die Volksregierung bestehen bleibt, in dem russischen Volke einen friedlichen Nachbarn haben, der sein Dasein niemals bedrohen würde. Und Polen würde sich dann seiner großen geschichtlichen Aufgabe ergeben, um das russische Volk für die westliche Kultur zu gewinnen. Hierzu ist nur Polen geeignet. Dasselbe würde als ein wirklicher Vermittler zwischen dem Osten und dem Westen eintreten. Der Nutzen dieser polnischen Arbeit würde ganz Europa und insbesondere Mitteleuropa zugute kommen.

Falls also, wie der Reichskanzler neulich im Reichstage bemerkte, das deutsche Volk mit dem russischen bald wieder in Frieden und Freundschaft leben möchte, dann ist es auch ganz natürlich, daß das polnische Volk sich ebenfalls nach der Freundschaft mit dem russischen Volke sehnt. Deshalb wünschen wir demselben von ganzem Herzen, daß es seine Revolution glücklich durchführen, die Regierung der Tschinowniks für immer brechen und eine dauernde Freiheit erlangen möge.

Im übrigen möge Rußland sich aber nicht täuschen. Rußland geht seinen Weg, aber auch Polen will seinen eigenen Weg gehen, frei, unabhängig und ungebunden sein und seine natürliche Entwicklung durch keinerlei hindernde Bündnisse untergraben lassen.

Aus Nr. 77 des Kurjer Śląski (Gleiwitz)
vom 4. April 1917.

Anerkennung Polens als selbständiger Staat durch Rußland.

Wie aus Stockholm berichtet wird, hat die dortige russische Gesandtschaft aus Petersburg die telegraphische Nachricht erhalten, daß die vorläufige russische Regierung ein Manifest erlassen habe, nach welchem das Königreich Polen als ein selbständiger, unabhängiger Staat erklärt wird.

Die Form der Regierung und die Grenzen des Staates sollen die Polen nach dem Kriege selbst bestimmen. Die russische Regierung erkennt an, daß die Teilung Polens eine Tat der Ungerechtigkeit war und daß das Böse durch die Verkündung der Unabhängigkeit Polens wieder gut gemacht werden muß.

Falls die gegenwärtige russische Regierung dauernd am Ruder bleiben und die in dem Manifeste

gegebenen Versprechen aufrecht erhalten würde — und könnte —, dann würde sich die Angelegenheit Polens glatt und vorteilhaft erledigen. Die Mittelmächte schaffen den polnischen Staat tatsächlich schon jetzt während des Krieges, und das gibt den Polen die aller sicherste sachliche Garantie. Wenn die russische Regierung theoretisch denselben Entschluß gefaßt hat, der allerdings erst nach dem Kriege verwirklicht werden soll, dann würde der Streit über die Polenfrage zwischen den Mittelmächten und Rußland aufhören, weil beide Seiten über das Endziel einverstanden sind.

Es müßte daher erwartet werden, daß die ängstlichen Gemüter in Polen, welche bis dahin mitunter noch auf Rußland blickten, jetzt alle Befürchtungen abschütteln und sich mit aller Kraft an den Bau des polnischen Staates heranmachen. Insbesondere müßten sie sich schleunigst mit der Bildung einer kräftigen Armee befassen, weil diese die Grundlage des staatlichen Daseins wäre.

Aus Nr. 77 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza)
vom 4. April 1917.

Das Blatt gibt einen im Moskauer „Echo Polskie“ von dem polnischen Politiker Lednicki in Sachen der polnischen Frage veröffentlichten Artikel wieder und bemerkt dazu folgendes: Die polnische Frage werde bei der Friedensarbeit eine gar wichtige, ja vielleicht die wichtigste Rolle spielen. Man müsse hervorheben, daß in der allgemeinen polnischen Meinung hinsichtlich der Bedeutung und des internationalen Charakters der polnischen Frage überall Einmütigkeit bestehe. Positive Gestalt habe ihr der Akt vom 5. November verliehen. Gegenwärtig habe sich die Sachlage in Rußland geändert, und man könne annehmen, daß auch von Petersburg aus Worte fallen würden, die eine klare Unterlage für die Verhältnisse zwischen Rußland und Polen schaffen dürften.

Aus Nr. 80 des Oredownik (Posen)
vom 8. April 1917.

Um die polnische Sache.

Je klarer und durchsichtiger die Kriegsergebnisse sich gestalten und je mehr wir uns dem Ende des Krieges nähern, desto deutlicher und erhabener tritt aus den Wirrnissen des Krieges das Problem eines freien Polens als eine der wichtigsten internationalen Fragen hervor. Wer bis dahin an das Walten der göttlichen Vorsehung nicht glauben wollte und in geistiger Verblendung die Hand des Allmächtigen nicht sah, welche die Geschicke der Völker lenkt, der muß heute angesichts dessen, was rings um ihn geschieht, sein Knie vor den sichtbaren Zeichen der Allmacht und der Weisheit des Herrn aller Herren beugen, der das durch die lange Pilgerfahrt schon müde gewordene polnische Volk durch die blutigen, wirren Stege des Krieges dem ersehnten Ziele entgegenführt.

Werfen wir doch nur einen Blick nach rückwärts: Vor dem Kriege und noch in den ersten Kriegsmonaten hörte man auf der internationalen Arena, also dort, wo über die Schicksale der Völker und Staaten entschieden wird, noch nichts von der polnischen Frage. Das Manifest des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch, das dem vereinigten Polen eine Autonomie ankündigte, bedeutete zwar den ersten Schritt nach vorwärts in dem Verhältnis Rußlands zu Polen, aber es konnte die Hoffnungen und Wünsche der Polen doch nicht befriedigen. Und darüber hinaus gab es nur Aufrufe von Heerführern, die keine bindende Kraft hatten und Versprechungen einzelner Staatsmänner ohne jede Garantie für ihre Erfüllung. In der großen Kriegs-

politik wurde sogar mehr von Belgien, als von Polen gesprochen. Die ausländische Presse interessierte sich mehr für das Schicksal Serbiens, Montenegros, Irlands, ja sogar Indiens und Ägyptens, als für das von allen vergessene polnische Volk.

Erst als die deutsch-österreichischen Heere sich auf dem polnischen Boden in einem furchtbaren Ringen mit den russischen Armeen zu messen angingen und die große, blühende Strecke polnischen Landes mit Blut und Tränen getränkt wurde, erst dann wurde der Name Polens lauter genannt. Aber auch das war nur mehr eine rein humanitäre Regung, eine Sympathieumgebung für die Lage des unglücklichen Landes, als die Überzeugung von der künftigen Bedeutung der polnischen Frage.

Am 5. August 1915 rückten nun die deutschen Heere in Warschau ein. Kurz darauf befand sich ganz Kongreßpolen in den Händen Deutschlands und Österreichs. Da sahen sich die Regierungen dieser Staaten naturgemäß vor die Frage gestellt, was mit diesem großen polnischen Lande, das 12 Millionen Einwohner zählte, geschehen sollte. Man zögerte lange mit der Entscheidung; die tüchtigsten diplomatischen Köpfe ersannen die verschiedensten Projekte und Kombinationen, bis man schließlich diejenige Lösung als die beste anerkannte, welche in dem bekannten Manifeste zum Ausdruck kam, das am 5. November 1916 in Warschau veröffentlicht wurde. Dieses Manifest kündigte die Bildung eines selbständigen Staates aus den Ländern Kongreßpolens an, der militärisch, politisch und wirtschaftlich mit den Mittelmächten, d. h. mit Deutschland und mit Österreich, im Bunde stehen sollte.

Dieser Schritt hatte die Bedeutung, daß die polnische Frage auf einmal auf eine internationale Grundlage gestellt wurde. Kein Staat durfte mehr diese Tatsache ignorieren, und die Koalition wurde jetzt immer mehr zu der Überzeugung gedrängt, daß auch sie über das Autonomiemanifest des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch hinausgehen müsse. So wurden denn auch in Frankreich und England Stimmen laut, daß auch von Seiten der Koalition die Unabhängigkeit Polens proklamiert werden müßte. Aber die autokratische Regierung Rußlands zögerte noch immer, einen entscheidenden Schritt zu tun, d. h. ein besonderes polnisches Staatswesen anzuerkennen. Wie sollen wir, so sagte die russische Bürokratie, wir, die wir Polen mit dem Recht des Stärkeren in Besitz genommen haben, gerade wo die Koalition siegen soll, freiwillig auf jene Gebiete verzichten, welche seit Jahrzehnten zum Imperium des Zaren gehörten?

Indessen verkündigte aber auch der Präsident der Vereinigten Staaten, also des größten neutralen Staates, in seiner Botschaft vom 22. Januar, daß auch er ein unabhängiges und vereinigtes Polen verlange. Von dieser Zeit ab ist die polnische Frage schon in ihrem vollen Umfang nach international geworden. Als der Zar nun sah, daß sein bisheriges Autonomie-Programm angesichts der Vorgänge der Vergangenheit angehören könnte, ernannte er eine Spezialkommission zur Regelung der polnischen Frage. Bevor aber diese Kommission zu irgendeinem Ergebnis gelangte, geschah etwas Neues, ganz Unerwartetes. Infolge des Ausbruchs der Revolution verschwand die bisherige Regierung in Rußland von der Bildfläche, und so wurden dort die letzten Hindernisse beseitigt, die sich einer endgültigen Lösung der polnischen Frage entgegenstellten. Denn die russische Revolution, die im Namen der Freiheit und Gleichheit die Leitung der Staatsgeschäfte übernahm, konnte über die berechtigten Aspirationen der Polen nicht mehr zur Tagesordnung übergehen. Wenn der russische Zar dem Verlangen Englands und Frankreichs, die Selbstständigkeit Polens anzuerkennen, von seinem Standpunkt aus noch Schwierigkeiten bereiten durfte, so

hatten die Führer des revolutionären Rußlands keinen Grund mehr, an den Praktiken der absolutistischen Bürokratie festzuhalten. Für das „neue“ Rußland gab es keinen anderen Ausweg, als die Rechte der Polen auf einen eigenen selbständigen Staat anzuerkennen.

So wurde also das letzte Hindernis zur Verwirklichung der historischen Ansprüche des polnischen Volkes aus dem Wege geräumt. Und heute gibt es keinen Staat in der ganzen Welt mehr, der es wagen würde, gegen die Gründung eines selbständigen polnischen Staates aufzutreten. Diese Lage hat jetzt schon dazu geführt, daß sogar in dem preußischen Herrenhause die Aufhebung der antipolnischen Gesetze verlangt wurde und daß die preußische Regierung sich entschloß, die Beseitigung der empfindlichsten antipolnischen Einschränkungen „in Erwägung zu ziehen“. Die fortschrittlichen und wirklich demokratischen Politiker in Deutschland halten aber selbst diese Ankündigung nicht mehr für ausreichend. So äußert sich der bekannte demokratische deutsche Publizist v. Gerlach über die gegenwärtige politische Lage in seinem Organ „Die Welt am Montag“ in folgender Weise: (Es folgt der einschlägige Artikel; dann heißt es weiter):

Ist das nicht eine charakteristische Stimme, die darauf hinweist, wie dringend notwendig eine gerechte Lösung der polnischen Frage geworden ist? Es mehren sich wahrlich Zeichen am Himmel und auf Erden, daß das polnische Volk jenem Augenblick schon nahe ist, wo sein Geschick sich erfüllen soll. Es gibt also doch eine gewaltige übernatürliche Macht, welche die Geschichte der Völker lenkt. Wir wissen zwar heute noch nicht, und wir können es auch jetzt noch nicht erraten, was uns schon der nächste Tag bringen wird. Aber daran dürfen und müssen wir jetzt schon glauben, daß die Stunde der großen Wiedergeburt unseres Volkes nahe ist und daß die lichten Strahlen am politischen Horizont Vorboten jener Morgenröte sind, die der Welt den freudigen Hymnus von einem neuen und unabhängigen Polen verkünden wird.

Aus Nr. 76 des Kurjer Slaski (Gleiwitz)
vom 3. April 1917.

Betrifft den Austritt des Fürsten von Drucki-Lubecki aus der polnischen Landtagsfraktion.

Der Fürst von Drucki-Lubecki ist, wie unlängst national demokratische Zeitungen berichteten, aus der polnischen Landtagsfraktion ausgeschieden. Als Grund seines Austrittes wurde der Streit wegen der Artikel des „Kraj“ angegeben, weil der Fürst Mitglied der diese Zeitung herausgebenden Gesellschaft ist.

Das ist dieselbe Sache, von der wir aus der Erklärung der Reichstagsfraktion in der Angelegenheit des Abg. Dombek erfuhren. Die Reichstags- und Landtagsfraktion hat in der gegenwärtigen Zeit dem Anschein nach nicht wichtigere Sachen zu erledigen, als sich über Artikel der Zeitungen mit deren Mitgliedern auseinanderzusetzen, über Artikel, die sicherlich nicht würden veröffentlicht worden sein, wenn der unklare Standpunkt der Fraktionen in der römischen Frage hierzu nicht Veranlassung gegeben hätte.

Deshalb wundern wir uns darüber gar nicht, daß der Fürst von Drucki-Lubecki es unter solchen Umständen für angemessen erachtete, aus der engstehenden Atmosphäre der Fraktion auszuscheiden, um dadurch die Freiheit zur Wirksamkeit für wirklich wichtige Sachen zu gewinnen. Wir sagen wohl nicht zu viel, wenn wir bemerken, daß das, was sich in der polnischen Angelegenheit am vergangenen Mittwoch im Herrenhause ereignet hat, ein Resultat der langen und mühevollen Arbeit des Fürsten Drucki-Lubecki war. Seit Beginn des Krieges ist der Fürst auf dem politischen

Schauplatz mehr tätig gewesen, als ein anderer Pole. Und wenn es auch noch nicht an der Zeit ist, auf seine Verdienste um die Polenfrage zu verweisen, darf doch schon so viel festgestellt werden, daß seine Wirksamkeit derjenigen würdig ist, mit der einer seiner Vorfahren, der polnische Minister Kaver Drucki-Lubecki, seinem Vaterlande Polen gedient hat. Aus diesen Vorgängen muß man schließen, daß derjenige, welcher heutzutage für die polnische Sache ungehindert nach bestem Willen, Wissen und Befinden tätig sein will, außerhalb der Fraktion stehen muß, um seine Pflicht dem Volke gegenüber gehörig erfüllen zu können.

Aus Nr. 152 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 5. April 1917.

In einem Artikel mit der Überschrift:

„Der Standpunkt der Fraktion in Sachen der Kriegsteuern“

würdigt das Blatt die Bedeutung dieser Steuern für die breiten Massen in sachlicher Weise und jagt zum Schluß:

..... „Das sind die sachlichen Gründe, welche gegen die Kohlensteuer als die wichtigste der drei vorgelegten Projekte sprechen würden. Es ist jedoch nicht bekannt, ob diese Gründe für den Standpunkt der polnischen Fraktion entscheidend waren, da sie in Sachen der Kriegsteuern nicht das Wort genommen hat. Sie hat auch in dieser Sache keine Aufklärungen geboten ungeachtet des von ihr vor Jahresfrist gegebenen Versprechens, daß sie dies in jedem Falle tun werde, um die Presse über die Beweggründe ihrer oft für die Allgemeinheit unverständlichen Entschlüsse zu informieren. Auch in diesem Falle ist es unverständlich, was die Fraktion mit ihrer Taktik hat erreichen wollen. Da es nämlich klar war, daß die riesige Mehrheit des Reichstages mit Ausnahme der Sozialdemokraten — mit den neuen Steuern einverstanden sein werde, hatte die Opposition der Fraktion keine praktische Bedeutung. Es ist auch schwer anzunehmen, daß die Fraktion, nachdem sie konsequent für alle Kriegskredite gestimmt hatte, der Regierung gegenüber sollte zur Opposition übergehen wollen, wo diese einen Ausweg aus der schwierigen Lage sucht, um die Mittel zur Bezahlung der Zinsen für die aufgenommenen Anleihen zu gewinnen. Die polnische Fraktion hat die Anleihen bewilligt, sie muß somit jetzt alle Konsequenzen aus diesem Schritte ziehen und in gleicher Weise wie die übrigen Faktoren, die ebenso für die Kriegskredite gestimmt haben, für die Bezahlung der Zinsen dieser Anleihen sorgen. Das Verhalten der Fraktion erscheint unlogisch — es ist unverständlich besonders im gegenwärtigen Moment. Hätte die Fraktion bei der Beschlussfassung über die Kriegsanleihen eine oppositionelle Haltung eingenommen, dann könnte man sich ihre Stellungnahme mit der Nichtbeseitigung der Ausnahmegeetze oder mit den Versprechungen der Regierung erklären, welche diese Sache bis zu einem unbegrenzten Termin nach Beendigung des Krieges hinauschieben. Da jedoch die Regierung im preußischen Landtag am Tage vorher durch den Mund des Ministers von Breitenbach erklärt hatte, sie werde schon jetzt während des Krieges zur Realisierung der uns gegebenen Versprechungen schreiten, wird die plötzlich geänderte Taktik der Fraktion unverständlich — sagen wir lieber die Taktik eines Teiles der Fraktion, da bei der namentlichen Abstimmung nicht alle ihre im Reichstage anwesenden Mitglieder gegen die neuen Steuern gestimmt haben. Es wäre erwünscht, wenn die Fraktion diesen ihren Standpunkt offiziell aufklären wollte. Wir hatten unlängst in den Zeitungen eine amtliche Erklärung der Fraktion in Sachen des Freimaurertums bestimmt

wird es ihr auch in diesem Falle keine Schwierigkeiten machen, ihren Standpunkt auf dem Wege einer öffentlichen Kundgebung aufzuklären.

Aus Nr. 148 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 31. März 1917.

Eine Breishe.

Nach der bekannten Januardebatte im preußischen Abgeordnetenhaus haben wir dem polnischen Redner in sachlicher Hinsicht recht geben müssen. Denn wer könnte es leugnen, daß es im preußischen Staate tatsächlich eine ganze Reihe von Gesetzen und Verordnungen gibt, durch welche die Gleichberechtigung der Polen in einem hohen Maße beeinträchtigt wird? Sogar die Vertreter der Regierung konnten es nicht bestreiten, indem sie schon so oft versprochen hatten, daß eine Änderung in dieser Richtung eintreten werde. Aber diese Änderung sollte erst nach dem Kriege erfolgen. Unterdessen zieht sich aber der Krieg immer mehr in die Länge, und man kann sein Ende auch heute noch gar nicht absehen. Die polnische Bevölkerung muß also die unangenehmen Folgen der antipolnischen Gesetze auch noch weiter tragen, ohne die Erfüllung der von der Regierung gegebenen Versprechungen zu sehen. Deswegen ist es kein Wunder, daß die polnische Bevölkerung mit der Zeit ungeduldig wurde. Diese Ungeduld kam denn auch in der Rede Korsanths zum Ausdruck. Wir haben damals nur das eine bedauert, daß Korsanth sich als Politiker hat von seinen Empfindungen so sehr hinreißen lassen und daß er seine Klagen in einer Form vortrug, die jede Verständigung mit den maßgebenden Kreisen in einem hohen Maße erschweren, wenn nicht ganz ausschließen mußte. Er hat nämlich in seiner leidenschaftlichen Erregung der Regierung sogar sein Mißtrauen ausgedrückt. Wenn sich aber unsere Aktion, die dahin geht, eine Versöhnung herbeizuführen und Zugeständnisse von der Regierung und von denjenigen Vertretern des deutschen Volkes zu erreichen, welche darüber zu bestimmen haben, auf solche Reden stützen sollte, so hätte man das ganze Versöhnungswerk bald nach der Rede Korsanths abbrechen können, zumal auch der Vertreter des preußischen Ministerpräsidenten sich in seiner Erwiderung so schroffer und die polnische Bevölkerung so herausfordernder Redewendungen bedient hatte, daß ein Konflikt eigentlich schon fertig war. Bei dem Abgeordneten Korsanth wäre eine solche Entgleisung am Ende noch zu verstehen, da er ja ein sehr lebhaftes Temperament besitzt; daß aber auch Herr von Loebell als Minister in einen so leidenschaftlichen Ton verfiel, wird wohl kein erfahrener Politiker billigen können. Wir haben damals auch unserer Verwunderung — über Herrn von Loebell Ausdruck geben müssen. Die Regierung hat ja doch im Laufe dieses Krieges schon so viel Beweise von Kaltblütigkeit und Überlegung selbst in solchen Lagen geliefert, wo es sich um das Lebensinteresse und — sogar um die Zukunft des ganzen Staates handelte, und sie wußte sich immer zu helfen. Aber in diesem Falle, wo es im Interesse des preußischen Staates lag, eine Versöhnung und Verständigung mit den polnischen Mitbürgern herbeizuführen, hat der Minister versagt. Nach dem nächsten Auftreten des Herrn von Loebell zu urteilen, als er einige Wochen später dem Abgeordneten v. Trompczynski antwortete, hat Herr von Loebell seinen Fehler jedoch nachträglich erkannt. Der Herr Minister muß nämlich eingesehen haben, daß das polnische Volk es als eine Mißachtung seiner heiligsten Gefühle betrachten mußte, wenn die Regierung so lange auf die Wiederherstellung seiner Rechte warten ließ. Viele können, wie wir bereits bemerkt haben, überhaupt nicht begreifen, warum die preußische Regierung von ihrer Macht und von

der ihr eigenen politischen Gewandtheit und Elastizität nicht Gebrauch machen will, wenn es sich um Reformen in der antipolnischen Politik handelt.

Nun wurde aber jetzt nach dieser Richtung hin doch die erhoffte Breishe geschlagen; der Vertreter des Ministerpräsidenten, Herr von Breitenbach, hat nämlich jetzt im preußischen Abgeordnetenhaus die Erklärung abgegeben, daß die Regierung die Revision der antipolnischen Gesetze nicht mehr bis auf die Zeit nach dem Kriege aufschieben wird, sondern daß sie bereit ist, es bald zu tun. Als Grund zur Beschleunigung der Angelegenheit führte der Herr Minister dieselben Tatsachen an, die wir i. Zt. in der „Gazeta Narodowa“ anlässlich des Auftretens des Herrn Korsanth im Abgeordnetenhaus hervorgehoben haben, nämlich: die lange Dauer des Krieges und die infolge des Krieges veränderte politische Lage in Polen. Die Polen hatten also doch recht, als sie eine Änderung der antipolnischen Gesetze noch während des Krieges verlangten. Der Anfang soll damit auch schon jetzt gemacht werden, denn wie der Herr Minister erklärte, werden „die Erwägungen der Regierung in dieser Frage bald beendet sein und es wird eine neue Zeit der gemeinsamen Arbeit für die deutsche und die polnische Bevölkerung eintreten.“

Der Fürst Hatzfeld von Trachenberg erklärte im Herrenhaus unter Berufung auf die Rede des Fürsten Radziwill, daß „uns heute die Gefühle der Polen nicht mehr gleichgültig sein könnten“. Diese Worte bestätigen nun heute voll und ganz der Herr Minister von Breitenbach, wenn er von einer gemeinsamen Arbeit der deutschen und polnischen Bevölkerung spricht. Wir hatten aber auch recht, als wir behaupteten, daß ebenso die Existenz eines unabhängigen polnischen Staates auf die Gestaltung unserer politischen Lage in Preußen einen vorteilhaften Einfluß ausüben werde. Das bestätigt ebenfalls der Fürst Hatzfeld, indem er sich darüber in folgender Weise äußert: „Rußland war seit dem Jahre 1831 mit Deutschland eng verbunden, und deswegen galt damals in den Augen der deutschen Politiker die Methode Bismarcks für berechtigt, nach der das freundschaftliche Verhältnis zu Rußland erhalten und den Polen gegenüber eine solche Politik beobachtet werden mußte, durch welche Rußland sich nicht verletzt fühlen würde. Aber heute muß die innere Politik Preußens angesichts des Manifestes vom 5. November die Interessen des neuen Nachbarn Deutschlands, nämlich Polens, berücksichtigen.“ Denselben Gedanken, den eigentlich erst der Fürst Radziwill zum Ausdruck brachte, finden wir ebenfalls in den Ausführungen des Herrn Ministers von Breitenbach, denn unter den Gründen, die zu einer beschleunigten Revision der antipolnischen Gesetze schon während des Krieges führten, nannte er auch die veränderte politische Lage in Polen.

Deswegen begrüßen wir mit großer Genugtuung die Rede des Fürsten Radziwill, der unter Worten des Dankes und der Anerkennung die Bedeutung des Manifestes der beiden Kaiser vom 5. November in einer recht angemessenen Weise zu würdigen verstand. Der Fürst Radziwill knüpft auch an das Manifest die besten Hoffnungen für die Zukunft Polens, „denn die Logik verlangt es, daß der neu gebildete polnische Staat stark genug und lebensfähig sei, wenn er in der Zukunft zur Erhaltung des europäischen Friedens tatsächlich beitragen soll.“ Darauf stützt der hochverehrte Redner auch seinen Glauben an eine gerechte innere Politik in Preußen, bei der die Interessen der preußischen Untertanen polnischer Nationalität die gebührende Berücksichtigung finden müßten. Denn „nur auf dem Boden vollständiger Gleichberechtigung in staatlicher Hinsicht kann die so erhoffte Harmonie zwischen den polnischen und den deutschen Bürgern erreicht werden.“ Das ist beinahe schon Wort für Wort daselbe, was wir seit der Gründung der „Gazeta

Narodowa“ stets von neuem wiederholten und was ebenfalls das Programm unserer Partei der nationalen Arbeit bildet. Es gereicht uns deshalb zu einer außerordentlichen Freude, hier feststellen zu können, daß das geistige Band, welches diese Partei mit dem Senior unserer polnischen Vertreter im Abgeordnetenhaus vereinigt, auf eine so beredte Weise durch den Mund des Fürsten Radziwill bestätigt wird. In gleicher Weise freuen wir uns darüber, daß die Ausführungen unseres hochverehrten Redners bei dem uns freundlich gesinnten Fürsten Hatzfeld, Wiederhall fanden, der während des Krieges als erster unter den Deutschen eine Aktion zur Unterstützung unserer Brüder im Königreich Polen organisierte. — Die Programmrede des Fürsten Radziwill fand eine warme Unterstützung auch noch von seiten des Vorsitzenden der Partei der nationalen Arbeit, seitens des Grafen Adam Zoltowski. Der Herr Graf schloß seine Rede im Herrenhause mit den Worten: „Den erfahrenen Politikern in diesem hohen Hause, die bereit sind, uns beim Erreichen unseres Zieles zu unterstützen, drücke ich im Namen meiner politischen Freunde den herzlichsten Dank aus.“ Diese Worte sind ebenfalls im Sinne unseres Programms gehalten, wo es heißt, daß die Partei der nationalen Arbeit ihren Zweck u. a. dadurch zu erreichen suchen werde, daß sie auch die Politik der Regierung, der deutschen Parteien und der deutschen Bürger unterstützen wolle, sofern sie für unsere Tendenzen Verständnis zeigen werden. Und in der heutigen Politik der Regierung und derjenigen Redner, welche im Sinne der Ausführungen des Fürsten Radziwill sich äußerten, offenbart sich eben das Streben nach einer Verständigung mit den Polen, und deswegen muß auch diese Politik von uns jetzt unterstützt werden. Deswegen hat der Herr Graf Zoltowski diese Tatsache mit Recht jetzt hervorgehoben.

Die Regierung verspricht uns nun dreierlei: 1. die Aufhebung des Enteignungsgesetzes, 2. Erleichterung im Gebrauch der Muttersprache und 3. eine entsprechende Anwendung des § 13 des Ansiedlungsgesetzes, sowie die Gewährung von Staatsbeihilfen, um auch den Polen die Möglichkeit zu bieten, sich in ihren heimatischen Provinzen anzusiedeln. Selbstverständlich ist das erst der Anfang dessen, was das polnische Volk auf dem Wege nach Gleichberechtigung erstrebt. Aber schon die Tatsache allein, daß jetzt sogar die Regierung selbst und mit ihr, wie die Rede des Abgeordneten v. Kardorff beweist, diejenigen Parteien, welche bis dahin die verhängnisvolle antipolnische Politik unterstützten, zu der Überzeugung gelangen, daß die antipolnischen Gesetze eine Änderung erfahren müssen, und daß sie selbst die Initiative hierzu ergreifen, erfüllt uns mit der Hoffnung, daß auch noch weitere Kreise bald dieselbe Überzeugung gewinnen und daß wir auf diesem Wege unsere Gleichberechtigung erreichen werden. Deswegen lassen wir uns auch keineswegs durch die Rede des Oberbürgermeisters von Posen, Herrn Wilms, abschrecken, der, als er in seinem Eifer sich in die Einzelheiten der Aufhebung der antipolnischen Gesetze vertiefte, gegen die Einführung der polnischen Sprache in der Schule protestierte. Denn uns genügt es, daß selbst dieser Redner seinen Standpunkt in der polnischen Frage schon grundsätzlich geändert hat. Vor einigen Jahren stimmte er nämlich noch für das Enteignungsgesetz, und jetzt stellt er an die Regierung die Forderung, daß sie jetzt schon ohne jede weitere Überlegung kurz und bündig erkläre, daß sie das Enteignungsgesetz aufheben werde. Er erklärte sogar, daß es besser gewesen wäre, wenn die Regierung diesen Schritt schon am Anfange des Krieges getan hätte. Was aber die Einführung der Muttersprache in der Schule anbelangt, so wollen wir mit Herrn Wilms jetzt darüber nicht streiten. Denn sobald die Regierung die Rechte der polnischen Sprache in der Schule anerkannt haben wird,

wird auch Herr Wilms dagegen nichts ausrichten. Wenn wir nun jetzt das ganze Ergebnis der Debatte im preußischen Herrenhause resümieren, so gelangen wir zu der Überzeugung, daß diese Debatte auf dem Wege der Versöhnung schon einen wichtigen Schritt nach vorwärts bedeutet.

Aus Nr. 73 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 30. März 1917.

Eine Breche in der antipolnischen Gesetzgebung in Preußen. Ein geschichtlicher Tag im preußischen Herrenhause. — Eine charakteristische Rede des Fürsten Radziwill.

Der Gerechtigkeit ist Genüge geschehen. Die Gesetze, zu denen der überspannte Nationalismus die preußische Regierung in einer unglückseligen Stunde verleitet hat und die zu einem langjährigen, andauernden Kampfe zwischen dieser Regierung und der polnischen Volksgemeinschaft geführt haben, werden beseitigt werden. Diese Quelle nationalistischer Leidenschaft, die das öffentliche Leben auf beiden Seiten in einer bedauernswerten Weise mit einem rücksichtslosen politischen Hass erfüllt, der sich allmählich auch auf alle anderen Gebiete des menschlichen Lebens übertrug, wird verschüttet werden.

Das hat der Krieg bewirkt. — derselbe Krieg, der bereits den Wert vieler Dinge umgeändert hat. Und er muß ihn umgeändert haben. Denn der Krieg ist seinem Wesen nach rücksichtslos. Er läßt sich durch den Schein der Dinge nicht trügen, sondern er dringt in ihr Wesen ein. So setzte er jetzt schon alles einer Feuerprobe aus: Menschen, Gefühle, Anschauungen und Tendenzen, und er zeigte erst jetzt ihr wahres Antlitz und ihren wahren Wert. Alles, was nur Schein, Einbildung und innere Leere war, mußte in dieser Feuerprobe verschwinden; nur der Kern der Wahrheit ist unverfehrt und für jeden sichtbar zurückgeblieben.

In der polnischen Frage stellt sich nun dieser Kern der Wahrheit in folgender Weise dar: Die Polen sind trotz allem, was während des heißen Kampfes auf beiden Seiten gesagt wurde, dem preußischen Staate treu geblieben und vergießen jetzt ihr Blut für seine Unversehrtheit.

Und diese nackte Wahrheit ist heute ebenso für diejenigen sichtbar, die sie stets verkündigt haben, wie für diejenigen, die sie zu leugnen suchten. Ihr gegenüber verblaßt und verschwindet alles andere in dieser Frage. Wenn man jetzt also die Jahrbücher des Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses aus jenen Zeiten aufschlagen würde, wo die antipolnischen Gesetze zustande gebracht wurden, und wenn man dort alles lesen würde, was seitens der Regierung und der Anhänger der antipolnischen Politik zu ihrer Begründung gesagt wurde, wie würden sich da alle diese Worte angesichts der Haltung des polnischen Volkes in Preußen zur Zeit der gegenwärtigen Kriegserfahrungen ausnehmen! Kein einziges mehr ließe sich wohl noch aufrechterhalten. Deswegen haben die antipolnischen Ausnahmegesetze sogar vom Standpunkt der preußischen Staatsraison aus jede äußere und innere Berechtigung verloren.

So tut die Regierung denn auch recht, wenn sie diese Gesetze jetzt aus dem Kodex ihrer Gesetzgebung streichen läßt. Sie sind nämlich zum Anachronismus geworden, und außerdem sind sie doch ein Werk der Ungerechtigkeit; auf Ungerechtigkeit aber kann und darf sich ein christlicher Staat nicht stützen, denn dann wäre er auf dem Sande aufgebaut.

Obwohl uns also jetzt nur die Gerechtigkeit widerfährt, auf die wir ein Anrecht haben, so begrüßen wir doch den Tag, an dem sie uns zuteil wird, mit Dank und mit Freude.

Aber wir freuen uns nicht so sehr deswegen, weil unser schweres Leiden seinem Ende naht, sondern vielmehr deswegen, weil dieser Tag für uns zugleich das Unterpfand einer besseren Zukunft ist.

Dem wenn die Vorsehung es einmal so gefügt hat, daß wir Polen in diesem Staate jetzt und für die Zukunft leben müssen, so ist es für uns von der größten Bedeutung, zu erfahren, wie sich unser Verhältnis zu diesem Staate auch für diese Zukunft gestalten wird. Die Ankündigung der Beseitigung der Ausnahmegesetze berechtigt uns nun zu dem Schlusse, daß diese Gestaltung sich nach dem Grundsatz „*sum cuique*“ vollziehen wird. Nur dieser Grundsatz kann aber auch, wenn er im christlichen Sinne aufgefaßt und in diesem Sinne in der Praxis durchgeführt wird, beide Teile zu dem erwünschten Ziele führen.

Wir Polen sind unsererseits stets bereit, dem Staat zu geben, was ihm gebührt, aber auch der Staat muß seinerseits uns das gewähren, was uns auf Grund der uns von Gott verliehenen nationalen Eigenarten zukommt.

Deswegen betrachten wir die Erklärung der Regierung in dieser Richtung als den ersten Schritt hierzu, und wir wünschen, daß die mit diesem Akt eröffnete Neuorientierung ebenso konsequent durchgeführt werde, wie die bisherige gegen uns gerichtete Politik der Regierung, deren Ende wir jetzt sehen, im entgegengesetzten Sinne konsequent gewesen ist.

Aus Nr. 40 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 3. April 1917.

Zugeständnisse für die Polen in Preußen.

Die „Gazeta Gdańska“ berichtet über die letzte Besprechung der Polenfrage im Herrenhause und bemerkt hierzu ihrerseits folgendes:

Für uns Polen war besonders ein Teil der Beratungen von Bedeutung.

Nachdem sich die Vertreter der äußersten Rechten, der General von Meist und der Graf von Roon, gegen alle Reformen in der heftigsten Weise ausgesprochen und mit besonderem Wohlgefallen den Reichstag scharf kritisiert hatten, ergriff der Vertreter des Herrn von Bethmann Hollweg, der stellvertretende Ministerpräsident Herr von Breitenbach, das Wort. Seine Antwort enthielt das erneute Bekenntnis zum Programm der neuen Orientierung seitens der Regierung und Wahlrechtsreform in Preußen. Auch Herr von Breitenbach hob hierbei den bereits durch den Reichskanzler ausgesprochenen Vorbehalt hervor, daß das neue Wahlgesetz erst nach dem Kriege kommen könne.

Da Graf von Roon nicht bloß gegen die Wahlreform protestierte, sondern auch noch hinzufügte, daß ihn eine ernste Befürchtung wegen der angeschnittenen Polenfrage erfülle, durch welche Preußen sich eine neue Last aufgebürdet hätte, erhob sich Fürst von Radziwill und erklärte, daß das Manifest vom 5. November eine Folge der Erkenntnis der geschichtlichen und kulturellen Rolle der polnischen Nation sei und daß nur eine gerechte innere Politik Preußens den Polen gegenüber auf die Schaffung erträglicher Verhältnisse zwischen der polnischen und deutschen Bevölkerung von Einfluß sein könne.

In seiner Antwort eröffnete der Minister dem Hause namens der Regierung, daß die maßgebenden Faktoren sich entschlossen hätten, den Polen schon jetzt gewisse Zugeständnisse zu machen, insbesondere durch die Aufhebung des Enteignungsgesetzes, durch Erleichterungen im Gebrauch der Muttersprache, durch die Ermöglichung von Ansiedlungen der Polen in ihrer Heimat durch eine entsprechende Anwendung des § 13 b des Ansiedlungsgesetzes (welcher die Notwendigkeit der Bauerlaubnis vorsieht) und durch die Gewährung von Staatsbeihilfen.

Augenblicklich ist es noch schwierig, die allseitige politische Bedeutung dieser Zugeständnisse zu beurteilen. Insbesondere klingt das, was der Minister über den Gebrauch der Muttersprache sagte, sehr allgemein. Und bezüglich der veränderten Anwendung des Ansiedlungsgesetzes muß erst die praktische Ausföhrung dieses Versprechens abgewartet werden. Jedenfalls hat die Regierung ihren bisherigen Standpunkt aufgegeben, nach welchem die neue Orientierung erst nach dem Kriege eintreten sollte. Ebenso hat die Regierung sich unzweifelhaft den wiederholt ausgesprochenen Wünschen der Polen genähert.

Die Bedeutung dieses Vorganges werden wir sicherlich nicht unterschätzen, obgleich das, was der Minister von Breitenbach angekündigt hat, offenbar nur einen bescheidenen Teil dessen ausmacht, was die polnische Volksgesamtheit in Preußen vom Standpunkte ihrer nationalen Interessen fordern muß.

Aus Nr. 76 des Kurjer Śląski (Gleiwitz)
vom 3. April 1917.

Die neue Orientierung in der Polenfrage.

Die von verschiedenen deutschen Herren im Herrenhause gehaltenen Reden über die Polenfrage sind ein Beweis dafür, daß die bisherige antipolnische Politik der Regierung im deutschen Volke an Boden verliert. Immer mehr Deutsche gelangen zu der Überzeugung, daß eine Änderung dieser Politik notwendig ist. So hat auch der Graf v. Schulenburg seiner Freude über die Erklärung des Fürsten von Radziwill Ausdruck gegeben. Sogar der Posener Oberbürgermeister Dr. Wilms hat — unter gewissem Vorbehalt — die Notwendigkeit von Änderungen zugegeben.

Vor allem aber muß die Rede des Fürsten von Hatzfeld mit Dankbarkeit hervorgehoben werden. Sie war der Form und dem Inhalte nach ausgezeichnet und enthielt viel Beweise, die unmöglich hinweggeleugnet werden können. Sie legte sowohl die Notwendigkeit der Errichtung eines selbständigen polnischen Staates dar als auch die der Änderung der Politik gegenüber den Polen in Preußen. Und das ist hauptsächlich zum Wohle Deutschlands und namens der Gerechtigkeit geschehen. Der Fürst unterstrich hierbei zutreffend, daß die Gefühle der Polen den Deutschen gegenüber dem deutschen Volke nicht gleichgültig sein dürfen und bemerkte, daß die Natur zwischen beiden Völkern keine Grenzen gezogen habe. Der Einfluß der deutschen Kultur auf die polnische ist unbestreitbar, und die Gemeinschaft der westlichen Kultur beider Völker bestätigt die ganze Geschichte der Vergangenheit.

Solche entschiedenen Worte über die Polenfrage haben die Wände des Herrenhauses aus dem Munde eines Deutschen schon lange nicht gehört. Wir freuen uns daher umsomehr, als sie aus dem Munde eines so erhabenen Herrn geflossen sind. Bei uns in Schlesien hat sein Name einen guten Klang. Vor Jahren war er doch unser Oberpräsident, und wir erinnern uns noch liebevoll seiner Rede, die er seinerzeit bei der Eröffnung der Realschule in Beuthen hielt. Schon in dieser wandte er sich gegen die engherzige Politik der „Nadelstiche“. Damals verhallten seine Worte aber ohne Widerhall, weil die antipolnische Strömung sehr stark war. Seine gegenwärtige Rede fand bei der Regierung und höchstwahrscheinlich auch bei dem deutschen Volke sofortigen Widerhall. In der Geschichte wird das große Verdienst des Fürsten von Hatzfeld bestehen bleiben, daß er zur Änderung der Politik beigetragen hat, welche dem Staate und den Polen Nutzen bringen wird. Dafür sind wir ihm dankbar.

Aus Nr. 80 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 8. April 1917.

Die Neuorientierung.

Nach dem Ausbruch des Krieges hat die Regierung die Neuorientierung für die Zeit nach dem Kriege auch in der polnischen Sache angekündigt. Wir hatten keinen Anlaß, dieser Ankündigung nicht zu glauben, und je weiter die Kriegseignisse vorschritten, um desto mehr mußte für einen erwägenden und die Sachlogisch beurteilenden polnischen Politiker die Ankündigung der Regierung sicherer werden; denn die Entwicklung der polnischen Sache jenseits der Reichsgrenze mußte die Regierung in der Absicht der Neuorientierung nur bekräftigen.

Ungeachtet dessen herrschte unter unseren „unversöhnlichen“ polnischen Politikern eine andere Anschauung. Als wenn sie die großen Ereignisse in der Arena der Welt nicht sähen, verkapselten sie sich in einer kleinmütigen, ihnen die Augen verhüllenden Hartnäckigkeit, und aus dem politischen Krähwinkel verbreiteten sie in Wort und Schrift jene kleinen, bei kritiklosen Leuten leicht Zugang findenden Verdächtigungen und Zweifel bezüglich der „angeblichen“ Neuorientierung.... welche kommen solle..... kommen könne oder nicht..... wer könne das wissen?..... die Geschichte des Krieges seien wandelbar.....

Schließlich ging mancher von ihnen mit einem Lächeln und Achselzucken über diese Sache zur Tagesordnung über.

Hätten diese Leute sich auf diesen theoretischen Skeptizismus beschränkt, so wäre das noch angegangen. Sie gingen aber weiter. Sie stützten darauf ihr politisches Verhalten. Was sie geschrieben, was sie getan, was sie anderen, namentlich den parlamentarischen Vertretungen zu tun aufgetragen haben, alles das hat als Untergrund jenen Skeptizismus, der nicht aus Tatsachen und Umständen, sondern aus politischer Verblendung entspringt. Dieser Skeptizismus hat sie dahin gebracht, daß wir uns schließlich in einer Sackgasse ohne Ausgang befanden. Wir hätten nichts dagegen tun können, wenn sie sich in dieser Sackgasse ihren Parteischädel eingerannt hätten. Als sie jedoch dank den äußeren Umständen die ganze nationale Sache in eine ausweglose Lage zu versetzen versuchten, da galt es, der Gefahr den Weg zu versperren.

Das geschah durch die Gründung des „Kraj“, der „Gazeta Narodowa“, sowie durch das Entstehen der Partei der nationalen Arbeit. Die um diese Faktoren gescharten Bürger haben unter dem mächtigen Beistande der „Gazeta Gruzdzka“ und der Katolikblätter, sich mit den „amtlichen“ nationalen Vertretungen herumbalgend, die polnische Sache und die Frage unseres Verhältnisses zum Staat und zum deutschen Volke in die richtige Stellung gebracht. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß diese Elemente als die hierzu „berufenen“ polnischen Faktoren versagten, die polnische Sache aufgenommen und sie trotz tausend Schwierigkeiten, trotz Hindernissen von seiten der eigenen Landsleute her, in einen Hafen gebracht haben, den sie als sicher zu betrachten berechtigt sind.

Die Erklärung der preußischen Regierung im Herrenhause vom 28. März d. J. bedeutet somit den völligen politischen Sieg der obigen politischen Gruppen und die völlige Niederlage der „Unversöhnlichen“, eine Niederlage, die leider auch in gleicher Weise die Abgeordnetenfraktionen trifft. Es ist charakteristisch, daß in der einschlägigen Sitzung des Herrenhauses alle Vertreter dieser aktivistischen Gruppen zugegen waren, und darüber hinaus von beiden Fraktionen — mit Ausnahme des Fürsten Radziwill — niemand. Was somit geschehen ist — und es geschah die größte Sache in der preußisch-polnischen Politik seit 100 Jahren — das hat sich vollzogen ohne Mitbeteiligung —, ja sogar ohne völlige Kenntnis der Fraktion.

Daß es geschehen ist, daß es so geschehen ist und daß es jetzt geschehen ist, das ist das ausschließliche Verdienst dieser Gruppen und der hinter ihnen stehenden Politiker.

Der stellvertretende Präsident des Staatsministeriums hat ausdrücklich hervorgehoben, daß die Regierung sich entschlossen habe, zur Neuorientierung zu schreiten mit Rücksicht auf die Strömung, die in der Presse und in den gemäßigten Parteien zutage getreten sei. Er hat betont, daß die Reden und Angriffe anderer Politiker, u. a. die des Herrn Korzant, die Sache erschwert hätten. Am meisten hat sich um die polnische Sache Fürst Ferdinand Radziwill durch seine Rede verdient gemacht, in welcher er den Rechten und Wünschen des polnischen Volkes Ausdruck verlieh, aber auch in nicht minder richtiger Weise unser Verhältnis zum Staat kennzeichnete. Dafür gebührt ihm in der Geschichte der Nation unvergängliche Ehre.

Aus Nr. 81 des Dziennik Kujawski (Hohenfalsa)
vom 11. April 1917.

Der „Dz. Kujawski“ gibt den Teil des in der Nummer des „Kraj“ unter der Überschrift „Neue Orientierung“ veröffentlichten Artikels wieder, in dem von einer völligen Niederlage der „Unversöhnlichen“ die Rede ist und knüpft daran die folgenden Bemerkungen:

Soviel aus dem Artikel des Lissaer Blattes. Selbstverständlich werden wir das Auftreten der Regierung und seine Bedeutung für die Angelegenheit der Polen beiseite lassen. Wir wollen uns nur mit der Unterstreichung des „Sieges“ der Hinterkassien-Politik auf Kosten der nationalen Solidarität beschäftigen.

Bis dahin war es nämlich Sitte und außerdem durch die Satzungen der Fraktion bestimmt, daß die Mitglieder der Fraktionen nicht auf eigene Faust Politik treiben, sondern auf Grund von Beschlüssen der Fraktion auftreten durften. Hier haben wir eine deutlich triumphierende Versicherung über eine „Niederlage der Unversöhnlichen“ vor uns.

Wir wissen nicht, ob auch Herr Dombek und der Fürst Lubecki aufrichtig an die Ausführungen ihres Organs glauben; wir nehmen aber an, daß wenigstens der letztere nach seinem zwangsweisen Austritte aus der Fraktion eine andere Überzeugung haben wird, obgleich er angeblich „gesiegt“ hat.

Die polnischen Mitglieder des Herrenhauses gehören mit Ausnahme des Fürsten Lubecki der polnischen Fraktion an. Wenn sie also eine politische Tätigkeit beginnen wollen, dann war es ihre Pflicht, hiervon die Fraktion zu unterrichten, deren Gefühl zu erforschen und nach dem Beschlusse der Mehrheit zu verfahren. Die Herren haben aber einen anderen Weg gewählt, die Fraktion unbeachtet gelassen und schreiben jetzt von einem Siege, von der Nichtanwesenheit der Mitglieder des Landtages und von der Feststellung der Tatsache, daß sie ihr Werk ganz ohne Wissen der Fraktionen vollbracht hätten.

In der Geschichte unserer Fraktionen haben wir kein so grolles Beispiel von Zuwiderhandlungen gegen die Solidarität unserer Fraktionen. Es fragt sich nur, ob dieser Schritt aus denjenigen Kreisen hervorgegangen ist, welche — als konservative — bisher stets von der Pflicht des Gefühls gegenüber der von der Volksversammlung eingesetzten Behörde gesprochen haben. Augenscheinlich haben diese Herren daran gezweifelt, daß die polnische Fraktion die „Extratouren“ ihrer Mitglieder des Herrenhauses gutheißen werde und auf eigene Faust gehandelt.

Wir wissen zwar nicht, welche Stellung die Landtagsfraktion einnehmen wird, wir nehmen aber an, daß sie über diesen grellen Bruch der Solidarität nicht stillschweigend hinweggehen wird. Leider ist in dieser

ganzen Handlung auch ein trauriger Punkt. Dieser betrifft den Fürsten Ferdinand von Radziwiłł, der trotz seiner Würde als Vorsitzender der Reichstagsfraktion, also einer Würde, welche ihn zum Wachen über die Solidarität der Abgeordneten verpflichtete, diese Pflichten öffentlich selbst umgangen ist. Hier wird also die Reichstagsfraktion von ihrem Vorsitzenden sicherlich eine Aufklärung verlangen müssen, die für die Zukunft ein Wirken „auf eigene Faust“ verhüten würde.

Aus Nr. 77 des Kurjer Śląski (Gleiwitz)
vom 4. April 1917.

Die nationale Einheitlichkeit.

Der „Kurjer Śląski“ wendet sich gegen anderweitige, abweichende Ausführungen über dieses Thema und bemerkt dann seinerseits: Die Sache verhält sich ganz entgegengesetzt. Das Verhalten der Abgeordnetenfraktionen in Berlin hat die Entwicklung der Angelegenheiten im Königreiche Polen in bedeutendem Maße erschwert und zugleich auch die Änderungen in der Polenfrage in Preußen gehemmt. Unsere Landsleute aus dem Königreiche haben dieser Tatsache in unzweideutiger Weise Ausdruck gegeben und die Mitglieder der Fraktionen haben auch noch unlängst aus maßgebendem Munde gehört, wie man im Königreich darüber denkt. Die Ansicht der mit der Beurteilung dieser Materie betrauten Männer aus Warschau haben die Politik der Fraktionen grundsätzlich getadelt und damit festgestellt, daß sie den Interessen des Königreichs nicht dienlich ist. Wenn man sich unter solchen Umständen auf die „nationale Einheitlichkeit“ beruft, dann heißt das doch, sich selbst und andern Sand in die Augen streuen.

Gerade das, was Fürst von Radziwiłł erklärte, hat die Polenpolitik in Preußen diesseits und jenseits der Grenze auf einheitliche politische Bahnen bezüglich der polnischen Interessen gebracht und das gutgemacht, was die Fraktionen zwei Jahre lang verdarben, indem sie die national-politische Politik Polens mit ihrem Auftreten durchkreuzten.

Aus Nr. 2 der Prawda (Posen)
vom 6. April 1917.

Die Neuorientierung.

Wir haben uns vorgenommen, in unserem Blatte, wie es auch nicht anders sein kann und darf, einfach, richtig und verständlich zu schreiben. Vor allem wollen und werden wir nach Kräften alle Fremdwörter vermeiden und sie durch unsere eigenen polnischen Worte ersetzen.

Die polnische Sprache ist nämlich sehr wortreich. Aber trotzdem können in ihr Fremdwörter vorkommen, die sich nicht umgehen lassen. Das hängt von vielen Ursachen und Umständen ab.

Deswegen ist es oft — infolge äußerer Umstände — unmöglich, ohne einen fremden Ausdruck auszukommen. Zu solchen Ausdrücken gehört auch das oben erwähnte Wort: „Neuorientierung“.

Was heißt also „Neuorientierung“? Was bedeutet dieses Wort? Man hört es ja überall, denn fast überall ist von ihm die Rede. Es ist somit ein Wort, das jeder kennen muß. Nur deswegen gebrauchen wir es auch, denn wir wollen, daß unsere Leser alles erfahren, was jeder Mensch heute wissen muß.

Das Wort „Orientierung“ kommt von dem Worte „sich orientieren“ her; polnisch heißt es „sich umsehen, sich umschauen, erkennen“.

Wenn wir also von einer Orientierung sprechen, so haben wir eine solche Handlung im Sinne, durch

welche wir unsere Umgebung erkennen, oder mit deren Hilfe wir festzustellen vermögen, was um uns vorgeht, was wir zu tun haben, um an diesem oder jenem Ort, in dem oder jenem Augenblick entsprechend auszutreten, zu handeln, zu wirken. So oft wir also das Wort „Orientierung“ gebrauchen, denken wir ganz einfach daran, was wir angesichts dieser oder jener Fragen und Ereignisse zu tun haben.

Und der gegenwärtige Weltkrieg hat schon alle Völker vor neue Fragen, neue Aufgaben, neue Hoffnungen und neue Verwickelungen gestellt. . . .

Das, was gestern noch da war, ist jetzt gar oft schon am folgenden Tage nicht mehr. Durch den Krieg wurde auch ein neues Feld für unsere Arbeit, für unsere Bemühungen, für unsere Hoffnungen geschaffen; es hat sich jetzt mit einem Wort die Lage beinahe eines jeden Menschen geändert.

Jede neue Lage und ebenso jede neue Frage bringt es aber auch mit sich, daß wir uns nach neuen Mitteln sei es zum Kampfe, sei es für unsere sonstigen weiteren Bemühungen umsehen.

Wie nämlich in unserem Privatleben, so verlangt auch im Leben der Völker jede Änderung der Lage von uns, daß wir uns ihr anpassen und gemäß ihr auch handeln.

Das lehrt uns am besten folgendes Beispiel.

Die Ahnen der drei Nachbarn A, B und C lebten und wetteiferten mit einander lange Jahre. B, der in der Mitte wohnte, hatte natürlich die meisten Sorgen, denn er hatte seinen Kummer sowohl mit dem einen Nachbarn A von der einen Seite, als auch mit dem Nachbarn C von der anderen Seite. A und C gruben sich nämlich von Geschlecht zu Geschlecht in den Boden ein, zum Teil auf Kosten von B. Schließlich aber entzweiten sich A und C, und es kam zum Kampfe zwischen ihnen. A besiegte C und nahm ihm auch den Boden zurück, den dieser B entrisen hatte. A reichte nachher dem Nachbarn B die Hand zur Versöhnung und machte dadurch viel Unrecht wieder gut, das B von seinen Ahnen von Geschlecht zu Geschlecht zugefügt worden war.

Im Privatleben würde nun wohl jeder an Stelle von B in die angebotene Versöhnung einwilligen und sich über sie freuen.

Denn hätte B nachher überhaupt noch das Recht und die Pflicht, in seiner Verstocktheit zu verharren? Durfte B die ihm zur Versöhnung gereichte Hand zurückweisen, die ihm doch nur Vorteile brachte? Aus welchem Grunde könnte er diese Hand noch zurückweisen? Wenn ein solcher Fall im Privatleben wirklich einträte, so würde man doch B, wenn er die Versöhnung und die Vorteile zurückweisen wollte, einen unklugen Mann und einen Querkopf nennen.

Ähnlich verhält sich die Sache in der Politik und im Leben der Völker. Auch dort kann offenkundiges Unrecht vorkommen, auch dort zeigt sich der Wille, das Unrecht wieder gut zu machen.

Wenn man sich dann ebenso starrköpfig zeigt und erklärt: „Entweder alles, oder gar nichts,“ so handelt man wie ein Kartenspieler, der auf den Urteilspruch einer unaufgedeckten Karte sein ganzes Hab und Gut, seine ganze Existenz setzt.

Ein kluger Mann sagt sich aber: „Lieber ein Sperling in der Hand, als eine Taube auf dem Dache“.

Man soll eben nehmen, was man bekommen kann, zumal wenn es keine Bettelei, kein Almosen ist, und deswegen auch nicht schändet. Und wenn man umsichtig damit wirtschaftet, so kann man es mit der Zeit auch schon zu etwas bringen.

Wie wir nun bereits erwähnt haben, hat der gegenwärtige Krieg ganze Völker vor neue Aufgaben gestellt und zur Neuorientierung genötigt.

So waren noch vor hundert Jahren Frankreich und England die größten Feinde, heute aber kämpfen

sie beide Schulter an Schulter. Ebenso führten in noch früherer Zeit England und Amerika einen Kampf auf Tod und Leben mit einander, und heute schicken sie sich an, ebenfalls gemeinsam in den Kampf zu gehen. Die Zeiten sind eben andere geworden und ebenso die Menschen und ihre Bedürfnisse. Es ist mit einem Worte eine „Neuorientierung“ eingetreten, neue Anschauungen sind aufgekommen und eine neue Bewertung der gemeinsamen Interessen.

Wenn aber große Nationen und mächtige Staaten heute so viel Zeit und Mühe auf die Neuorientierung verwenden, so müssen auch wir Polen die gegenwärtige Lage gewissenhaft prüfen und uns fragen, ob dieser Krieg auch nicht von uns eine „Neuorientierung“ verlangt? Wir müssen feststellen, ob infolge dieses Krieges nicht auch für uns andere Lebensbedingungen eingetreten sind, ob das, woran wir vor dem Kriege noch festhielten, nicht einer Änderung bedarf, ob weiter nicht auch diejenigen, die uns umgeben, ihre Anschauungen und ihren Standpunkt uns gegenüber geändert haben, und ob wir schließlich nicht auch unsere Haltung ihnen gegenüber ändern müssen.

Die Welt schreitet vorwärts, und die Zeit vergeht. Jede verlorene Minute kann uns unberechenbaren Schaden hinzufügen. Deswegen wäre es gerade sündhaft, die Hände jetzt in den Schoß zu legen und auf Gottes Erbarmen und der Menschen Mitleid zu warten, wo alle rings um uns her schaffen und bauen oder auch vernichten, wo alles zur Tat und zu einem Kampf ums Dasein schreitet.

Wir wissen doch, daß es „ohne Arbeit keinen Lohn gibt“, und daß jeder, der nicht vorwärts geht, im Verhältnis zu anderen rückwärts schreitet, auch wenn er auf demselben Punkte stehen bleiben sollte. Und gerade wir Polen können jetzt viel verlieren oder auch viel gewinnen. Wir sind ja ein lebendes, gesundes und rüstiges Volk; wir besitzen unsere nationalen Schätze, und wir haben auch ein Anrecht auf unsere Zukunft, deswegen dürfen wir auch nicht rückwärts gehen, denn das wäre unser Verlust und unser Nachteil. Und so viel haben wir doch noch nicht, als daß wir Verluste leicht verschmerzen könnten.

Wir dürfen im Gegenteil nur nach Erwerb sehen, denn sonst sind wir verloren. Deswegen müssen wir auch jetzt wirklich handeln, und zwar bedachtam, vernünftig und mit Überlegung, und nicht etwa wie ein Kartenspieler. Und wie sonst bei jeder Arbeit die Absicht, der Wille und die Lust zur Arbeit, also das Gefühl behilflich und notwendig sind, am Ende aber selber das Ergebnis und den Gewinn der Arbeit nur die wirkliche Anstrengung entscheidet, so dürfen wir auch bei der Arbeit für das Heil unseres Volkes uns des Gefühls zwar nicht ganz entledigen, aber das Gefühl darf nicht über die Vernunft gehen, denn dann könnte jede Mühe nutzlos sein.

So wird auch ein vernünftiger Mensch, der seine Scholle mit Liebe bebaut, die Hände nicht sofort in den Schoß legen und betteln gehen, wenn er seinen Grund und Boden verloren hat, sondern er wird den Verhältnissen Rechnung tragen, selbst in einem Bergwerk Arbeit suchen und dort von neuem zu sparen anfangen, um sich nachher wieder ein Stück Land kaufen zu können. Er wird nicht sagen, daß er, da er das ihm so teure Land nicht mehr bebauen könne, überhaupt nicht mehr arbeiten werde; er wird eben sein Gefühl nicht über seinen Verstand setzen, der ihm gebietet, vorläufig eine andere Arbeit zu suchen, um weiter leben zu können und um für sich und die Seinigen von neuem zu sparen.

Wer so handelt, der wird auch verstehen, warum das Königreich Polen jetzt darüber so sehr erfreut ist, daß die russischen Heere Polen verlassen haben und warum es die „Neuorientierung“ mit Freuden begrüßt,

die sich dem Westen Europas und nicht dem ostasiatischen Angreifer zuwendet.

Aber nicht nur das Königreich Polen freut sich darüber und arbeitet jetzt mit allem Eifer zusammen mit den deutsch-österreichischen Behörden an dem Wiederaufbau des selbständigen polnischen Staates.

Dasselbe tut auch schon Galizien, denn es weiß ganz wohl, daß es heute die vornehmste Pflicht eines jeden Polen ist, an dem Wiederaufbau des unabhängigen Polens mitzuwirken und zugleich für die Besserung seiner eigenen Lage zu sorgen.

So müssen auch wir im Großherzogtum Posen jetzt handeln, zumal uns die deutsche und preußische Regierung nach so vielen Unannehmlichkeiten und Leiden schon Folgendes feierlich versprochen hat 1. die Aufhebung des Enteignungsgesetzes, 2. Gleichberechtigung bei der Ansiedlung d. h. die Erlaubnis zum Anbau in der heimatischen Provinz (Änderung bei der Anwendung des § 13b der Ansiedlungsnovelle), sowie die Gewährung von Beihilfen für die polnischen Ansiedler aus Staatsmitteln in gleicher Weise, wie sie den Ansiedlern deutscher Nationalität gewährt werden, 3. Erleichterungen beim Gebrauch der polnischen Sprache in der Schule und 4. im öffentlichen Leben (z. B. in Vereinen, öffentlichen Versammlungen usw.)

In Kurzem werden wir darüber noch mehr erfahren.

Und die Mehrheit sowohl im preußischen Abgeordnetenhaus, als auch im deutschen Reichstage hat sich damit schon einverstanden erklärt, und zwar sogar diejenigen Parteien, die uns bis dahin nicht gewogen waren.

Das ist also die „Neuorientierung.“

Aus Nr. 78 des Głos Narodu (Kraſau)
vom 1. April 1917.

Die polnische Frage in Preußen.

Die vom Vertreter der preußischen Regierung von Breitenbach im Herrenhause abgegebene amtliche Erklärung, daß eine Änderung der preußischen Polenpolitik nicht erst nach dem Kriege, sondern schon jetzt eintreten werde, ist als Symptom wichtig. Wie wir schon vorgestern bemerkten, bedeutet diese Erklärung, daß die leitenden Kreise in Preußen schließlich eingesehen haben, daß von einer Entnationalisierung der Polen keine Rede sein kann und eine Fortsetzung der bisherigen Politik nur ein zweckloses Reizen des polnischen Elementes wäre. Das ist über allen Zweifel klar und in der ganzen Sache vorläufig das Wichtigste. Eine andere Frage ist es, welchen praktischen Wert die von Herrn von Breitenbach angekündigten Änderungen haben werden.

Auf Grund des von dem k. k. Korrespondenz-Büro veröffentlichten Textes darf man folgende Punkte der preußischen Erklärung feststellen: 1. Das Enteignungsgesetz soll ganz aufgehoben werden. 2. Das Ansiedlungsgesetz soll keinesfalls aufgehoben, sondern nur gegen die Polen milder angewendet werden. 3. Die Ansiedlungskommission soll weiterbestehen. 4. Auf dem sprachlichen Gebiete würden kleinere Erleichterungen eintreten, höchstwahrscheinlich im Religionsunterricht der Volksschulen und im Vereinsleben.

Ohgleich man unter so schwierigen Verhältnissen, wie im preußischen Teilgebiete, jede, auch die kleinste Erleichterung schätzen muß, müssen wir doch feststellen, daß die von Herrn von Breitenbach angekündigten Änderungen nur einen geringen Wert haben.

Das Enteignungsgesetz, das krasseste aller anti-polnischen Gesetze, das vollständig aufgehoben werden soll, enthielt für uns im Grunde genommen die kleinste Gefahr. Sogar unsere fanatischsten Gegner (wie neuerdings der Posener Oberbürgermeister Wilms)

stellten bei verschiedenen Gelegenheiten fest, daß dieses Gesetz ein schwerer Fehler von preußischer Seite war. Es untergrub in bedrohlicher Weise den Grundsatz des Eigentums, den Hauptgrundsatz des heutigen sozialen Gebäudes. Preußen hat es in der ganzen Welt verunglimpft. Seine Vorteile aber waren so lächerlich gering, daß sie kaum in Frage kommen. Deshalb hat die preußische Regierung auch von weiteren Entzugnungen Abstand genommen.

Dagegen ist das in seinen Folgen empfindliche und fatale Ansiedlungsgesetz ohne Vergleich für uns weit gefährlicher. Dieses Gesetz verbietet bekanntlich den Polen die Gründung neuer Ansiedelungen und die Errichtung neuer Gebäude ohne Genehmigung der Ansiedlungskommission. Ein Beispiel hierzu bietet der geschichtliche Drzymala, der in einem Zirkuswagen wohnte, weil man ihm nicht erlaubte, auf seinem eigenen Grundstücke ein Wohnhaus zu errichten. Nach Erlass dieses Gesetzes hörten in der Provinz Posen die Parzellierungen fast vollständig auf. Dagegen vermehrte sich die Abwanderung des Arbeitervolkes nach der Mitte Deutschlands, woher der polnische Arbeiter nicht zurückkehrt, weil er für sein erspartes Geld in der Heimat kein Land kaufen darf. In den rheinisch-westfälischen Kohlen- und Industrie-Bezirken hat sich auf diese Weise $\frac{1}{4}$ Million polnischer Bevölkerung angesammelt, die von dem nationalen Organismus abgefordert und trotz ihres heldenhaften Widerstandes früher oder später dem Untergange geweiht ist. Für die Entwicklung des polnischen Elements in Preußen bedeutet dieses Gesetz also eine Katastrophe, abgesehen davon, daß es allen Rechtsbegriffen spottet.

Indes ist von einer Aufhebung dieses Gesetzes keine Rede. Der Vertreter der preußischen Regierung kündigt nur eine mildere Anwendung dieses draconischen Gesetzes an.

Ähnlich verhält es sich mit der Ansiedlungskommission, die weiterbestehen soll, unser nationales Dasein an den Wurzeln untergräbt und ständig immer neue Hunderte von Millionen zur Ansiedelung der Deutschen auf polnischem Boden verwendet. Die deutsche Ansiedelung im Westen Polens soll nicht etwa aufhören, sondern sie soll nach den Worten des Regierungsvertreters das „Hauptziel“ der preußischen Politik sein.

Was schließlich die von Herrn von Breitenbach angekündigten sprachlichen Erleichterungen anbetrifft, so erschöpfen sie einen kaum sichtbaren Teil der polnischen elementaren Bedürfnisse und natürlichen Rechte. Der Religionsunterricht in der Muttersprache auf der Unterstufe und das Recht des Gebrauchs der Muttersprache in öffentlichen Versammlungen sind, wie zutreffend bemerkt wurde, „Rechte“ solcher Art, wie das Recht des Atmens und der Stillung des Hungers und Durstes. Unberührt bleibt das ganze ungeheure Gebiet der Sprachengesetze in der Schule, im Gericht und bei den Behörden, der Rechte, welche die gemäßigten Elemente in der Provinz Posen am meisten geltend machen. Wir erinnern daran, daß die sich unlängst gebildete „Partei der nationalen Arbeit“, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Polen mit dem preußischen Staate zu versöhnen, gerade dieses Sprachenrecht stark betont und z. B. im Schulwesen auch die Forderung einer polnischen Universität in Posen nicht ausschließt.

Das von Herrn von Breitenbach entwickelte Programm ist also kaum ein kleiner Schritt zur Befriedigung der berechtigten Forderungen der Polen. Gleichwohl ist es aber wichtig, daß dieser Schritt überhaupt getan wurde, daß die preußische Regierung die Notwendigkeit einer Änderung ihres bisherigen Weges anerkannt hat. In der gegenwärtigen heißen Atmosphäre, in welcher so viele politische Angewohnheiten und Formen einer gewaltsamen Umwertung unterliegen, darf man hoffen, daß auch die preußische Neueinstellung

im Verhältnis zu den Polen noch weitere gesunde Evolutionen zeitigen, jedenfalls aber nicht in den engen Grenzen stehen bleiben wird, wie sie ihr unlängst im preußischen Herrenhause gesteckt wurden.

Nr. 90 des Glos Lubelski (Lublin)

vom 31. März 1917

bringt im Auszug die Verhandlungen im Preußischen Herrenhaus und hebt durch Fettdruck unter anderen folgende Sätze heraus: Aus der Rede des Fürsten Hatzfeld: „Danzig und Preußisch-Polen können wir den Polen nicht abtreten.“ Aus der Rede des Bürgermeisters von Königsberg Koerte: „Gemäß der heutigen Erklärung der Regierung darf man erwarten, daß im polnischen Lager die Hoffnung auf die polnische Hauptstadt am Baltischen Meer aufgegeben sein wird. Wir müssen vor allem die Interessen des Preußischen Staates im Auge behalten.“ Aus der Rede des Oberbürgermeisters von Posen Dr. Wilms: „Die Schule muß deutsch bleiben und kann nicht aus der deutschen Hand gelassen werden. Man könnte vielleicht erlauben, daß der Religionsunterricht in der Muttersprache außerhalb der Schule erteilt wird, in der Schule selbst muß aber in deutscher Sprache unterrichtet werden.“

(Aus Nr. 61 des Warschauer Tagesberichts vom 2. April 1917.)

Nr. 88 des Kurjer Polski (Warschau)

vom 1. April 1917

bespriht die von dem Minister Breitenbach im Herrenhaus angekündigte Änderung der preußischen Politik gegenüber den Polen und wiederholt die Pressestimmen einzelner Posener Organe, wie z. B. „Dziennik Poznański“, „Gazeta Narodowa“ und „Kraj“. Alle begrüßen die Kundgebung des preußischen Ministers mit größter Befriedigung. Es ergebe sich daraus, daß sogar die Regierung und diejenigen Parteien, welche die unglückselige antipolnische Politik befürworteten, endlich heute aus eigener Initiative ihre Revision in die Wege leiten, weil sie einsahen, daß das unbedingt notwendig sei.

(Aus Nr. 61 des Warschauer Tagesberichts vom 2. April 1917.)

Nr. 3 des Glos (Warschau)

vom 2. April 1917

erörtert die Rede des Fürsten Hatzfeld in der preußischen Landtagssitzung vom 29. v. Mts. und gibt hiervon folgende Sätze im Fettdruck: „Fürst Radziwiłł ist eine Persönlichkeit, die namens der Polen sprechen darf und die wir voll anerkennen. In Wirklichkeit gehört Polen nach seiner geographischen Lage, seiner geschichtlichen Tradition und seiner Konfession zu dem Westen. Es ist fraglich, ob die Teilungen Polens im Interesse Preußens und Deutschlands lagen. Maria Theresia war dagegen, und daß sie Recht hatte, bewies die Geschichte. . . . Bismarck sagte im Abgeordnetenhaus im Jahre 1866: „Wir werden den Rhein nicht halten können, wenn wir die Polen bedrücken. . . . Rußland ist nicht unantastbar. Polen ist sein wunder Punkt. Wenn wir den Polen helfen würden, könnten sie sehr gut einen unabhängigen Staat bilden. . . . Selbstredend werden wir als Nachbarn auch unsere innere Politik den Polen gegenüber einer Revision unterziehen. Aus dem von uns gegründeten neuen polnischen Staat darf kein neues Serbien entstehen. . . . Mit unseren guten Nachbarn müssen wir in gutem Einvernehmen leben. . . . Vor

allen Dingen muß das Enteignungsgesetz aufgehoben werden; ferner müssen Baukonjense erteilt werden, der Religionsunterricht in polnischer Sprache eingeführt und die polnische Sprache in Versammlungen zugelassen werden. Jahn hat gesagt: „Ein Volk, das seine Muttersprache aufgibt, ist unwürdig, im Völkerstaat das Wort zu ergreifen.“

(Aus Nr. 62 des Warschauer Tagesberichts vom 3. April 1917.)

Nr. 76 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 4. April 1917

schreibt über die letzte Polendebatte im preussischen Landtag folgendes: „Die letzte Debatte über die Polenfrage im preussischen Landtage und die Ankündigung des Ministers des Innern von Breitenbach über die Änderung der Regierungspolitik im Verhältnis zu den Polen wurde durch die ganze polnische Allgemeinheit mit Freude begrüßt . . . Der Schritt der preussischen Regierung muß als Bankrott der kaiserlichen Politik angesehen werden, was auch daraus zu entnehmen ist, daß für die Änderung der Politik sich auch die Führer der kaiserlichen Bewegung, wie der Bürgermeister von Posen, Wilms, ausgesprochen haben. Auf die Änderung der antipolnischen Politik der preussischen Regierung hat wahrscheinlich der deutsche Kaiser Einfluß ausgeübt. Dafür spricht die Tatsache, daß der erste Redner, der für die Änderung der Orientierung sich erklärt hat, Fürst Günther v. Schleswig, der Bruder der Kaiserin, war, dem am besten die Anschauungen der Krone in dieser Frage bekannt waren.“

(Aus Nr. 64 des Warschauer Tagesberichts vom 5. April 1917.)

Aus Nr. 76 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 5. April 1917.

Unermüdliche Hege der Hakatisten.

In einer Sitzung des Herrenhauses wurde die Änderung der antipolnischen Gesetze angekündigt, was wir den Lesern schon mitgeteilt haben. Der Minister von Breitenbach hat namens der Regierung erklärt, daß man begonnen habe, die Aufhebung des Enteignungsgesetzes und die Erleichterung im Gebrauch der Muttersprache zu erwägen. Auch ist bekannt, daß der Fürst von Radziwill der Regierung im Herrenhause für die Errichtung des Königreiches Polen Worte der Anerkennung gezollt hat. Hat aber der loyale Standpunkt des Fürsten und dessen Dank eine Abschwächung der Hege der Hakatisten in Preußen erzielt? Die Antwort auf diese Frage gibt uns ein Artikel der polenfeindlichen „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“:

Die polnische Volksgesamtheit ist an die Hege der Hakatisten schon dermaßen gewöhnt, daß neue Überfälle uns nicht mehr wundern können. Wir haben auch wieder einen Beweis dafür, daß der Haß der Hakatisten und die antipolnische Erbitterung nicht schwächer werden, obgleich ein polnischer Magnat der Regierung im Herrenhause den Dank und die Anhänglichkeit an den preussischen Staat ausgesprochen hat.

Aus Nr. 74 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 30. März 1917.

(Aus dem Zensurbogen. — Nicht veröffentlicht.)

Die alldeutsche „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ in Essen ist dadurch bekannt, daß sie — unbekümmert um den Burgfrieden — wie vor dem Kriege so auch in der Kriegszeit mehr oder weniger gehässige Artikel

gegen die deutschen Bürger des Deutschen Reiches und auch gegen diejenigen Politiker und Minister veröffentlicht, die die Meinung zeigen, den Polen nicht allein im Preussischen Staat, sondern auch in Galizien und in den von den Deutschen besetzten polnischen Ländern des russischen Anteils Vinderungen einzuräumen. Es war daher leicht vorauszusehen, daß die Ankündigung der Aufhebung des preussischen Gesetzes über die Enteignung der Polen und die Ansage von Vinderungen für die polnische Bevölkerung auf sprachlichem Gebiet und inbezug auf Ansiedlung auf einen energischen Einspruch der alldeutschen Zeitung in Essen stoßen würde. In der Tat behauptet die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ schon in der gestrigen Abendnummer, daß Zugeständnisse zu Gunsten der Polen für Preußen und Deutschland gefährlich wären, wobei sie sich auf die Vergangenheit beruft. Nach Ansicht der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ haben die Polen im preussischen Anteil auf die ihnen nach den Napoleonischen Kriegen zugestandenen Freiheiten im Jahre 1830 mit einem „Aufruhr“ geantwortet, obwohl dieser „Aufruhr“ nicht gegen Preußen, sondern gegen Rußland gerichtet war. Hätten Preußen und Österreich diesen „Aufruhr“ gegen den Zaren Nikolaus I. unterstützt, so gäbe es mit dem Zaren Nikolaus II. und mit den Truppen Nikolai Nikolajewicz keinen Krieg. Der polnische „Aufruhr“ hinderte den Zaren daran, sich in die inneren Verhältnisse der westeuropäischen Nationen einzumischen. Weiter behauptet die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, daß die Polen auf die Zugeständnisse des Königs Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1848 mit einem Aufstand geantwortet hätten, sie verschweigt aber, daß im Jahre 1848 die Polen mit Zustimmung der preussischen Regierung Freischaren gründeten, um zusammen mit dem preussischen Heer in einem Kriege gegen Rußland zu kämpfen, der auszubrechen drohte. Als die Gefahr vorüber war, wurde den Polen befohlen, sich aufzulösen. Dem widersetzten sich einige Abteilungen, und so kam es zu Zusammenstößen bei Miloslaw und Breschen. Vor dem floß aber Blut in den Straßen Berlins und anderer deutscher Städte. Die Teilnehmer an diesen Kämpfen kamen später in Preußen zu den höchsten Würden, und ihren Nachkommen wirft niemand die Beteiligung an der Revolution vor. Mit welchem Recht soll die polnische Generation für die Ereignisse des Jahres 1848 und sogar für den „Aufruhr“ gegen Rußland gestraft werden? Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ gibt ausdrücklich zu, daß die Polen in dem jetzigen Kriege gegen den Staat ihre Pflicht erfüllen. Nach ihrer Meinung kann man aber für diese Pflichterfüllung keine Belohnung fordern. Das ist wahr. Wenn aber früher mit Ausnahmegesetzen gestraft wurde, weil man glaubte, daß wir im Kriege unsere Pflicht nicht tun würden, so sollte man doch unbedingt mit den Strafen aufhören, nachdem es sich herausgestellt hat, daß man uns mit Unrecht verdächtigte. Wir wollen schon davon gar nicht reden, daß es in Europa kein Gesetz gibt und auch nicht gegeben hat, wonach man berechtigt wäre, für eine zukünftige Nichterfüllung der Pflichten zu strafen. Nur die zarisch-bureaukratische „Verwaltungsordnung“ kannte Strafen für „Mißerfolge“, diese ist aber jetzt bankrott geworden. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ wirft den Polen auch vor, daß sie die Kriegsanleihe zu wenig zeichnen. Solange es sich um eine freiwillige und keine Zwangsanleihe handelt, kann man weder einen Polen noch einen Deutschen dafür strafen, weil er sich an der Zeichnung nicht beteiligt hat. Ein Unrecht wäre es aber geradezu, diejenigen zu strafen, die nichts haben. Daß auch die wohlhabenden Polen nicht soviel für die Kriegsanleihe hergeben können, wie verschiedene Heereslieferanten und Lebensmittel-Vermittler, die durch den Krieg Millionen verdient haben, wird jedermann zugeben.

Das ist aber kein Grund, daß die Anute der Ausnahme-gesetze noch weiterhin über uns hängen soll.

Außer diesen unbegründeten Vorwürfen der alldeutschen Zeitung fällt ihre Bemerkung auf, daß Fürst Radziwill kein Recht dazu habe, im Namen der Polen zu sprechen. Das beweist, daß die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ entgegen dem angeblichen Wunsche der Regierung die Gegensätze zwischen Deutschen und Polen um jeden Preis zu erhalten sucht, und zu diesem Zweck hegt sie ihre einflußreichen Leser gegen die polnische Bevölkerung auf.

Aus Nr. 77 des Kraj (Wissa i. Poj.)
vom 4. April 1917.

In einer Nachlese von deutschen Preßstimmen betreffend die **letzten Verhandlungen des Herrenhauses in der polnischen Sache** zitiert der „Kraj“ auch eine Äußerung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, und er knüpft daran folgende Bemerkung:

..... Angesichts der Änderung der Lage darf man derartigen Auslassungen nicht allzuviel Gewicht beimessen und solchen Artikeln nicht durch Wiedergabe im vollen Wortlaut große Bedeutung für unsere Volksgemeinschaft geben. Wir halten Übertreibungen nach dieser Richtung hin für schädlich, weil sie manchmal und sogar gewöhnlich zur einseitigen Informierung unserer Volksgemeinschaft führen, da es unserer Presse unter den gegenwärtigen Verhältnissen an Raum mangeln muß, um alle uns w o h l w o l l e n d e n Artikel aufzunehmen.

Natürlich schließt das nicht aus, daß die hauptsächlichsten Lügen unserer Gegner aufgeklärt und widerlegt werden müssen.

Aus diesem Grunde muß betont werden, daß Fürst Radziwill, als er im preussischen Herrenhause eine versöhnliche Rede hielt, die von einer seitens der polnischen Volksgemeinschaft ersehnten und anerkannten Wirkung gekrönt war, die Aktion fortgesetzt hat, die von ihm als dem Vorsitzenden der polnischen Fraktion im Reichstage eingeleitet worden war. Es hat sich kein Protest gegen seine Aktion erhoben, deren Wichtigkeit alle Schwierigkeiten und Hindernisse überwunden hat; denn für eine heilsame Entschließung bestehen keine Hindernisse nach Art früherer Reden usw., welche einen unerwünschten Einfluß auf den Verlauf der Verhandlungen und auf die Verständigung zwischen der Regierung und den polnischen Politikern ausübten.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ erwähnt in diesem Artikel die Aktion und die Rede des Fürsten Radziwill im deutschen Reichstage gar nicht, als ob sie nicht vorhanden wären und dadurch verleiht das Blatt dem Auftreten des Fürsten Radziwill im Herrenhause den für die Zwecke des Blattes erforderlichen nötigen Hintergrund, indem es behauptet, man könne den Fürsten Radziwill als einen tatsächlichen Vertreter der polnischen Bevölkerung nicht betrachten. Wir wiederholen, daß es gegen die Reden des Fürsten Radziwill einen Protest nicht gegeben hat, nicht geben wird und nicht geben kann.

Fürst Radziwill kennt, da er seit 40 Jahren ununterbrochen der gewählte Vertreter des Wahlkreises Schildberg-Ostrowo-Kempen-Melnau im Reichstage ist, die Bedürfnisse der polnischen Bevölkerung wohl. Diese hat ihm durch die Wahlkomitees unlängst ein Vertrauensvotum erteilt und eine prächtige Adresse auszuhändigen lassen.

Von den weiteren Ausführungen lenken höchstens noch die Sätze betreffend die Nationaldemokratie und deren Arbeit die Aufmerksamkeit auf sich. Das Blatt meint, daß die kleine Gruppe des Adels, die mehr oder weniger auf dem Standpunkt des Fürsten Radziwill stehe, durch die Nationaldemokratie vollständig an die Mauer gedrückt werde. Das ist offenbar

falsch. Mit dem Standpunkt der Nationaldemokratie ist kein Lager mehr einverstanden, hingegen gibt es mehrere der Nationaldemokratie gegnerische Lager, und in ihnen Massen von Volk, die Presse aber, welche die einzelnen mehr oder weniger antinationaldemokratischen Richtungen vertritt, ist vielleicht 10 mal mehr verbreitet und 20—30 mal mehr gelesen, als die nationaldemokratische. Daraus geht klar hervor, auf wessen Seite die riesige Mehrheit der polnischen Volksgemeinschaft in Preußen bisher stand und steht.

Die Presse aber, die in der antipolnischen Gesetzgebung geschlagen worden ist und von der die Volksgemeinschaft in kurzem mehr erfahren wird, hat natürlich die Zahl der Anhänger der Versöhnungspolitik, deren Vertretern so mancher mißtraut hat, vermehrt. Nur Handlungen der preussischen Regierung werden das Mißtrauen beseitigen. Wir sagen das offen seit Beginn des Bestehens des „Kraj“, und wir wiederholen es unaufhörlich — bis zum Erfolge. Die nationaldemokratische Presse aber sollte die Wirkungen ihrer Haltung ernst überlegen. Das ewige Predigen, daß man „abwarten“ müsse, hätte zu nichts geführt, wenn nicht die mühevollen Arbeit und Initiative der Fürsten Radziwill, Drucki-Lubecki und anderer Personen gewesen wäre; durch politische Untätigkeit ist noch niemals etwas aufgebaut worden.

Einzig Aktivismus wird uns helfen. Von dieser Losung ist fast unsere ganze polnische Volksgemeinschaft im Königreich Polen, in Galizien, unter preussischer Herrschaft und sogar in Amerika durchdrungen — mit Ausnahme der zusammenmelzenden Kreise verknöchertester Nationaldemokraten.

Aus Nr. 1 der Prawda (Posen).

Von der Redaktion.

In Gottes Namen treten wir an die Erfüllung unserer Aufgabe heran. Diese Aufgabe besteht in der Förderung der Wahrheit auf dem Gebiete des Katholizismus, der Rationalität und der Wirtschaftspolitik. Bei der letzteren werden wir vor allem die Interessen der breitesten Volksschichten berücksichtigen.

Der Hierarchie der katholischen Kirche unbedingt gehorchend, werden wir den Interessen dieser Kirche dienen. Wir hoffen, daß wir dabei in den Vertretern der katholischen Kirche und in den Gläubigen eine Stütze finden werden.

Die Übergangszeit, in der sich gegenwärtig das polnische Volk befindet, verlangt, daß auch die Lebensinteressen unseres Volkes sorgfältig gewahrt und in richtiger Weise unterstützt werden. Da wir durch keine Rücksichten und keine parteipolitischen Anschauungen gebunden sind, so werden wir stets die unbedingte Wahrheit über alles verkünden, was im wesentlichen Interesse unserer polnischen, unserer vaterländischen Sache liegt.

Die einzige Richtschnur auf diesem Gebiete wird für uns — das Interesse des polnischen Volkes sein. So wird auch jeder Gegner des polnischen Volkes uns stets auf unserem Posten finden.

Die „Prawda“ tritt ins Leben in einer Zeit, wo die einen Nationen vergehen und die anderen sich erheben.

Das Schicksal Polens — unseres eigenen, teuren Staates — ist bis dahin noch nicht entschieden. Man sieht zwar schon die Umrisse des neuen Staatsgebäudes, aber leider beteiligen sich noch nicht alle polnischen Hände an seinem Bau. Es fehlt noch an entschiedenen und zielbewussten Männern. Die Reihen derjenigen, welche sich an diesem Bau gern beteiligen, müssen verstärkt werden. Wir treten auch selbst in Reih' und Glied und werden auch diejenigen zur Arbeit rufen, die mitarbeiten sollen.

Auf dem wirtschaftlichen Gebiete besteht die Wahrheit darin, daß die Interessen aller Volksschichten, die naturgemäß von einander abhängig sind, also die Interessen der Landwirte, Handwerker, Kaufleute und Arbeiter in gerechter Weise berücksichtigt werden. Jeder soll mit ehrlicher und angestrenzter Arbeit zur Hebung des allgemeinen Wohlstandes beitragen. Deshalb verdient auch jeder Unterstützung und Berücksichtigung seiner Interessen von unserer Seite her.

Unser Wunsch ist es aber vor allem, daß die „Prawda“ in diejenigen Häuser gelange, wo bis dahin noch kein polnisches und katholisches Blatt gelesen wird. Deswegen sind wir auch das billigste Blatt, aber andererseits wollen wir kein katholisches und polnisches Blatt verdrängen.

Unsere Losung lautet also: Arbeit und Wahrheit! und unser einziges Endziel ist das Heil des polnischen Volkes!

Aus Nr. 80 des Oredownik (Posen)
vom 8. April 1917.

Betrifft die „Prawda“.

In Posen erscheint jetzt ein neues Blatt, die „Prawda“. Weil dieses Blatt in der Buchdruckerei des „Kraj“ in Lissa gedruckt wird und weil sein Chefredakteur Herr Stanislaus Kuhnert ist, der im „Kraj“ als Vertreter des Chefredakteurs Herrn Dombek figurierte, so ist dieses Blatt als eine populäre Ausgabe des „Kraj“ anzusehen.

Aus Nr. 43 des Głos Lubawski (Löbau)
vom 10. April 1917.

Eine öffentliche Abendunterhaltung in polnischer Sprache.

Montowo, Kreis Löbau, Westpreußen.

Am vergangenen Sonnabend fand in der hiesigen Volksschule eine Abendunterhaltung mit Vorlesungen in polnischer Sprache statt, durch welche auch dem polnischen Volke die finanzielle und wirtschaftliche Kraft Deutschlands klargemacht wurde. Der Rittergutsbesitzer von Ossowski begrüßte die Anwesenden in polnischer Sprache und ermunterte sie zur Beteiligung an der 6. Kriegsanleihe. Herr Kominski erläuterte die Lichtbilder ebenfalls in polnischer Sprache. Die von der dortigen Schuljugend vorgetragenen Gesänge und Gedichte verschönerten die Unterhaltung.

Aus Nr. 4 des Sokół (Posen).
April.

An die Sokolvereine.

„Unter deinem Zeichen, du unsere Größe und unsere Liebe, geben wir unser Leben.“

Dr. Feliks Konieczny, Thaddäus Kosciuszko.

Am 15. Oktober d. J. werden hundert Jahre verflossen sein, seit Thaddäus Kosciuszko uns für alle Zeiten verlassen hat.

Er ist fern von seinem Vaterlande von der Welt geschieden, fern von diesem Vaterlande, das er so innig liebte, in dessen Dienst er sein ganzes Leben zugebracht hat, für das er sein Herzblut vergoß und dessen Ruhm und Größe er mit seinen Taten auf den beiden Hemisphären — fern von Polen verherrlichte. Ein Jahr nach seinem Tode ließ das dankbare Volk die irdischen Überreste seines Feldherrn nach dem Wawel (in Krakau) in die Gräber unserer Könige überführen, wo sie jetzt zwischen Johann III, Sobieski und Joseph Poniatowski ruhen. Fünf Jahre später hat ihm das polnische Volk ein Denkmal — einzig

in seiner Art — errichtet. Es hat nämlich Erde aus allen Teilen Polens zusammengetragen und ihm zu Ehren bei Krakau einen Hügel aus dieser Erde aufgeschüttet, aus derselben polnischen Erde, für welche er gekämpft und die er mit seinem Blute getränkt hatte.

Das dauerhafteste Denkmal hat sich aber dieser Führer des polnischen Volkes im Herzen eines jeden Polen selbst erbaut.

Das ist das Ideal unermüdlicher, echt soldatischer, nationaler Arbeit im Dienste unserer Sache, es ist die Hingabe jeder Tat und jedes Gedankens für Polen, ein makelloser und braver Charakter, wie aus Granit gemeißelt, es ist jener neue Geist, mit dem er das ganze Volk belebte, und der mächtige unerschütterliche Glaube an Polens Unsterblichkeit und an Polens Wiederauferstehung.

Das ist das lebendige Denkmal unseres nationalen Führers, das in unseren Herzen ruht.

Das ist jenes Denkmal, das in den Herzen aller derjenigen lebt, welche heute noch betend singen: „Sieh' Kosciuszko, auf uns vom Himmel herab.“

Und wir, die polnischen Sokolvereine, müssen an die Spitze jener Millionen treten, die in Kosciuszko das Ideal eines Menschen und Polen sehen, gerade wir, die wir uns diesen Heldenführer zu unserem besonderen Schutzpatron gewählt haben.

Wir haben deshalb auch vor allen anderen die Pflicht, in der würdigsten Weise das hundertjährige Andenken jenes Tages zu feiern, an welchem der Geist unseres Heldenführers, von seiner irdischen Hülle befreit, sich mit dem Geiste Polens vereinigte, um mit ihm zusammen in unseren Herzen weiter zu leben.

Deswegen fordern wir Euch, Kameraden, auf, nicht nur rechtzeitig mit den Vorbereitungen zu einer Kosciuszkofeier zu beginnen, sondern auch jetzt schon in Euren Gesprächen während der Ausflüge und im alltäglichen Verkehr an den Führer unseres Volkes und den Schutzpatron der polnischen Sokolvereine zu denken, damit das Jubiläumsjahr Kosciuszkos in Euren Herzen auch die Ideale Kosciuszkos festige.

Angeichts der immer noch unsicheren Zukunft wissen wir allerdings noch nicht, in welcher Weise wir am würdigsten das Jubiläum Kosciuszkos begehen sollen. Wir wissen nämlich noch nicht, ob im Oktober auch schon jener große, von uns allen so heiß ersehnte und so lange erwartete Augenblick gekommen sein wird, der uns gestatten würde, den hundertjährigen Todestag unseres nationalen Führers mit öffentlichen Umzügen in entsprechender Weise zu feiern, und zwar zusammen schon mit denjenigen Kameraden, die unverfehrt aus den Schützengräben zurückgekehrt sein werden.

Auf eine Seite der Kosciuszkofeier in diesem Jahre möchten wir aber jetzt schon aufmerksam machen, nämlich auf die Kosciuszko-Stiftung in unserem Sokol-Verbande. An diesen Fonds sollen wir von jetzt ab bei jeder Gelegenheit alle denken. Mögen also Eure Gaben und Sammlungen für diesen Fonds, aus dem wir unsere jungen Sokolvereine mit der erfolgreichsten Waffe, nämlich mit polnischen Büchern versehen, den Beweis liefern, daß die Sokolvereine sich nicht umsonst Kosciuszko als das Ideal eines nationalen Kämpfers zum Schutzpatron gewählt haben.

Um unseren Sokolvereinen und allen unseren Kameraden die Vorbereitungen zu der Kosciuszko-Feier und diejenigen Aufgaben, welche sich an das Jubiläumsjahr knüpfen, zu erleichtern, werden wir schon in den nächsten Nummern unseres Organs ein Verzeichnis der Bücher und Broschüren über unseren Heldenführer sowie solcher Gedichte usw. veröffentlichen, welche sich zur Deklamation an diesem Tage am besten eignen würden. Außerdem werden wir dafür sorgen, daß unsere Kameraden in jeder folgenden Nummer unseres Organs an unseren Schutzpatron stets von neuem

erinnert und dadurch zur Vertiefung seines erhabenen Wesens sowie zur Festigung seiner mächtigen Ideale in ihren Herzen angeregt werden.

„Unter deinem Zeichen, du unsere Größe und unsere Liebe, wollen wir unser Leben geben“, — diese Worte des Kosciuszko-Forschers mögen denn also in dem Jubiläumsjahr Kosciuszkos zur Lösung eines jeden werden, der mit seinem ganzen Herzen an unserem „Sokol“ hängt. Und wenn diese Lösung sich auch in unseren Werken offenbaren wird, so werden wir am würdigsten das Andenken unseres Helden, jenes großen Feldherrn von Racławice ehren, der auch unser Volk als den wichtigsten Teil unserer Volksgemeinschaft in den Dienst des Vaterlandes stellte und aus diesem Volke Helden schuf.

Der Verbandsvorstand.

Aus Nr. 80 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 8. April 1917.

Aufruf in Sachen einer Ausstellung von Bildern und Bildwerken.

Das Komitee zur Hilfeleistung für das Königreich Polen hat die Absicht, eine Ausstellung von im Besitz von Privatpersonen befindlichen Bildern und Bildwerken polnischer Künstler zu veranstalten. Das Komitee will auf diese Weise die Einnahmen zugunsten der hungernden Brüder vermehren und der Volksgemeinschaft zugleich die Gelegenheit bieten, sich mit hervorragenden Werken unserer Meister vertraut zu machen. Wir wenden uns daher an die Besitzer von kostbaren Bildern und Bildwerken mit der Bitte, sie uns für einige Wochen leihen zu wollen. Wir vertrauen darauf, daß sie sich mit Rücksicht auf den doppelten edlen Zweck unserer Bitte geneigt zeigen werden. Die näheren Einzelheiten werden wir besonders veröffentlichen.

Das Komitee zur Hilfeleistung im Königreich Polen.

Erzbischof Edmund Dalbor, Vorsitzender.

Ludwig v. Mycielski, stellv. Vorsitzender.

Kasimir Brownsford, Schriftführer.

Dr. Kasimir Hacia, Schatzmeister.

Es folgen noch 24 Namen hervorragender Personen aus der polnischen Gesellschaft.

Aus Nr. 6 des Głos Górnika (Bochum)
vom 24. März 1917.

Die Denkschrift der Berufsverbände über die Lebensmittelversorgung und der preußische Landwirtschaftsminister.

(Auszugsweise.)

Zu der am 7. März 1917 im Preussischen Abgeordnetenhaus gehaltenen Rede des Herrn Landwirtschaftsministers bemerkt das Blatt:

Als Beteiligte müssen wir dem Minister von dieser Stelle mit einigen Worten antworten, um so mehr als von den Beteiligten im Abgeordnetenhaus niemand mehr zu Worte kommen konnte, weil die Mehrheit der Abgeordneten Schluß der Debatte beschlossen hatte. Die Denkschrift der Gewerkschaften wurde in einer Sitzung der Zentralkommission der Gewerkschaften vom 2. Februar beschlossen. Da zu der Denkschrift die Unterschriften der vielen beteiligten Verbände, die in ganz Deutschland zerstreut sind, eingeholt werden mußten, hat sie erst am 21. Februar abgesandt werden können. Wenn in der Zwischenzeit eine Kartoffelbestandsaufnahme vorgenommen wurde, so beweist das nur, daß die Gewerkschaften völlig recht hatten, als sie diese Aufnahme forderten. Daß unsere Forderungen berechtigt sind, beweist auch die

Tatsache, daß in dieser Zeit ein besonderer Staatskommissar für die Volksernährung bestellt wurde. Hinsichtlich der Frage, ob im Jahre 1916 mehr Kartoffeln angebaut worden sind als im Vorjahre, berufen wir uns auf das Gutachten verschiedener Personen vom Kriegsernährungsamt und auf die Behauptung des Abgeordneten v. Kardorff, der einige Minuten vor der Rede des Ministers sagte, daß man auf Pflanzkartoffeln habe zurückgreifen müssen, weshalb die Kartoffelernte so schlecht ausgefallen sei. Man weiß daher nicht, wo die den Gewerkschaften vorgeworfene Unkenntnis der Sachlage zu suchen ist. Das Verbot des Verfütterns von Kartoffeln vom 24. Oktober 1916 ist uns ebenfalls bekannt. Der Wortlaut dieses Verbots ermöglicht seine Umgehung, während es den Gewerkschaften um ein lückenloses Verbot zu tun ist. Für die geringe Brotration den Herrgott verantwortlich zu machen, ist nicht am Platze, so lange man in den besseren Bäckereien schneeweiße Semmeln, Kuchen und Torten ohne Marken erhalten kann und so lange verschiedene „Schiebungen“ möglich sind, von denen nur ein geringer Teil aufgedeckt worden ist. Die christlichen Gewerkschaften brauchen wir hier nicht in Schutz zu nehmen, da sie ihre eigenen Abgeordneten haben. Wenn sie aber dieses „Machwerk“ mit unterzeichnet haben, so geschah dies offenbar aus dem Grunde, weil ihre Mitglieder ebenso hungrig sind wie diejenigen anderer Verbände. Wir wissen nicht, worauf der Minister seine Berechnung stützt, daß die Kartoffeln nur um 10 % im Preise gestiegen sind. Den Arbeitern helfen diese Prozente nicht viel. Sie wissen nur, daß sie vor dem Kriege die schönsten Kartoffeln zum Preise von 2,50 M. für den Zentner frei in den Keller erhalten haben. Selbst im Ruhrgebiet waren sie im Herbst nicht viel teurer. Im vergangenen Herbst haben sie mehr als 5 M. gekostet. Es scheint, als wenn die Kartoffeln nach Ansicht des Ministeriums jedes Jahr um 100 % im Preise steigen müßten. Das wären ja schöne Ausichten!

Wir haben es für erforderlich gehalten, auf die angreifenden Ausführungen des Ministers zu antworten, da er sich bemüht hat, die Petenten als Leute hinzustellen, die nur fordern, um zu fordern, die nur schreien, um zu schreien, ohne sich zu überlegen, ob ihre Forderungen reale Grundlagen haben. Da die Berufsvereinigung die Eingabe mit unterzeichnet hat, konnten wir die Vorwürfe des Ministers nicht mit Stillschweigen übergehen. Außerdem bemerken wir, daß alle diejenigen, die da behaupten, daß es genug Lebensmittel geben werde, sobald die Preise erhöht werden, der Landwirtschaft einen Bärendienst erweisen, da sie in der Bevölkerung die Überzeugung festigen, daß der Patriotismus der Landwirte nach Talern bemessen wird.

Es könnte gesagt werden, daß die Gewerkschaften höhere Arbeiterlöhne fordern müßten, damit die Arbeiter höhere Preise für Lebensmittel zahlen können. Wir können darauf entgegnen, daß die Gewerkschaften auch in bezug auf diese Frage ihre Pflicht erfüllt und alles, was möglich, getan haben. Es ist aber bezeichnend, daß diejenigen politischen Parteien, die „gute“ Preise für die Landwirtschaft fordern, an der Spitze derjenigen Kreise stehen, die auf die „unverschämten Forderungen der Arbeiter“ schimpfen.

Der Minister hat in seiner Rede noch gesagt, daß er auf seinem Platze ausharren werde, so lange er das Vertrauen des Königs und der Landwirtschaft besitzen werde. Wir meinen, daß der Minister in diesen schweren Zeiten auch auf andere Schichten Rücksicht nehmen sollte. Wenn er alles andere geringschätzen kann, so ist das sehr bezeichnend.

Aus Nr. 78 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 5. April 1917.

Hauptversammlung der „Ostoja“ in Posen.

Gestern fand die erste außerordentliche Hauptversammlung der im Herbst v. J. in Posen gegründeten Verlagsgenossenschaft „Ostoja“ statt. Die Versammlung, an der ungefähr 40 Mitglieder teilnahmen, wurde von Herren Georg v. Hulewicz eröffnet. Die Leitung übernahm der Rechtsanwalt Ratajski; das Protokoll führte Herr Józef Mann. Herr Georg v. Hulewicz erörterte ausführlich den Zweck und die Aufgaben der unlängst ins Leben gerufenen Verlagsgenossenschaft. Sie soll zur Herausgabe literarischer Werke in Posen anregen.

Herr Dr. Glowacki erstattete Bericht über die Tätigkeit des Aufsichtsrates der „Ostoja“. Aus dem Bericht ergibt sich, daß einige Herren, die nicht genannt werden wollen, in der „Ostoja“ 30 000 Mark für die Herausgabe einer literarisch-artistischen Zeitschrift „Zdrój“ (Quelle) deponiert haben. Die Zeitschrift soll vom 1. Oktober d. J. ab alle vierzehn Tage in Posen erscheinen und im Geiste, sowie auf dem Niveau des früheren Krakauer „Zycie“ (von Przybylski) redigiert werden. Dem Redaktionskomitee gehören folgende Herren an: Kasproicz, Stanislaus Przybylski, Marian Przemyski, Porębowicz, Kazimierz Luczewski und Georg v. Hulewicz. Diese Zeitschrift wird auf eigene Rechnung der Deponenten erscheinen; die „Ostoja“ wird nur die Firma hergeben.

Hierauf erstattete Herr Bogdan v. Hulewicz Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes der „Ostoja“. Es wurden bis dahin 129,05 Mark an Eintrittsgeld eingezahlt; die Anteile beliefen sich auf 24 513,25 Mark. An Honorar für erworbene Manuskripte wurden an die Verfasser 5 737,90 Mark entrichtet; die Verwaltungskosten betrugen 3 357,50 Mark. Die „Ostoja“ zählt 56 Mitglieder; diese zeichneten zusammen für 28 000 Mark Anteile. Bis dahin wurden der Genossenschaft von 135 Schriftstellern 240 Werke angeboten. Sehr viele von ihnen eigneten sich aber nicht zum Druck. Als ihr erstes Werk hat die „Ostoja“ den indischen Liebeshymnus „Sita“ von Kasproicz (in 3 Auflagen) herausgegeben. In Kürze werden noch folgende Werke im Druck erscheinen: „Auf den Bahnen der polnischen Seele“, von Przybylski, das Drama „Palasti in Amerika“ von Nowaczynski und die „Anekdoten aus dem alten Polen“ von Theodor Dyc. Zum Druck vorbereitet werden: „Der Kosakenfürst“ von Fr. Rawita Gawronski, der „Kult des heimischen Herdes“ von dem Geistlichen Szydzelski, sowie zwei Erzählungen von Konczynski. Die Mitglieder der „Ostoja“ erhalten bei allen diesen Werken 25 % Rabatt.

An der Diskussion über die Berichterstattung beteiligten sich die Herren: Dr. Rydzewski, Georg v. Hulewicz, Rechtsanwalt v. Chrzanowski, Dr. Wierzejewski, Krause, Kalamajski, Ladislaus Hedinger, Rechtsanwalt Ratajski und Dr. Glowacki.

Nach einer kurzen Pause hielt Herr Dr. Luczewski einen Vortrag über das Thema: „Das geistige Leben in unserem Landesteil in den letzten 10 Jahren“.

Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Der Aufsichtsrat appellierte noch an die Anwesenden, sie möchten nach Kräften neue Käufer der Anteile der Genossenschaft werben, denn das Gedeihen der Genossenschaft hänge ab von der Unterstützung seitens der polnischen Volksgemeinschaft. Die neue Institution begrüßen wir mit den besten Glückwünschen.

Aus Nr. 79 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 5. April 1917.

Die Handelsbank in Br. Stargard.

Über die Handelsbank in Br. Stargard, die seit einigen Jahren eine Filiale auch in Bochum hatte,

wurde auf Antrag des Bevollmächtigten eines Gläubigers, dem die gekündigten Depositen nicht ausgezahlt wurden, der Konkurs verhängt. Zum Verwalter der Konkursmasse wurde der Rechtsanwalt Harkart in Bochum ernannt.

Wer also irgendwelche Forderungen an die Handelsbank hat, möge sie beim Gericht in Bochum bis zum 9. Mai d. J. anmelden.

Am besten kann diese Anmeldung durch die Vermittlung eines polnischen Bankbeamten geschehen, dem auch die Vollmacht für die Gläubigerversammlung auszustellen wäre, damit er mit Sachkenntnis und ohne jeden Nebenzweck die Interessen derjenigen wahrnehmen könnte, welche der Handelsbank ihre Ersparnisse anvertraut haben. Bei der Durchführung des Konkurses wird es hauptsächlich darauf ankommen, daß die Hypotheken und die Guthaben der Handelsbank nicht vorzeitig und damit für einen Spottpreis zum Schaden der Gläubiger und der Mitglieder der Bank verkauft werden. Wenn die Vertreter der Gläubiger mit Umsicht handeln und einen voreiligen Verkauf derjenigen Grundstücke nicht zulassen werden, die mit Hypotheken der Bank belastet sind, so kann es ohne Verluste für die Depositeninhaber abgehen, weil für die der Handelsbank anvertrauten Depositen alle Mitglieder der Handelsbank mit ihrem ganzen Vermögen haften, auch wenn sie von der Handelsbank kein Darlehen erhalten haben. Aber auch derjenige, welcher von der Bank ein Darlehen erhält, muß gewöhnlich — außer einer hypothekarischen Unterlage — einen Wechsel ausstellen, der von ihm selbst und zwei Bürgen unterschrieben werden muß, von denen jeder für die ganze Schuld haftbar ist. Der über das Vermögen der Handelsbank verhängte Konkurs wird jetzt jedenfalls der unerträglichen Verwirrung ein Ende machen, welche durch die Einberufung des Herrn Tafelski und anderer Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates der Handelsbank zum Militärdienst entstanden war. Infolge dieser Einberufungen mußten nämlich die Interessenten nicht mehr, an wen sie sich mit ihren Forderungen zu wenden hatten; aber auch die Schuldner konnten, wie uns erzählt wird, ihre Schuld nicht begleichen, obwohl sie nicht eingezogen waren, denn sowohl das Hauptbureau, als auch das Bureau der Filiale war geschlossen.

Vertreter der Handelsbank ist jetzt also der Rechtsanwalt Harkart in Bochum, der im Auftrage des Gerichts die Geschäfte der Bank erledigt.

Ob in der Verwaltung der Handelsbank Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, wissen wir nicht. Wenn sie aber wirklich vorgekommen sind, so wird sie der Konkursverwalter mit Hilfe desjenigen Gerichts aufdecken, unter dessen Aufsicht die Bank gestanden hat, und er wird die Sache dann dem Staatsanwalt übergeben. Denn nach dem Genossenschaftsgesetz wird vom Gericht alle zwei Jahre ein Revisor ernannt, der die Bücher und Geschäfte jeder Genossenschaftsbank zu prüfen hat.

Wir bedauern, daß gar mancher Landsmann sich jetzt um sein schwer erworbenes Geld ängstigen muß. Wer ist aber daran schuld? Wir haben doch jedem, der uns um Rat fragte, nicht die Handelsbank, sondern die „Bank Przemysławow“ oder die „Verbandsbank“ empfohlen, obwohl wir keine Anhaltspunkte hatten, um an der Zahlungsfähigkeit einer Bank mit unbeschränkter Haftpflicht zu zweifeln. Deswegen wurde uns sogar von den zahlreichen und einflussreichen Freunden des rührigen Leiters der Bank, Herrn Tafelski, Vorwürfe gemacht, indem man uns erklärte, daß wir dem jungen Institut, das mit dem polnischen Volke arbeite, nicht wohlwollend begegneten. Bekanntmachungen der Handelsbank konnten aber von polnischen Blättern, die ebenso die Bekanntmachungen anderer fremder Firmen veröffentlichen, nicht abgewiesen werden, solange sich

gegen die Handelsbank auch das Patronat unserer Genossenschaften als unsere höchste Finanzinstanz nicht erklärt hat. Wenn wir nämlich der Handelsbank irgendwelche Verluste bereitet hätten, so hätte uns ihr Vorstand verklagen können. Außerdem hätten sich gegen uns sicherlich unsere ganze Volksgemeinschaft und vor allem jene Vereine gewandt, in denen Herr Tafelski sich eines großen Vertrauens erfreute und denen er vor allem in ähnlicher Weise, wie die Parzellierungsbank in Wanne, den Zufluß von Depositionen verdankte. Nach der Einberufung des Herrn Tafelski zum Militärdienst hat das Vertrauen zur Handelsbank abgenommen, und nach der Schließung der Bankbureaus brach der Konkurs aus. Wie Personen, die der Handelsbank näher standen, versichern, entwickelte sich die Handelsbank sehr günstig, und sie hätte es — dank der Unterstützung ihrer zahlreichen Vertrauensmänner, die sie überall hatte — zu einem hohen Aufblühen gebracht, wenn nicht der Krieg ausgebrochen wäre. Der letzte Leiter der Handelsbank, Herr Schmidt, der noch am längsten dienstfrei blieb, gab uns, als wir ihm aus Anlaß der Schließung des Bankbureaus in Bochum Vorstellungen machten, die feierliche Versicherung, daß die Deponenten der Bank, d. h. diejenigen, die ihre Ersparnisse der Bank anvertraut hatten, selbst im schlimmsten Fall keine Verluste erleiden würden.

Gott gebe es, daß es so komme! Viel wird allerdings von einer verständigen Entwicklung der Konkursgeschäfte abhängen, wobei jede unangebrachte Nachsicht, aber auch jede Übereilung beim Verkauf der Immobilien vermieden werden muß. Vielleicht wird sich gar mancher Deponent als Gläubiger mit dem Konkursverwalter in der Weise einigen können, daß er aus freier Hand eine Hypothek erwirbt. Es scheint sogar, daß das in vielen Fällen ein ziemlich vorteilhaftes Geschäft sein kann.

Möge es aber sein, wie es wolle, die Angelegenheit der Handelsbank muß für unsere Landsleute ebenso wie früher die Affäre der Parzellierungsbank als Warnung dienen, daß man das ersparte Geld nicht aufs Geratewohl unbekannten und nicht erprobten Instituten und Personen anvertrauen darf. Wer ernste Männer um Rat gefragt hat, wo er sein Geld am besten deponieren könnte und nach den Weisungen dieser Männer handelte, der braucht sich heute um seine Ersparnisse nicht zu ängstigen. Wir können jetzt ebenso wie vor mehr als zwanzig Jahren die „Bank Przemysławowców“ empfehlen.

Aus Nr. 80 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 8. April 1917.

Die Schulverhältnisse in Posen.

Aus Anlaß der Budgetberatungen in der letzten Posener Stadtverordnetenversammlung erhalten wir von gut informierter Seite her folgende Betrachtungen über die Schulverhältnisse in Posen, die wir in der Hoffnung veröffentlichen, daß die vom Verfasser berührten Mängel angesichts des angekündigten „neuen Kurses“ mit der Zeit werden beseitigt werden:

1. Herr Professor v. Karwowski hat in seiner Rede, die er in der Posener Stadtverordnetenversammlung am 28. März hielt, seiner Genugtuung darüber Ausdruck gegeben, daß der Magistrat den Beschluß gefaßt habe, daß künftighin durchschnittlich nur 50 Schüler auf jede Schulklasse entfallen sollen. Demgegenüber müssen wir aber feststellen, daß in den Freischulen im katholischen Religionsunterricht alle Abteilungen außerordentlich überfüllt sind. Es gibt unter diesen Abteilungen sogar solche, welche über 130 Kinder zählen. In der Stadtverordnetenversammlung wurde ebenfalls verschwiegen, daß in den Freischulen in manchen

polnisch-katholischen Abteilungen der untersten Stufe die polnische Sprache im Religionsunterricht sogar gegen den Willen des Ministers nicht wieder eingeführt und in allen 4 Mittelschulen von den untersten Klassen an aufgehoben wurde. Dabei ist auch noch zu bemerken, daß der katholische Religionsunterricht jeder sachmännischen Aufsicht entbehrt, was die katholischen Eltern um so mehr beunruhigen muß, als der Kreisschulinspektor und der größere Teil der Direktoren evangelisch sind.

Ganz anders liegt die Sache in den evangelischen und jüdischen Religionsabteilungen. Alle diese Abteilungen sind sehr klein; sie zählen oft nur 30 oder noch weniger Schüler. Die Aufsicht über den Religionsunterricht führen dort die evangelischen Pfarrer bzw. die Rabbiner; sie sorgen für die Reinheit und Rechtgläubigkeit des Unterrichts und daß er den Satzungen des betreffenden Bekenntnisses gemäß gehalten werde.

2. Herr Professor v. Karwowski, der sich im Prinzip damit einverstanden erklärte, daß an den städtischen Schulen in Posen an Stelle des fehlenden Lehrpersonals auch Lehrerinnen angestellt werden, machte darauf aufmerksam, daß man bei der Anstellung nicht so sehr auf die Nationalität, als vielmehr auf die Befähigung Gewicht legen müßte. Das ist zum mindesten eine gewagte Äußerung. Denn früher verteidigte der Magistrat seine Praxis, die Lehrerstellen in Posen über den Bedarf hinaus mit evangelischen Lehrern zu besetzen, immer gerade mit der Begründung, daß es ihm nur darauf ankäme, nach Posen die tüchtigsten Lehrkräfte heranzuziehen. Er nahm aus diesem Grunde auch keine Rücksicht auf die Nationalität und die Konfession der Kinder und ebensowenig auf die Gleichberechtigung der Polen.

Die Folge davon war, daß, obwohl unter den 23356 Schülern, welche die städtischen Frei- und Zahlschulen in Posen besuchten, 15600 katholisch waren, von 473 Lehrkräften sich nur $\frac{1}{3}$ zum katholischen Glauben bekannten. Unter dem Vorwande, daß in Posen „grundsätzlich“ nur lauter tüchtige Lehrer angestellt werden müßten, wurden auch Lehrkräfte aus den verschiedensten Provinzen Deutschlands und aus evangelischen Gegenden zu uns herübergeholt. So haben wir in Posen Lehrer, die in den Lehrerseminaren in Hannover, Heiligenstadt, Habelschwerdt, Steinau a. d. Oder, Straubing, Detmold, Angerburg, Dramburg, Rütten, Bären, Liegnitz, Neuzelle, Hildesheim, Karalene usw. ausgebildet wurden.

Mit der angeblichen Tüchtigkeit suchte man auch die Tatsache zu bemänteln, daß unter den 14 definitiv und 8 interimistisch an den städtischen Schulen in Posen angestellten Lehrerinnen für Handarbeiten sich nur eine Polin befindet.

3. Die aus anderen Provinzen herbeigeholten Lehrer sind aber nicht imstande, den polnischen Kindern den deutsch vorgetragenen Unterrichtsstoff zu erklären, worunter die geistige Entwicklung dieser armen Kleinen in einer furchtbaren Weise leidet. Das macht sich nach außen in der Frequenz der einzelnen Klassen bemerkbar. So findet man in den unteren Stufen überwiegend polnische Schüler, dagegen sind die polnischen Kinder in den höheren Klassen prozentuell nur in einem geringen Maße vertreten. Viele polnische Schüler verlassen die Schule, ohne die höchste Klasse überhaupt erreicht zu haben; sie treten also ins Leben ohne genügende Schulkenntnisse.

4. Ist es den polnischen Stadtverordneten auch bekannt, daß der Magistrat neulich zwei von der Schuldeputation eingerichtete Rektorstellen an den hiesigen Volksschulen mit Deutschen aus anderen Provinzen besetzt hat, die der polnischen Sprache nicht mächtig sind? Denn Herr Müller stammt aus Westfalen

und Herr Bötsche aus Ostpreußen. Es wurden bei der Besetzung zwei erfahrene Mittelschullehrer aus Posen übergangen, die das Rektorexamen abgelegt haben und sich für die betreffenden Stellen insofern besser eigneten, als sie der polnischen Sprache mächtig sind. Der Magistrat mußte sich darüber äußern, von welchen Motiven er sich hierbei hat leiten lassen.

5. Vom deutschen Zentrum wird das System der Simultanschulen stets bekämpft. Wie viel mehr Grund haben aber die Polen dazu, zumal die Grundsätze der Gleichberechtigung ihnen gegenüber, wie z. B. in Posen, gar nicht beobachtet werden?!

6. In der Schuldeputation in Posen mußten nach dem Verhältnis der Konfession und der Nationalität wenigstens etwa 8 polnische Katholiken vertreten sein. Es wurde aber zu dieser Körperschaft nur ein Pole zugelassen. Es gehören ihr jetzt folgende Mitglieder an: 1. Dr. Wilms, 2. Lemmel, 3. Elfeles, 4. Stiller, 5. Placzek, 6. Dr. Landsberg, 7. Gutsche, 8. Węsierski, 9. Freyer, 10. Dr. Krausbauer, 11. Raumann, 12. Dr. Rudolf Lehmann, 13. Gaertig, 14. Knoke, 15. Göldner.

Unsere polnischen Stadtverordneten mußten überhaupt die Besetzung der städtischen Ämter ausschließlich durch Deutsche (mit wenigen Ausnahmen) zur Sprache bringen und eine ehrliche Änderung nach dieser Richtung hin verlangen.

Aus Nr. 80 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 8. April 1917.

Eine polnische Knopffabrik.

In Posen ist unter der Firma „Carrosin“ eine polnische Knopffabrik gegründet worden, welche ihre Erzeugnisse nicht nur nach Deutschland, sondern auch in die neutralen Staaten, ja sogar ins überseeische Ausland zu exportieren beabsichtigt. Der zu diesem Zwecke gebildeten Genossenschaft m. b. H. gehören an: der Gutsherr Eduard Cegielski, Wenzeslaus Brzeski, Josef Czepczynski, Vinzent Plonka, Franz Stanisiz, Wladislaus Kurczewski, Wladislaus Rostrzewski und Kasimir Gaertig. — Wie wir sehen, wird die neue Genossenschaft von hervorragenden und tüchtigen Kaufleuten mit entsprechendem Kapital und der nötigen Erfahrung gebildet. Darum ist der Gedanke, im gegenwärtigen Augenblick gerade ein solches Unternehmen zu gründen, als ein sehr glücklicher und zugleich als ein neuer nationaler Zuwachs auf gewerblichem Gebiet zu begrüßen.

Aus dem besetzten Gebiet.

Aus Nr. 94 der „Deutschen Warschauer Zeitung“
vom 6. April 1917.

Die „Godzina Polska“ vom 29. März bringt unter der Überschrift

Das Wesen der polnischen Idee

einen längeren Artikel, den wir seines interessanten Inhalts wegen mit einigen unwesentlichen Kürzungen vollständig wiedergeben:

Eines der wichtigsten Argumente der Anhänger der „Orientierung der Koalition“ bestand bei uns darin, daß wir von seiten der Koalition, das heißt eigentlich von seiten Rußlands, das „vereinigte Polen“ wieder erhalten sollten. Nachdem die Anhänger dieser Orientierung eingesehen hatten, daß Rußland eine Angliederung derjenigen Länder, welche es als zum Kern Rußlands gehörig betrachtet, an das zukünftige Polen nicht zugeben wird, verzichteten sie leichtem Herzens zugunsten Rußlands nicht nur auf das Chelmer Land, sondern sogar auf Galizien mit Lemberg und Przemyśl. Ihre Hoffnungen bestanden in der „Ausdehnung Polens“ nach Westen. Sie waren der Ansicht, daß die Koalition nicht nur das Posensche, sondern auch

Ost- und Westpreußen und sogar Oberschlesien nach ethnographischen Grundsätzen an Polen angliedern werde.

Dieses ethnographische Polen sollte eine Autonomie unter russischer Herrschaft erhalten, es wäre demnach eine russische Provinz geworden, womit man sich im Sinne des Grundsatzes, daß dies die Interessen des „Slawentums“ verlangen, welches einen Kampf mit dem Germanentum führt, einverstanden erklärte. Man war der Ansicht, daß der Deutsche der Erzfeind Polens und der Slawen und Rußland immerhin ein „Beschützer“ der Slawen sei.

Diese Orientierung hat sich heute als großes Mißverständnis herausgestellt. Nachdem wir mit der realen Kraft Mitteleuropas in Berührung gekommen sind und die Interessen der wahrhaften westlichen Kultur und unserer eigenen sich begegneten, stellte sich heraus, daß die Legende der ewigen Feindschaft des Germanentums mit dem Slawentum aufgehört hat, daß das „Schwert von Grunwald“ verrostet ist (gemeint ist die Schlacht von Tannenberg 1410. D. Red.) und daß der Krieg einfach zwischen den Kaiserreichen des kultivierten Europa und dem weniger kultivierten Rußland geführt wird und daß unser Vaterland nicht auf dem Fundament eines russischen Phantasiegebildes, sondern auf Grund der realen Bedürfnisse der Kultur unseres Volkes aufgebaut werden muß.

Das ethnographische Argument ergab sich als das unzuverlässigste. Wenn dieses Argument und das russische Schwert gesiegt haben würden, dann hätte sich Polen in einer seltsamen Lage befunden. Polen würde seinen ganzen Besitzstand in den östlichen Grenzgebieten verloren haben und in den westlichen Grenzgebieten in fremden Besitzstand gedrungen sein.

Wir bekamen zufällig einen Einblick in eine russische geographische Karte, auf der Polen ohne das Chelmer Land dargestellt und auf dem die Grenzen Polens unweit Tarnow und Zolopane gezogen waren, während die Grenze im Westen bis an die Oder und beinahe bis Stettin reichte.

Wie würde darnach die Gestalt Polens ausgefallen sein? Es genügt eine einfache statistische Berechnung. Ein solches Polen, wie es sich die Minister der Koalition dachten, würde sich aus Kongreßpolen (allerdings ohne das Chelmer Land), aus einem Teil Westgaliziens mit Krakau und Tarnow, aus Posen, Oberschlesien, West- und Ostpreußen zusammensetzen und hätte im ganzen 20 Millionen Einwohner.

Dies wäre aber in ethnographischer Hinsicht ein unnatürliches Gebilde, denn auf 20 Millionen Einwohner hätte es 7 bis 8 Millionen Deutsche mit hoher deutscher Kultur, 2½ Millionen den deutsch-jüdischen Jargon sprechende Juden und über eine halbe Million Litauer. Die Polen würden kaum die Hälfte dieses angeblich ethnographischen Polens bilden, das unter russischem Zeppter bestehen sollte, sich also nicht einmal selbst regieren könnte. Die wahnwitzige Idee, daß diese Millionen der auf hoher Kulturstufe stehenden Deutschen mit Hilfe der russischen Gendarmen sich in einem derart künstlich gebildeten Polen entnationalisieren ließen, muß als Größenwahn betrachtet werden, der bei schwächeren Gemütern durch das schleierhafte Manifest des Großfürsten hervorgerufen wurde.

Nach unserer Auffassung liegen die historischen und kulturellen Aufgaben des künftigen Polens im Osten. Es genügt, daß das polnische Element in den Westgebieten in möglichster Eintracht mit seinem großen deutschen Nachbar lebt, da eine höhere Kultur nicht niederzuringen ist. Dafür wird das Chelmer Land, das heute beinahe ganz polnisch ist, auch fernerhin polnisch bleiben.

Im Osten können wir uns noch ausbreiten, im Westen ist unser natürlicher Besitzstand seit langem

abgeschlossen. Das ist doch klar und sogar noch mehr, nämlich ein unwiderrufliches Ergebnis der europäischen Kultur.

Im Westen hat nach langen Kämpfen und Zögern der ethnographische Status quo feste Formen angenommen, während im Osten dieser Status quo noch nicht besteht.

Die jagiellonische Idee beruhte in der glänzenden Periode unserer Geschichte darauf, die westliche Kultur nach dem Osten auszubreiten, Rußland versetzte dieser Idee einen harten Schlag, Rußland, das sich selbst vor einem harten Schläge befand, den ihm die Mittelstaaten versetzten, die auf diese Weise wider ihren Willen Erben der Idee der Jagiellonen wurden. Der Kampf geht weiter, und sein Ausgang wird auf lange Zeit, vielleicht auf lange Jahrhunderte, über das Schicksal unserer Nation und über ihre Grenzen entscheiden.

Und deshalb ist die Idee der Koalition — ein russisches Polen, vom Bug bis zur Oder reichend — für uns erledigt. Nur eins gibt uns noch Kraft zum Leben: das ist die Idee des Wiederaufbaues unseres Staates im Sinne der westlichen Kultur und in Verbindung mit Mitteleuropa, zu dem wir geographisch gehören.

Die ethnographische Idee und die Abstammung der Rassen kann für uns kein Staatsargument sein. Die russische Theorie vom Kampf der slawischen Welt mit der germanischen Welt ist für unseren neuen Staat ein toter Klang. Das westliche Slawentum und Bulgarien vergießen heute ihr Blut im Kampfe gegen Rußland. Die germanische englische Rasse kämpft heute mit der germanischen deutschen Rasse, denn ihre großen staatlichen Gegensätze kamen in Frage. Und deshalb müssen die Polen, wenn sie ihren Staat aufrichten wollen, sich auf die wirklichen Bedürfnisse ihrer Nation stützen und diejenigen bekämpfen, die diese Bedürfnisse nicht anerkennen, und sich mit denen verbünden, die diese Bedürfnisse anerkennen.

Die Idee der Vereinigung der ethnographischen polnischen Länder, die durch das Manifest des Großfürsten und unsere Nationalisten verbreitet wurde, war nichts anderes als ein Vorwand, den Mittelstaaten ihre polnischen Gebiete zugunsten Rußlands zu nehmen, war also ein Deckmantel für den Eroberungsinstinkt der Russen. Galizien in den Händen Rußlands bedeutet den Verlust Galiziens nicht nur für die Österreicher, sondern auch für die Polen. Galizien unter der Herrschaft Österreichs selbständig gemacht und in den Zustand eines Halb-Staates erhoben: das wäre für uns ein großer Gewinn. Sogar Polen wird unter deutschemzepter nach erfolgter Milde rung der preußischen Politik den Polen gegenüber mit dem unabhängigen Polen kulturell verkehren können.

Unter den neuen Bedingungen und im Zusammenleben mit den Mittelstaaten werden alle Teile des ehemaligen Polens sich regelrecht entwickeln, so wie heute die deutschen Länder, obgleich sie nicht nur in zwei Kaiserreiche, sondern auch noch in zahlreiche Bundesstaaten geteilt sind.

Die berühmte Formel des Swiechowski: „Lieber unter einer Krute (der russischen), als unter drei Konstitutionen“ hat sich als unrichtig erwiesen.

Die Wiedergeburt und Stärkung des polnischen Staates wird in Westeuropa sicher mit Freude begrüßt werden. Selbst Rußland wird, wenn es auf die polnischen Länder verzichten und beginnen wird, die Kultur in seinem Lande zu verbreiten, mit der Zeit den Mittelstaaten dankbar sein, daß sie seine Aufmerksamkeit von den polnischen Ländern auf die eigene Pflugschar abgelenkt haben.

Möge uns beim Bau des polnischen Staates statt der Versprechungen der Koalition, statt der verrosteten Schwerter von Grunwald die große Staatsidee

der Jagiellonen und die tausendjährige Geschichte der westlichen Staaten als rühmliches Beispiel voranleuchten.

Aus Nr. 9 des Glos (Warschau)

vom 5. April 1917.

Rußland und die Unabhängigkeit Polens.

Als am 3. August 1915 Goremykin im Namen des Zaren und der Regierung uns in der Duma mit der Autonomie beschenkte, die bis dahin nur durch das offiziell nicht bindende Manifest des Großfürsten versprochen war, stand diese übrigens bescheidene Großmut im ungekehrten Verhältnis zu dem russischen Besitztum und zur Möglichkeit der Verwirklichung der gemachten Zugeständnisse.

Das Versprechen war also nur theoretischer Natur und zeugt nicht von einem plötzlichen Wechsel der Gefühle Rußlands gegenüber Polen, sondern von der List der russischen Regierung. Diese versuchte das Ergebnis der erlittenen Niederlage zu verkleinern. Nachdem Rußland aus den polnischen Gebieten durch die Kraft der Waffen verdrängt worden war, wollte es wenigstens über die polnische Seele die Macht behalten. Außerdem gewann es dadurch vorzügliche Trümpfe beim diplomatischen Spiel gegen die Sieger. Seine Erklärung konnte es teuer verkaufen und sie im Bedarfsfalle entsprechend erweitern. Auf jeden Fall aber stellte es sich mit der Miene eines Wohltäters zur Legitimation.

Schon damals war es für jeden polnischen Politiker klar, daß in dem Grade der Schwächung Rußlands seine Freigebigkeit uns gegenüber wachsen werde.

Die Haltung der russischen Revolution in der polnischen Frage hat uns daher nicht überrascht.

Ein revolutionäres Rußland ist nämlich ein doppelt geschwächtes Rußland — geschwächt im Innern und nach außen hin. Eroberungsideen in einem Staate, in dem $\frac{9}{10}$ der Soldaten rufen: „Fort mit dem Eroberungskriege“, und in dem $\frac{9}{10}$ der Bevölkerung in diesen Ruf einstimmen, werden zu einer Utopie. Ein solches desorganisiertes und erschöpftes Rußland kann kaum an ein Festhalten der eroberten Gebiete denken, geschweige denn an die Rückeroberung der bereits verlorenen.

Daher wird auch die Behauptung, die wir vor kurzem in unserem Blatte aufgestellt haben, daß jedes Fleckchen eroberten Gebietes, das von Rußland abfallen wird, seinen Reformatoren das Werk der Erneuerung erleichtern werde, zu einer lebendigen Wahrheit.

Ja, Rußland hat, um sich erneuern zu können, vor allem den Frieden und die Verringerung der inneren Reibungsflächen nötig. Die gegenwärtige Regierung trifft daher bereits Vorbereitungen zum diplomatischen Kriege und nimmt eine Haltung ein, die der Aufnahme der Friedensverhandlungen günstig ist.

Das ist die Genesis des Wortes „Unabhängigkeit“, welches die gegenwärtige russische Regierung unter der Adresse Polens gerichtet hat.

Wir kennen den Inhalt der neuen Petersburger Erklärung noch nicht genau. Jedoch das eine wissen wir, daß das Wort „Unabhängigkeit“ mit dem Begriff einer russisch-polnischen militärischen Union verknüpft ist.

Geben wir uns daher keinen Täuschungen hin. Selbst das republikanische Rußland wird seine Versprechungen nicht gewissenhaft erfüllen. Durch Schwäche ist es dazu veranlaßt worden, und die Worte werden durch das Interesse und die Hoffnung eingegeben, daß es auf diese Weise uns sich gegenüber verpflichten und uns an die große „Slawenfamilie“ heranlocken wird, über die die Regierung des Herrn Guczlow oder

Nierenzki ebenso gern das Patronat ausüben möchte, wie die frühere russische Regierung.

Geben wir uns auch keinen Täuschungen darüber hin, daß dieses Rußland, das zu schwach ist, um die Herrschaft bei sich selbst ausüben zu können, imstande wäre, das zu verwirklichen, was es uns von der anderen Seite der undurchdringlichen Stacheldraht Hindernisse aus verspricht.

Wir können und wollen nicht unsere Seele Rußland überantworten, nur weil es die phrygische Mähe aufgesetzt hat und uns mit Versprechungen überschüttet, die es kaum wird halten können.

Wir wollen von ihm auch nicht die staatliche Erneuerung Polens und die Verwirklichung der Unabhängigkeit erwarten.

Indem wir uns aber über die Ursachen und Weggründe, von denen sich Rußland in unserer Angelegenheit leiten läßt, klar Rechenschaft geben und nüchtern die realen Faktoren berechnen, die über die Petersburger Regierung zwecks Lösung und Verwirklichung des von ihr aufgestellten Grundsatzes verfügt, müssen wir die Tatsache der Erklärung selbst auch vom internationalen und politischen Standpunkte aus betrachten.

Auch hierbei ist festzustellen, daß die Erklärung die Verwirklichung des Aktes vom 5. November erleichtert, da sie noch vor Beginn des Friedenskongresses die Hindernisse beseitigt, auf die die Wiederherstellung des polnischen Staates stoßen könnte. Aber die Beseitigung der grundsätzlichen theoretischen Hindernisse allein darf uns nicht genügen. Wir müssen umsomehr alle Kräfte anspannen, damit die von uns selbst geschaffene Wirklichkeit Rußland nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis veranlasse, den heute auch von ihm anerkannten Grundsatz zu beachten. Die tatsächliche Unabhängigkeit ist nicht von fremdem Einverständnis, sondern ausschließlich von der eigenen Kraft abhängig. Diese Kraft, diese Vereinigung des Volkes in der Staatsidee können nur wir allein hervorbringen, und wir sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß Polen gegen alle „allslawischen“ Versuche gewappnet bleibe, daß es zu einem individuellen, lebensfähigen Organismus mit deutlich bezeichneten Zielen und einer klar formulierten Staatsraison werde.

Den Weg hierzu sehen wir in der baldigen, allseitigen Verwirklichung des Aktes vom 5. November, die schon jetzt aufgenommen und unverzüglich ausgeführt werden mußte.

Die militärischen Niederlagen haben Rußland gezwungen, sein Verhalten uns gegenüber zu ändern. Halten wir dies fest und ziehen wir die Lehre daraus, daß nur ein eigener zielbewußter Staat, nur eine Politik, die sich nicht von Gefühlen und Stimmungen leiten läßt, uns Sicherheit und die Bürgschaft dafür bietet, daß das, was gewesen ist, in keiner neuen Gestalt wiederkehren wird.

Aus Nr. 166 des Goniec (Warschau)
vom 4. April 1917.

Leere Versprechungen.

Die neue russische Regierung hat sich nach einem Kokettieren mit den Esten, den Finnen, den Kaukasiern und sogar den schmollenden Ukrainern auch der Polen erinnert und sich entschlossen, ihnen zu versprechen, sie ebenfalls in ihrer russischen Weise zu beglücken. Sie erließ daher an die Polen einen Aufruf, in welchem sie ihnen versprach, einen polnischen, mit Rußland verbundenen und vereinigten Staat zu errichten, aber ohne russische Landstriche, d. h. ohne die polnischen Gebiete von Litauen, Podlachien, Suwalki und Chelm.

Der Aufruf erkennt an, daß die frühere Regierung an die Erfüllung der von ihr gegebenen heuchlerischen Versprechungen niemals gedacht hat.

Die neue Regierung verfährt aber ebenfalls heuchlerisch und außerdem auch noch zynischer als der Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch. Jener erließ ein Manifest, als das Los des Krieges noch nicht entschieden war, als Rußland das polnische Land noch in seinen Händen hatte. Er war heuchlerisch, aber nicht zynisch. Heuchlerisch war er deshalb, weil er polnisches Land in Galizien eroberte und es sofort russifizierte.

Die neue Regierung ist ebenfalls heuchlerisch, denn sie wirft den leichtgläubigen Polen auf einem Angelhäkchen die Konstituante zu. Zugleich ist sie aber auch zynisch wie jede russische Regierung. Sie verspricht den Polen das ganze polnische Land erst dann, nachdem der russische Adler durch die Mittelmächte gezwungen war, dieses Land seinen räuberischen Krallen zu entreißen. Das ist unzweifelhaft eine Geste, aber die Geste eines Schurken und moralischen Bankerottierers, die Geste des uns bekannten Mongolen, der bis zum letzten Augenblicke andere täuschen, beschwindeln und betrügen möchte. Sie vergißt nur, daß die vormalige Regierung über eine große Kraft verfügte, wir aber, wenn sie uns auch verhöhnte, uns gegen diese nicht erheben konnten, weil wir kraftlos, wehrlos und staatslos waren.

Von Rußland kann man nur dann etwas erreichen, wenn man eine Kraft nachweist, oder wenn es etwas verliert. Die städtische Selbstverwaltung haben wir endlich in russischer Sprache erhalten, aber erst dann, als sich die Mehrzahl der Städte schon in den Händen der Heere der Mittelmächte befand und der Rest diesem Heere auch bald als Beute zufallen sollte.

Das neue Rußland entschließt sich zu den selben Schritten in einem breiteren Umfange, denn es verspricht ein mit Rußland verbundenes Polen, obgleich ihm dieses Polen schon fehlt.

Offenbar rechnet es auch gar nicht damit, die Polen an sich zu ziehen, die noch in Rußland wohnen, denn diese haben die Macht Rußlands und den moralischen Wert seiner Versprechungen 1 ½ Jahre lang am eigenen Leibe erfahren.

Außer der Meute russischer Polen nach Art Dmowskis, Harusewicz und Kosickis usw. werden die Polen zu dem Aufruf der neuen Regierung höchstens mit den Achseln zucken, wie sie es, nach den gegenwärtig in Moskau, in Petersburg und in Kiew erscheinenden polnischen Zeitungen zu urteilen, seit einem Jahr tun, insbesondere seit der Zeit des durch die Mittelmächte verkündigten Aktes vom 5. November.

Dieser neue russische Humbug ist als eine effektvolle Rakete für das Ausland bestimmt, sowie auch für den Teil der Polen des Königreichs, welche die Lasten des Krieges ertragen, in ihrer Mitte russische Provokateure haben, über den Wohlstand in Rußland Wunderdinge verbreiten und geneigt sind, zu glauben, daß es dort besser wäre.

Aber das neue Rußland wird sich ebenso täuschen wie das alte. Unter uns sind nur wenig Russenfreunde, und überdies haben die Enteignungsgelüste des „Mütterchens Rußland“ die russenfreundlichen Mohikaner vollständig mutlos gemacht.

Polen wird nicht über Hals und Kopf dem Zarismus und der Heuchelei des neuen Rußlands folgen, das im Zerfallen begriffen ist, in Konvulsionen der Revolution zittert und in der Fieberhitze außergewöhnlicher Experimente dahinsiecht.

Wir haben bereits einen realen Staat. Unsere Aufgabe ist, ihn nur noch zu erweitern. Denn ohne eine Erweiterung Polens würden die in russischen Händen befindlichen polnischen Landesteile entweder der Enteignung verfallen, oder sie würden in dieser faulen Atmosphäre aufhören, für uns als realen Faktor zu

bestehen. Das, was in Rußland geschieht, müßte uns mit Besorgnis erfüllen und uns dahin belehren, daß die einzige Antwort auf die neue Heuchelei und den neuen Zynismus Rußlands die Errichtung eines großen polnischen Heeres und der Vormarsch gegen die Grenzen unserer östlichen Gebiete ist, um dem revolutionären Rußland zu zeigen, daß wir nicht mehr die ehemaligen Sklaven Rußlands sind und ihm nicht als Spielzeug dienen werden.

Der Staatsrat müßte, wenn er einen unseres Volkes würdigen Ausdruck geben will, eine zwangsweise Rekrutierung anordnen und ein Heer bilden, damit dem alten oder neuen Rußland ein für allemal die Luft vergeht, uns seine Vormundschaft aufzudrängen.

Einen andern Weg gibt es für Sie, meine Herren, nicht!
Siegmund Makowiecki.

Aus Nr. 93 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 6. April 1917.

Die neue russische Regierung und die polnische Frage.

Aus deutschen Zeitungen haben wir erfahren, daß die vorläufige russische Regierung sich mit der Polenfrage befaßt und an die Polen einen Aufruf erlassen hat, in dem sie ihre grundsätzliche Ansicht über die Gestaltung der polnisch-russischen Verhältnisse dargelegt hat. Dem authentischen und vollständigen Wortlaut nach ist uns der Aufruf nicht bekannt. Aus den überlieferten Absätzen können wir entnehmen, daß die Russen uns ein Bündnis mit Rußland in den Grenzen anbieten, die sie von Westen her erst erobern wollen und im Osten ohne unsere Einnischung selbst bestimmen wollen. Hierbei ist die Frage der Eroberung von Ostgalizien, des Schelmerlandes und des katholischen Weißrußland ausdrücklich gestellt. Der Bund würde nur ein russisches Heer haben. Das ist also weniger, als die Union des Jahres 1815, die dem Kongreßkönigreich ein eigenes, polnisches Heer einräumte.

Heute können wir nur vom allgemeinen, grundsätzlichen Standpunkte aus die neue Lage beurteilen, welche uns der Aufruf der vorläufigen russischen Regierung schaffen will. Und von diesem Standpunkte aus haben wir nur eins, und zwar das zu sagen, daß wir die Periode der Orientierung schon hinter uns haben. Für uns hält es schwer, diese Vorschläge einer besonderen Untersuchung zu unterziehen. Wir müßten zuerst, wie schon oben gesagt, ihren authentischen Text kennen lernen, wir müßten uns auch zunächst über die gegenwärtige Lage in Rußland genauer unterrichten, weil die zu uns über Haparanda kommenden, sich häufig widersprechenden, mitunter phantastischen Telegramme uns nicht genügen.

Unsere Politik ist klar. Unser Programm ist klar. Wir wollen niemanden irreführen. Wir wollen uns möglichst schnell ein eigenes Haus, den polnischen Staat, errichten. Und dieses Gebäude wollen wir auf die festen Grundlagen einer eigenen Regierung und eines eigenen Heeres stützen.

Aus Nr. 97 der „Deutschen Warschauer Zeitung“
vom 8. April 1917.

In einem „Alles umsonst“ überschriebenen Artikel erzählt der „Kurjer Polski“ vom 3. April
von der Arbeit der in Warschau zurückgebliebenen russischen Spione,

für die jetzt angesichts der Umwälzungen in Rußland voraussichtlich die erwartete Belohnung ausbleiben wird. In diesem Artikel heißt es u. a.:

Irztümlich wäre die Meinung, daß die Kriegsevaluation der Russen in Polen auch einen vollständigen Bezug der Spione nach sich gezogen habe. Eine große Schar von diesen ist in Warschau zurückgeblieben. Es sind mindestens mehrere Hundert dieser Edlen, die das alte System stützten und auf die Veranstaltung von Pogroms, Provokationen usw. alle ihre Kräfte, ihr Talent und ihre nicht alltäglichen Fähigkeiten richteten. Es ist nicht zu hoch gegriffen, wenn man annimmt, daß die in Panik aus Warschau fliehenden moskowitzischen Beamten in Warschau annähernd 400 Spione zurückgelassen haben, die das Leben der Warschauer kontrollieren, den Grad ihrer Loyalität feststellen und auskundschaften, wer ein offener Feind des russischen Staatswesens ist.

Uns ist bekannt, daß manche von diesen hoch bezahlten Spionen besondere Auskunftsbüros unterhielten, wo Tausende von Warschauer Bürgern in die „schwarzen Listen“ eingetragen wurden. Die Arbeit der moskowitzischen Spione war sehr rührig und energisch. Es galt gerade jetzt, recht reichliche Ergebnisse in dieser Hinsicht aufzuweisen, da das Ende des Krieges und damit die Stunde der Vergeltung und Belohnung nahe schienen. Der Verräter des russischen Staatswesens wartete Zwangsarbeit in Sibirien oder — noch schlimmer — der Strang. Der Lohn der arbeitamen, bienenfleißigen Spione waren Geld, Orden und hohe, gut bezahlte Ämter gewesen. Darum ging die Arbeit auch ununterbrochen fort. Die Spione fehlten in keiner öffentlichen Versammlung, sie kauften alle Zeitungen und Zeitschriften, strichen jede russische der Zensur nicht genehme Notiz darin an, warfen sich wie hungrige Wölfe auf die politischen Broschüren, die sie in großen Mengen bei sich anhäuften, damit die Verfasser der strafenden „Hand der Gerechtigkeit“ nicht entgehen sollten. Sie verbreiteten überall das Gerücht, daß die Russen zurückkämen, daß sie schon in Wilna seien und viel Brot mit sich bringen würden. Diese „Tatsachen“ wurden in der Regel den Küchenmädchen beigebracht, von wo aus sie sich blitzschnell in der Stadt verbreiteten.

Und nun auf einmal das Unglück!

Die Revolution stürzte den Zaren, die Minister kamen ins Gefängnis, die Petersburger Polizei und Gendarmerie wurden weggesetzt, die mühsam erworbenen Ergebnisse der Spionagearbeit in Warschau sowie die schönen Träume und Lustschlösser der Spione wurden im Handumdrehen zu Wasser.

Das alles, alles war also... umsonst!

Aus Nr. 165 der Nowa Gazeta (Warschau)
vom 5. April 1917.

Stimmungen.

Der schlimmste Inspirator in der Politik sind Stimmungen. Die Politik erfordert ein nüchternes und reales Denken. Da sie die Kunst ist, aus den gegebenen Verhältnissen den möglichst größten Vorteil zu ziehen, kann sie nicht mit nervöser Hast die einmal eingenommene Haltung wechseln. Sie muß die Nerven, die Empfindsamkeit und besonders die Stimmungen beherrschen, die eine Äußerung des Temperaments unter dem Einfluß innerer, unbewußter Eindrücke sind. Das politische Ziel muß man mit dem unerschütterlichen Willen der Verwirklichung desselben verfolgen. Verschiedene Möglichkeiten können dasselbe Ziel fördern, aber der Grundsatz muß deutlich aufgestellt sein. Nervöse Stimmungen bringen die Aktion aus dem Gleichgewicht und machen die Erreichung des Zieles unmöglich.

In unserer Politik sind leider Stimmungen immer ein vorherrschendes Merkmal gewesen. Wir haßten Rußland, trotzdem wurden wir von Stimmungen,

die von dort kamen, häufig hingerissen. Die russische Revolution v. J. 1905 hat uns außerordentlich beeinflusst. Später, als wir den Glauben an die Revolution verloren, ließen wir uns von der allslawischen Idee beeinflussen, die seitens der russischen Nationalisten schon ein direkter Betrug gewesen ist.

Das Gebiet der realen Politik, die zugleich eine wirklich revolutionäre war, betraten erst neue Elemente, die sich von Stimmungen los sagten und den polnischen Radikalismus auf das Ganze der polnischen Frage anzuwenden begannen. Dies waren wirkliche Förderer der Unabhängigkeit, die sich entschlossen hatten, Polen aus der Sklaverei des Zarentums zu befreien.

Das ist der einzige reale Ausgangspunkt, der keiner Erörterung unterliegt. Er darf sich durch keine Stimmungen beeinflussen lassen, die sich aus der neuen russischen Revolution ergeben. Was in Rußland geschieht, ist vom Standpunkte der sozialen Umwälzung und vom internationalen Standpunkte aus bedeutungsvoll; es ist vielleicht auch die Ankündigung neuer epochemachender geschichtlicher Umwälzungen. Aber als Stimmung darf es unsere Vorstellungswelt nicht beeinflussen. Wir haben die Pflicht, uns dafür ebenso zu interessieren, wie alle anderen Völker, besonders wie die kämpfenden Parteien, von denen jede unzweifelhaft mit der russischen Revolution rechnet. Es wäre jedoch ein großer Fehler, hier irgend eine Symbiose oder gar irgend welche Interessen zu suchen. Und zwar nicht nur deshalb, weil die russische Revolution eine Sphinx mit rätselhaftem Antlitz ist, nicht nur deshalb, weil Rußland stets von einem Dualismus, dem Konflikt der beiden Gegenätze zwischen dem Despotismus und dem Nihilismus durchwühlt worden ist, sondern vor allem deshalb, weil sogar für den Fall eines Sieges der freiheitlichen Kräfte in Rußland von einem Frieden zwischen diesen und unseren Kräften keine Rede sein kann. Polen strebt nach einem selbständigen Dasein, nach einem nationalen Staate, nach innerer Erneuerung, — das revolutionäre Rußland hingegen nach einer Föderation der Völker, die in den Gebieten des früheren Zarenreichs wohnen. Wenn das freiheitliche Rußland seine Hände von Polen zurückzieht, dann ist es um so besser; dies könnte auch den Widerstand bei dem internationalen Prozesse der Anerkennung unserer Unabhängigkeit verringern. Aber wir müssen an dem Bau unseres Staates weiter arbeiten, bis die politischen Verhältnisse in Rußland bestimmte Formen und Reformen angenommen haben. Das Chaos der Kämpfe in dem früheren Zarenreich darf diese schöpferische Arbeit nicht hemmen.

Der russische Aufruf an die Polen, der ausführlich von der „Nordd. Allg. Ztg.“ besprochen wird, ist ebenfalls das Ergebnis von Stimmungen und soll auf unsere Stimmung einwirken. Er kündigt eine Konstituante in Warschau und Petersburg an, die über die Gestaltung Polens beschließen soll. Wir kennen ihn noch nicht in vollem Umfange; es ist nur bekannt, daß er von dem künftigen unabhängigen Polen spricht, aber zugleich seinen Zusammenhang mit Rußland in militärischer Hinsicht betont. Er hebt auch slawische Akzente hervor. Das sind alles Argumente, die auf das Gefühl einen Einfluß haben könnten, wenn wir in alter Weise auf die Fragen unseres Daseins Stimmungselemente anwenden würden.

In unserem Bewußtsein ist die Unabhängigkeit bereits vorhanden. Sie besteht auch als politische Tatsache seit dem Akt vom 5. November. Es ist keine Konstituante mehr nötig, die über die Wahl des Weges, der in die Zukunft führt, zu entscheiden hätte. Wenn das revolutionäre Rußland ohne Vorbehalt erklären würde, daß es den bisherigen Akt der Unabhängigkeit Polens anerkennt, dann könnte es dadurch zur Be-

festigung des Friedens beitragen. Dies wäre auch ein Akt der Gerechtigkeit gegenüber Polen. Aber der Hinweis auf die Wege zur Verteidigung des Slawentums, auf den Kampf an der Seite der Koalition und schließlich auf die Militärkonvention bedeutet, daß Rußland den Aktivismus Polens als dessen Stützpunkt beseitigen will. Es ist dies ein Versuch, in unsere in bedeutendem Umfange bereits verwirklichten Aspirationen Verwirrung hineinzubringen.

Im „Echo Polskie“ in Moskau hat Lednicki einen Artikel veröffentlicht, in welchem er die Frage der Unabhängigkeit im Zusammenhange mit der russischen Revolution behandelt.

Obwohl er ein polnischer Politiker ist, der sich von der anderen Seite der Kampffront vernehmen läßt, ist er nicht imstande, das ganze Problem mit der erforderlichen Objektivität zu behandeln. Mit Recht sucht jedoch Lednicki nachzuweisen, daß man nicht mit sich selbst in Widerspruch geraten dürfe. Man kann ohne Komplikationen, die die eigene Stellung schwächen, nicht die Wiedererstehung Serbiens, Belgiens, Böhmens usw. für ein Ziel des Krieges halten und zugleich die berechtigten Forderungen des polnischen Volkes außer acht lassen. Es ist dabei festzuhalten, — fügt Lednicki hinzu — daß Polen jetzt durch die Macht der Tatsachen unter deutschem Einfluß steht.

Er bemerkt auch zutreffend, daß Rußland die genannte Angelegenheit nicht vom inneren, sondern vom internationalen Gesichtspunkte aus betrachten sollte.

Polen soll die Grundlage des europäischen Gleichgewichts werden. Es darf auch nicht übersehen werden, daß das Königreich Polen durch den Wiener Kongreß ins Leben gerufen wurde, der die Unantastbarkeit seiner konstitutionellen Gestalt beschloß und verbürgt hat. Wenn dann später infolge der Ereignisse der Jahre 1831 und 1863 die konstitutionellen Freiheiten aufgehoben wurden, so haben diese Anordnungen vom Standpunkte des internationalen Rechts aus keine Rechtskraft erlangt. Gegenüber diesen ernsten Tatsachen ist das hartnäckige Festhalten gewisser russischer politischen Kreise an der Ansicht, daß die polnische Frage eine innere russische Angelegenheit sei, sonderbar. Eine solche Auffassung findet weder im Recht, noch in den Tatsachen ihre Begründung.

Demnach sind auch die polnischen Politiker in Rußland sich der grundsätzlichen Elemente der Sachlage bewußt. Nur eine reale Behandlung der Frage, nur die Anerkennung dessen, was bereits geschehen ist, ohne irgend welche Vorbehalte, wäre von russischer Seite ein revolutionärer Schritt, der den angeblichen Bestrebungen nach einer gerechten Lösung der polnischen Frage entsprechen würde.

Aus Nr. 18 der Deutschen Warschauer Zeitung vom 11. April 1917.

Dem „Kurjer Warszawski“ vom 7. April entnehmen wir folgende

Erklärung der Liga des polnischen Staatswesens.

Aus Anlaß der wichtigen Tatsachen, daß die provisorische russische Regierung sich in der polnischen Frage auf einen von dem der früheren Regierung abweichenden Standpunkt gestellt hat, fühlt sich die Liga des polnischen Staatswesens verpflichtet, folgendes zu erklären:

„Ohne die Bedeutung im mindesten zu verkennen, welche die Anerkennung der Rechte des polnischen Volkes zu einem unabhängigen Dasein und damit die indirekte Anerkennung der Proklamation vom 5. November durch die russische Regierung darstellt, stellt die Liga des polnischen Staatswesens fest, daß diese Tatsache in keiner Weise ihren grundsätz-

lichen Standpunkt verändern kann, dessen Ziel ist, den gegenwärtigen Krieg dazu zu benutzen, ein selbständiges, starkes polnisches Staatswesen zu schaffen. Diesen Grundsatz hat die Liga des poln. Staatswesens vertreten, als das Streben nach Unabhängigkeit für ein politisches Verbrechen gehalten wurde, und sie vertritt ihn auch heute, wo solche Bestrebungen durch Rußland als das unstreitige Recht jedes Polen anerkannt worden sind. Von diesen Erwägungen ausgehend, erklärt die L. P. St., daß das Verhältnis der polnischen Nation zum russischen Staat keiner ergänzenden Erläuterungen durch irgendwelche staatliche Körperschaften, insbesondere auch nicht durch polnische bedarf. Irgendeine staatsrechtliche Verbindung Polens mit Rußland wäre in jeder Gestalt für unsere nationale und staatliche Zukunft schädlich. Die einzige Grundlage des Verhältnisses beider Staaten ist die völlige Unabhängigkeit Polens von Rußland. Der Ausdruck dieser Unabhängigkeit ist das Bestehen eines polnischen Staates, dessen Regierung die gegenseitigen Beziehungen beider Staaten in Zukunft auf diplomatischem Wege erledigen wird. Die allgemeine Anerkennung unseres Rechtes auf Unabhängigkeit legt uns nur noch größere Pflichten auf und belastet uns nur noch mit größerer Verantwortlichkeit.

Die Idee der Unabhängigkeit muß möglichst bald reale Gestalt in Form eines auf eine starke Regierung und ein starkes Heer gestützten polnischen Staatswesens annehmen. Die Beschleunigung des Verwirklichungsprozesses des polnischen Staates und die energische Unterstützung des Staatsrates bei seiner staatschöpferischen Arbeit, sowie die Schaffung einer polnischen Armee sind heute unsere wichtigsten nationalen Aufgaben. Denn die polnische Armee, die auf die erprobten Legionen als ihre Adresse gestützt ist, ist die notwendige Bedingung des Bestehens des polnischen Staates. Ohne sie wird unsere Unabhängigkeit eine Fiktion darstellen, und der geschaffene polnische Staat wird schon vor dem Friedenskongreß ein Gegenstand diplomatischer Verhandlungen sein. Die Schaffung einer Armee ist die wichtigste Aufgabe unserer nationalen Politik. Ein Feind des polnischen Staates und des polnischen Volkes wird jeder sein, der sich dieser Aufgabe entstellt und der unsere Wachsamkeit durch eine Verschleierung der uns drohenden Gefahren einschläfert.

Warschau, den 4. April 1917.

Liga des polnischen Staatswesens."

Nr. 3 des Glos (Warschau)
vom 2. April 1917

bringt einen Zeitartikel von J. Moszczeńska unter dem Titel: „Russische Revolution und die Polenfrage.“ Die Verfasserin hebt hervor, daß der polnisch-russische Antagonismus nicht allein auf die seitens des russischen Zarentums und der russischen Bürokratie gegen die Polen begangenen Verbrechen, sondern auch auf die bis zur gegenwärtigen Revolution zwischen beiden Völkern fortbestehenden, traditionellen Gegensätze auf kulturellem und politischem Gebiet zurückzuführen sei. Den Ausgangspunkt ihrer Betrachtungen bildet ein in Frankreich neuerdings erschienenenes, dasselbe Thema besprechendes Werk von Jan Kucharszewski: *L'Europe et le problème russopolonais*.

Dasselbe Blatt wiederholt nach dem „Tydzień Polityczny“ folgende Auslassung eines gewissen M. Zborzki: „Wenn es sich um den seinerzeit durch die Bürger des Königreichs Polen geleisteten Treueid handelt, so war dieser Eid stets ungültig, weil er erzwungen war (iuramentum iniuste exortum) und

weil er das Versprechen enthielt, welches auf Vernichtung des polnischen Volkes abzielte (das war das Ziel und die Tätigkeit der russischen Kaiser), also den Polen ein nationales Verbrechen zumutete. Es liegt daher hier sogar vom theologischen Standpunkte aus ein Gelöbniß unzuverlässiger Handlungen vor (iuramentum de re illicita). Heute aber ist diese Erwägung nicht mehr nötig. Es genügt, festzustellen, daß der Treueid nicht dem russischen Staate, sondern der Person des Zaren und des Thronfolgers geleistet wurde. Da es nun weder den Zaren noch Thronfolger gibt, so gibt es auch den Treueid nicht. Und wie die Thronentsagung nach russischem Recht unwiderruflich ist, sobald sie durch ein Manifest veröffentlicht wird, ebenso kann man dem Treueid nicht mehr die Rechtsgültigkeit wieder verschaffen, die er verloren hat.“

(Aus Nr. 62 des Warschauer Tagesberichts vom 3. April 1917.)

Nr. 87 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 7 April 1917.

führt unter der Überschrift: „Die Proklamation der russischen Regierung betr. Polen“ u. a. folgendes aus: „Es werden uns keine russischen Erklärungen, in welchen nicht ganz klar und einfach das Desinteressement Rußlands in der polnischen Frage und in der Frage des Gebietes, das für das unabhängige polnische Reich unbedingt nötig ist, enthalten sein wird, weder zufriedenstellen noch beruhigen. Wir werden uns durch keinerlei Sirenenlieder einschläfern lassen, weil wir wissen, daß die sicherste Garantie unserer Zukunft nicht die Proklamationen und Aufrufe der Nachbarstaaten, sondern die Existenz einer realen eigenen Kraft, der Regierung und des Heeres, und vor allem des polnischen Heeres — bilden.“

Nr. 95 des Glos Lubelski (Lublin)
vom 5. April 1917

bringt unter der Überschrift: „Die Proklamierung des polnischen Staates durch die russische Regierung“ die durch das Wiener Korrespondenzbüro verbreitete Nachricht von dem Aufruf der provisorischen Regierung in Rußland an die Polen an erster Stelle.

Dasselbe Blatt bringt einen enthusiastischen Artikel unter der Überschrift „Die Republik“ über den Regierungswechsel in Rußland und schließt folgendermaßen: „Rußland hat die republikanischen Standarten, dieselben, die über die Schweiz und Frankreich wehen, erhoben. Wir sehen am anderen Ende Europas das Zeichen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit auftauchen . . . Die Republik in Rußland, die ähnlich wie in Frankreich und der Schweiz und den Vereinigten Staaten organisiert sein wird, bedeutet nicht nur den Niedergang des Absolutismus im Osten Europas, sondern sie verkündet auch den Kampf um die Volksrechte in ganz Europa, also auch um das Recht einer jeden Nation zur vollständigen, durch keine andere Nation begrenzten Unabhängigkeit in ihrem ethnographischen Gebiet.“ Das Blatt schließt dem Artikel folgenden Anhang an: „Während des Lesens dieses Artikels erhielten wir das Telegramm über die Proklamierung der Unabhängigkeit des polnischen Staates durch die russische Regierung im ethnographischen polnischen Gebiet. Dieses Telegramm bildet eine Bestätigung unserer Überzeugung, der wir in dem oben angeführten Artikel Ausdruck geben, nämlich, daß die für sich Freiheit fordernde russische Nation auch die Rechte anderer Nationen auf vollständiger Unabhängigkeit und Freiheit in ihrem ethnographischen Gebiet anerkennen wird.“ (Aus Nr. 65 des Warschauer Tagesberichts vom 7. April 1917.)

Nr. 172 der Ziemia Lubelska (Lublin)
vom 4. April 1917

bringt eine Korrespondenz aus Wien, mit deren politischen Schlußfolgerungen sich das Blatt nicht ganz einverstanden erklären kann. Es handelt sich um den Aufruf der provisorischen russischen Regierung an die Polen und um die Nachricht, der zufolge Alexander Lednicki zum Vorsitzenden der für die Regulierung der polnischen Fragen einberufenen Kommission ernannt wurde. Der Korrespondent meint: „Wie diese Regulierung aussehen wird, das kann aus den Kommunikaten nicht ershen werden... Außer der Erwähnung des „polnischen Staates“ gibt es im Kommunikat keine Richtlinien für die prinzipielle Lösung der polnischen Frage; das einzige, was eine Unterstreichung verdient, ist die Tatsache, daß Lednicki zum Präsidenten der erwähnten Kommission ernannt wurde. Der Name dieses Mannes genügt für ein Programm... Daraus ist zu schließen, daß der Standpunkt der offiziellen Kadettenpartei, die bisher die Forderungen der Polen betreffs eines selbständigen polnischen Staates nicht anerkannt hatte, sich gegenwärtig nicht mehr halten läßt... Die Tatsache, daß Lednicki dieser wichtige Posten anvertraut wurde, weist darauf hin, daß man in Rußland sich immer mehr mit dem Gedanken abfindet, daß der unabhängige polnische Staat eine geschichtliche Notwendigkeit sei. Zu dieser Änderung der Anschauungen trägt selbstverständlich nicht nur das Gefühlsmoment, sondern auch das russische Interesse, sowohl das politische wie auch das wirtschaftliche bei. Die einflußreichen Kreise der russischen Industriellen, und besonders die Leiter der Web- und Wollindustrie in Rußland sind mit der Unabhängigkeit Polens infolge der Gefahr der Konkurrenz der polnischen Industrie einverstanden. Doch sind die Motive dieser neuen Stellungnahme gleichgültig. Diese Tatsache hat eine große Bedeutung für die eventuellen Friedensverhandlungen. Es stellt sich heraus, daß in der polnischen Frage eine Verständigung zwischen den Zentralmächten und dem Vierverband möglich ist.“

(Aus Nr. 65 des Warschauer Tagesberichts vom 7. April 1917.)

Nr. 82 des Naprzód (Krakau)
vom 6. April 1917

berichtet in einer Korrespondenz aus Warschau: „Die russische Revolution hat in den polnischen Arbeiterkreisen einen bligartigen Eindruck gemacht, der mit den Nachrichten über die Befestigung der neuen Lebensformen in Rußland sich immer mehr steigert. Die Arbeiterführer müssen jedenfalls mit dieser neuen Stimmung, die von der vor der russischen Revolution herrschenden verschieden ist, ernst rechnen. Die Lösung der Revision der bisherigen Taktik ertönt in diesen Kreisen immer lauter und es ist noch ungewiß, welche Konsequenzen sie nach sich ziehen wird... Interessant wird die Stellungnahme der Geistlichkeit sein... Die Geistlichkeit hat bisher auf den Eid verwiesen, den sie dem Zaren abgelegt hat. Die Bemühungen, die in Rom gemacht wurden, damit die polnische Geistlichkeit von der Eidesverpflichtung befreit werde, hatten keinen Erfolg, und die Geistlichkeit bewahrte in ihrer großen Masse den Standpunkt des Bischofs von Kielce, Lofinski. (Lofinskis Haltung ist extrem passivistisch.) Angesichts der Entthronung des Zaren können alle aus dem Eid fließenden Verpflichtungen für niemanden mehr als Vorwand für seinen Russophobismus dienen, und die Geistlichkeit wird sich für die Einnahme eines klaren Standpunktes entscheiden müssen...“

(Aus Nr. 66 des Warschauer Tagesberichts vom 10. April 1917.)

Aus Nr. 85 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 26. März 1917.

Der Krieg und die Juden.

Der Erlass der provisorischen russischen Regierung verkündete die Aufhebung sämtlicher aus Standes-, Konfessions- und National-Unterschieden hervorgegangenen Beschränkungen. Es tritt somit die bürgerliche Gleichberechtigung ins Leben, um welche in Rußland in erster Linie die Juden kämpften, die dort, wie bekannt, kein nationales Programm aufstellten. Die jüdische Frage in Rußland wird beinahe durch die neue Lage gesehlich gelöst. Es gibt die berüchtigte Ansiedlungsgrenze nicht mehr, — die Juden können wohnen wo es ihnen gefällt und ihren Beruf nach eigenem Wunsch wählen. Sie werden zu vollberechtigten Staatsbürgern.

An diese Tatsache knüpfen manche polnischen Blätter in Bezug auf die jüdische Frage in Polen große Hoffnungen. Unter anderem schreibt der „Dziennik Poznański“: „Für die auch unter der russischen Herrschaft stehenden polnischen Gebiete und zum Teil auch für das Königreich ist die Emanzipation der Juden, die eine logische Folgerung der Siege der russischen Revolution darstellt, von größter Bedeutung. Ist sie doch mit einem Hieb die so schwer zu behandelnde und für die dortige Bevölkerung so gefährliche jüdische Frage. Die Massen des jüdischen Proletariats, die heute innerhalb der Ansiedlungsgrenze eingeschlossen — mitunter 90 % der Einwohner der Städtchen und Ortschaften Litauens und Kleinrußlands ausmachen — wo sie Hungers sterben und auf ihre Umgebung einen demoralisierenden Eindruck ausüben, werden sich jetzt über die weiten Flächen des europäischen und asiatischen Festlands ergießen können, wo sie nur einen geringen Prozentsatz der gesamten Bevölkerung bilden und viel bessere Daseinsbedingungen finden werden. Auch unterliegt es keinem Zweifel, daß das Königreich Polen — früher oder später — einen erheblichen Teil seiner jüdischen Bevölkerung zugunsten des neuen jüdischen Dorados im Osten verlieren wird. Die Juden bilden über 14 % der Bevölkerung des Königreichs Polen, dagegen in Rußland kaum 2 % der gesamten Einwohnerchaft. Ein Ausgleich dieses Verhältnisses würde dem Königreich Polen zweifellos sehr große Vorteile bringen, ohne gleichzeitig Rußland ein Übermaß von Juden zuzuführen. Jedenfalls darf man wohl annehmen, daß die russischen Juden, die sogenannten „Litwaken“, die erst in den letzten Jahren nach der Weichsel zugezogen sind und das am wenigsten erwünschte und gegen die Einheimischen am meisten feindlich gesinnte Element unter den Juden des Königreichs bilden, sobald die allgemeinen politischen Verhältnisse es erlauben werden, das Königreich verlassen und in ihre früheren Wohnstätten zurückkehren werden.“

Diese Bemerkungen sind im allgemeinen richtig, aber es haftet ihnen vielleicht ein zu großer Optimismus an. Wir werden uns mit dem recht schwer einzuschätzenden Faktor, wie die Gesinnung der einheimischen Bevölkerung den Juden gegenüber ist, nicht befassen, obwohl es für die Lösung der jüdischen Frage nicht nur *de jure*, sondern auch *de facto* von Bedeutung ist. Man darf jedoch nicht vergessen, daß die jüdische Emigration ihre besonderen Merkmale aufweist, die sich vielleicht in keiner Auswanderungsbewegung wiederholen: dazu gehört in erster Linie die bekannte Erscheinung, welche in dem Werk des Dr. L. Hersch (Le Juif errant d'aujourd'hui) so ekklatant dargestellt ist, daß die Juden beinahe ausschließlich nach den Ländern mit einer hoch entwickelten kapitalistischen Ordnung auswandern; sodann die Tatsache, daß die Juden desto weniger sich zur Auswanderung eignen, je ärmer sie sind und je weniger fachmännische Vorbildung sie besitzen. Schon aus

diesen beiden Gründen rein volkswirtschaftlicher Natur wird die Entwicklung der jüdischen Auswanderung aus Polen nach Rußland erheblich gehemmt werden: dort herrscht noch, wenn es sich um weitere Gebiete handelt, eine ziemlich primitive, beinahe halbzivilisierte Wirtschaft; hier dagegen sind die jüdischen Massen noch gänzlich unkultiviert und besitzen vorwiegend keine Nachausbildung. Deshalb kann nach unserer Meinung die Gleichberechtigung der Juden in Rußland keinen wesentlichen sofort in Erscheinung tretenden Einfluß auf die Auswanderung der Juden aus dem polnischen Gebiet ausüben.

Selbstverständlich ist die Erwartung begründet, daß ein Teil der Juden, insbesondere aus Litauen und Rußen, nach Rußland ziehen wird. Dieses Land bietet in wirtschaftlicher Beziehung große Entwicklungsaussichten und wird somit ein Riesensfeld für die Anwendung der Handels- und Industrieenergie darstellen. Von großem Nutzen können für Rußland die Betriebsamkeit und der Unternehmungsgeist der jüdischen Auswanderer sein; in den ersten Anfängen des neuen volkswirtschaftlichen Lebens können sie sich sogar als unentbehrlich erweisen. Schon Herr Georg Kurnatowski bemühte sich vor zwei Jahren seine russischen Leser und Hörer zu überzeugen, daß die Aufhebung der Ansiedlungsgrenze im Interesse der Russen selbst liege, insbesondere daß die Ausbreitung der Juden über Rußland nirgends die Gefahr einer übermäßigen Zusammenhäufung mit sich bringen und somit keine jüdische Nationalfrage schaffen werde. Derselben Ansicht sollen angeblich die Moskauer Handels- und Industriezirkel sein.

Hier aber — wir weisen darauf nochmals hin — kann vorläufig nur von besonders betriebsamen und mit den russischen Verhältnissen wohlvertrauten Einzelpersonen die Rede sein. Die Möglichkeit einer Abwanderung von Massen sehen wir hier noch nicht vorliegend.

Wenn man aber die Dinge aus einer weiten Zeitperspektive betrachtet, muß zugegeben werden, daß der Sieg der liberalen Anschauungen in Rußland — sobald er dauerhaft werden wird — einen sehr bedeutenden Einfluß auf die Milderung und sogar die Lösung der jüdischen Frage in Polen ausüben kann. Denn allmählich werden wir nach Maßgabe dessen, wie unsere eigenen wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse eine Besserung erfahren werden und gleichzeitig sich in Rußland ein höheres Wirtschaftsleben entwickeln wird, den Überschuß der jüdischen Bevölkerung los werden, welche ausschließlich bestimmte Berufe ausübt und für die Ausnützung ihrer wirtschaftlichen Energie günstigere Bedingungen sucht. Von diesem Standpunkt aus müßte die russische Revolution eine große Umwälzung in der so traurigen und scheinbar beinahe hoffnungslosen Lage hervorrufen. Es ist noch nicht lange her, vor kaum 5 Jahren, gestand ein so hervorragender Kenner der jüdischen Frage, wie Werner Sombart, offen ein, daß er für diese Frage im Osten keine Lösung sieht, denn er glaubte nicht an die Möglichkeit der Zulassung der Juden nach Rußland, d. h. an den Hauptausweg. Und während dieser Weg gänzlich gesperrt zu sein schien, begannen gleichzeitig auch andere sich allmählich zu schließen: in England, in den Vereinigten Staaten entstand der „Sozialantijemitismus“; die Amerikaner kündigten die „Abschüttung der jüdischen Sentimentalität“ an. (The time has come when it is necessary to put aside false sentimentality — heißtes in dem Bericht des Emigrantenkommisars über die übermäßige jüdische Zuwanderung.) Man konnte annehmen, daß den Juden nur ... Uganda und Angola, wohin sie nicht auswandern wollten, oder — das weitere Ersticknis in Polen, Litauen und Rußen übrig bleiben wird.

Der Krieg öffnet vor den Juden nicht nur Rußland.

Es scheint keinem Zweifel zu unterliegen, daß die umfangreichen türkischen Besitzungen in Asien — ganz abgesehen von dem Ausgang des Krieges — zu neuem Leben erstehen werden. Hervorragende europäische Nationalökonomien sehen voraus, daß Anatolien, Irak, Mesopotamien, Palästina, Syrien bei der Vermittlung zwischen dem Osten und dem Westen wieder diejenige Stellung einnehmen werden, die ihnen im Mittelalter eingeräumt war. Dann eben stände den Juden frei, in diesem Welthandel eine bedeutende Rolle zu spielen. Der Zionismus, welcher — auf einer geschichtlich-territorialen beinahe mythischen Ideologie gestützt — ohnmächtig war, würde lebensfähig werden, wenn sein Programm in volkswirtschaftlicher Beziehung begründet wäre. Die bis jetzt geringe Auswanderung nach Palästina würde sich ganz anders darstellen, wenn sie auf Anatolien, Mesopotamien, Zypern und die umliegenden Inseln ausgedehnt werden könnte. Auch hier würde der Zufluß von Juden nicht durch die Möglichkeit, die schwere produktive, industrielle oder landwirtschaftliche Arbeit aufzunehmen, sondern durch die Aussichten einer einträglichen Handelsvermittlung bedingt sein. Diese Aussichten aber werden dort unzweifelhaft vorhanden sein.

Die fruchtlosen Träume über das Thema einer „national-kulturellen Autonomie“ entbehren in den Ländern der Diaspora jeglicher realen Unterlage. Die Aufmerksamkeit der Juden, die eine Besserung des Schicksals ihrer Landsleute anstreben, findet dagegen jetzt neue Anhaltspunkte. Die Kriegskatastrophe schafft die Möglichkeit neuer Lösungen, die für die Juden günstig sind und als wahrscheinlich erscheinen lassen, daß die lästige und dramatische jüdische Frage aus der Welt geschafft werde. In dem Taft der jüdischen Führer, von ihrem Erkenntnis der gegenwärtigen Lage, an ihrer geschichtlichen Weitblick liegt es, daß die Völker und Staaten endgültig und festen Schrittes den Weg der bürgerlichen Gleichberechtigung der Juden betreten, ohne zu befürchten, daß dadurch feindliche Kräfte freigemacht und pantastische Bestrebungen gestärkt werden.

B. R.

Aus Nr. 1 des Glos (Warschau)

vom 1. April 1917.

Was für eine Verfassung brauchen wir?

(Diskussionsartikel.)

Der entstehende polnische Staat wird eine eigene Verfassung haben, die unzweifelhaft einen großen Einfluß auf seine weiteren Geschicke ausüben wird. Für unser Volk kann und darf es daher nicht gleichgültig sein, wie diese beschaffen sein wird. Aus diesem Grunde müßten sich möglichst viele Kreise für diese Angelegenheit interessieren.

In einer Reihe von Artikeln werde ich die verschiedenen Verfassungsfragen besprechen. Es ist möglich, daß meine Anschauungen andere Personen veranlassen werden, ihre Ansichten zur Sache zu äußern, was überaus erwünscht wäre.

Das Staatsoberhaupt und die Regierung.

Nach den Erfahrungen des 18. und des ganzen 19. Jahrhunderts kann man sich heut nicht mehr zu der Ansicht bekennen, daß irgend welche Arten von Verfassungen für gewisse Völker und Zeiten die besten waren. Im Gegenteil ist festzustellen, daß außer sehr allgemeinen Hinweisen auf dem Gebiete des Verfassungsrechts, die fast immer bei den verschiedenartigsten Völkern anwendbar sind, in den meisten Fällen allgemeine Regeln bezüglich des Staatsoberhauptes, der Zusammensetzung der gesetzgebenden Kör-

perschaften und ihres Verhältnisses zur Regierung je nach Zeit und Ort nur eine beschränkte Bedeutung haben.

Um also die Frage gehörig beantworten zu können, welche Verfassung wir brauchen muß man sich zunächst in allgemeinen Umrissen über die Verhältnisse klar werden, in welchen sich der polnische Staat nach dem Kriege befinden wird, und die Merkmale berücksichtigen, die unser Volk kennzeichnen und in Zukunft kennzeichnen werden.

Die Ereignisse, die den polnischen Staat ins Leben gerufen haben, haben unser Volk im Königreich unvorbereitet gefunden. Die Entwicklungsverhältnisse der Volksgesamtheit in diesem Teile Polens waren überaus ungünstig. Die gesamte Politik der russischen Regierung demoralisierte das Volk und beeinträchtigte seine Entwicklung. Die Aktion der Nationaldemokratie führte das Volk irre, indem sie ihm sowohl unser inneres Leben, als auch unser Verhältnis zu andern Staaten in falschem Lichte darstellte. Als Beispiel kann die vollständig falsche Beleuchtung der galizischen Verhältnisse und die einseitige Darstellung der Posener Verhältnisse seitens der Mehrheit der Presse des Königreichs dienen.

Infolge solcher Verhältnisse konnte die Allgemeinheit kein richtiges Verständnis für die politischen Erscheinungen und die Verhältnisse unserer Entwicklung haben.

Die Volksgesamtheit selbst ist in kleine Fraktionen zerfallen. Es gibt keine großen politischen Parteien, und die große Mehrheit des Volkes verhält sich passiv, wodurch sie außerhalb jeglichen politischen Lebens steht. Die unbewußten Massen aber sind der Schauplatz demagogischer Agitationen.

Die große Mehrheit des Volkes hat daher das traditionelle Gefühl für den eigenen Staat verloren und versteht weder das Wesen des Staates im allgemeinen, noch die Notwendigkeit des Bestehens einer eigenen Regierung. Eine Reihe von Jahren bestanden einerseits nur revolutionäre und andererseits äußerst veröhnliche Gruppen. Die Allgemeinheit wandte sich diesen beiden Möglichkeiten zu und sympathisierte teils mit denen der äußersten Rechten. Wenn wir diese Verhältnisse berücksichtigen, so müssen wir zu der Überzeugung kommen, daß der erstehende polnische Staat sich auf möglichst starke und dauernde Faktoren stützen muß und daß eine gewisse Zeit hindurch unsere Volksgesamtheit auf politischem Gebiete weder eine große Schulung, noch eine große Initiative beweisen wird.

Aus einer solchen Sachlage müssen sich entsprechende Schlussfolgerungen bezüglich der Organisation des Staates von selbst ergeben.

Die große Mehrheit unserer Volksgesamtheit fühlt instinktiv die Notwendigkeit der Einführung einer monarchischen Staatsverfassung. Es werden sich gewiß wenig Gruppen, ja sogar wenig Einzelpersonen finden die die Einführung der Republik bei uns für erwünscht halten.

Diese wenigen Republikaner sind entweder doktrinaire Sozialisten, die nichts gelernt und nichts verstanden haben, oder Radikale von unbestimmter Färbung, die von vornherein gegen jede Obrigkeit sind und in der Monarchie das Symbol der „Eklaverei“ sehen.

Die Erfahrung lehrt uns, daß mit Ausnahme der Schweiz die am meisten plutokratischen Staaten, in welchen das Kapital am rücksichtslosesten herrscht, zwei große Republiken sind: Frankreich und die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

In diesen Staaten sind die besitzenden Klassen am meisten konsolidiert und einheitlich und üben daher den größten Einfluß aus. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Königreich bei republikanischer Verfassung in politischer Beziehung mehr Frankreich und den Ver-

einigten Staaten als der Schweiz ähnlich wäre, deren ganze geschichtliche Entwicklung sich unter ganz besonderen Verhältnissen vollzog.

Die Monarchie gibt im allgemeinen nach außen hin mehr Bürgschaften für die Sicherheit des Staates, als die Republik. Ein Herrscher, der irgendeiner alten Dynastie angehört, besitzt Traditionen, Beziehungen und persönliche Einflüsse, die kein Präsident hat und haben kann. Sogar in konstitutionellen Monarchien, die eine parlamentarische Regierung haben, in denen es scheinbar für den Herrscher keinen Platz für eine tätige persönliche Rolle gibt, gibt es manchmal Könige, die wenigstens in der auswärtigen Politik eine erstklassige Rolle spielen. Daß dem tatsächlich so ist, sehen wir an dem Beispiel Eduards VII., des Vaters des gegenwärtig herrschenden Königs von England. Der neue polnische Staat wird einen König brauchen, der Beziehungen hat und in bezug auf die auswärtige Politik, die sich auf Bündnisse stützen muß, wachsam und umsichtig ist. Nur ein König kann in Polen die Aufgaben des Staatsoberhauptes vollkommen erfüllen.

Ein konstitutioneller und erblicher Monarch wächst im allgemeinen besser mit dem Staate und kümmert sich mehr um ihn als ein Präsident, der gewöhnlich, da er nur einige Jahre die Macht ausübt, diese zugunsten seiner Familie ausnützt. Es gibt natürlich Ausnahmen. Diese können jedoch die Wichtigkeit des oben angeführten allgemeinen Grundsatzes nicht umstoßen.

Es ergibt sich nun die Frage, wie diese Monarchie bei uns gestaltet sein muß. Soll der Monarch durch Minister regieren, die von ihm aus der Mitte der parlamentarischen Mehrheit gewählt werden und von dieser jederzeit abhängig sind, oder von wirklich ernannten Ministern, die staatsrechtlich verantwortlich, aber von der parlamentarischen Mehrheit unabhängig sind?

In einer politisch geschulten Volksgemeinschaft, die starke und konsolidierte Parteien besitzen, ist eine parlamentarische Regierung, die von Ministern ausgeübt wird, die aus dem Schoße der Mehrheit der gesetzgebenden Körperschaft hervorgehen, eine natürliche, gesunde und nützliche Erscheinung. Es ist gut, wenn das Volk sich wirklich selbst regiert, wenn seine wirkliche Mehrheit die Herrschaft durch ihre Vertreter ausübt und wenn diejenigen, die die Gesetze beschließen, sie auch in die Tat umsetzen.

In England, Belgien, Frankreich, Italien und anderen Staaten haben wir parlamentarische Regierungen. Gut funktioniert haben diese jedoch eigentlich nur in England, wo es lange Zeit nur zwei große Parteien gab, deren Zahl sich auch später nicht bedeutend vergrößert hat. Nicht schlecht war die parlamentarische Regierung in Belgien, schlechter in Frankreich und noch schlechter in Italien, wo es viele Parteien gab und wo das Volk eine viel geringere politische Schulung hatte, als in England.

Was uns anbelangt, so haben wir weder große Parteien, noch eine politische Schulung.

Deshalb bin ich der Ansicht, daß wenigstens zu Anfang unseres staatlichen Lebens für uns eine konstitutionelle, aber nicht parlamentarische Regierung am vorteilhaftesten wäre.

Sogar in England ist die parlamentarische Regierung nicht auf einmal entstanden, und die geschriebene Staatsverfassung kennt dieselbe bis auf den heutigen Tag nicht. Erst die Praxis hat in England im Laufe der Zeit eine parlamentarische Regierung geschaffen.

In Deutschland, Preußen und Österreich besteht eine konstitutionelle, aber nicht parlamentarische Regierung. Diese hat natürlich ihre Schattenseiten, aber auch ihre Vorzüge. Ihr Nachteil besteht darin, daß sie sich manchmal mit der Mehrheit der gesetzgebenden Körperschaften und des Volkes in Konflikt befindet. Ihr Vorzug ist aber, daß sie stärker ist, daß sie

manchmal notwendige, aber unbeliebte Einrichtungen ins Leben rufen kann, was der parlamentarischen Regierung unmöglich ist.

So können z. B. in Frankreich häufig sehr segensreiche Einrichtungen bezüglich der Arbeitsverhältnisse, der Hygiene usw. nicht ins Leben treten — aus Angst vor den Wählern.

Auch in den Vereinigten Staaten besteht eine konstitutionelle, aber nicht parlamentarische Regierung, da die Minister vom Präsidenten abhängig sind und nicht einmal einen Sitz im Parlament haben. Dieses System wird jedoch dadurch gemildert, daß der Präsident gewählt wird und daß die parlamentarischen Kommissionen einen großen Einfluß ausüben.

Der polnische Staat braucht für den Anfang eine starke Regierung mit einer ausgedehnten Gewalt, eine eigne Regierung, aber eine solche, die imstande ist, einen gewissen Druck auf die Allgemeinheit auszuüben, um nützliche und notwendige, aber nicht immer volkstümliche Einrichtungen einführen zu können. Diese Regierung kann nicht von den Stimmungen des Parlamentes abhängig sein, die veränderlich und nicht immer begründet sind, wie dies bei wenig geschulten, empfindlichen, schwankenden, leichtgläubigen und der demagogischen Phraseologie unterliegenden Volksgeamtheiten zu sein pflegt.

Ludwig Kulczycki.

Aus Nr. 161 der Nowa Gazeta (Warschau)
vom 3. April 1917.

Die Politik der Annäherung.

Alle sprechen in diesem Augenblick von der Konzentration, Solidarität und vom sozialen Frieden. Jedoch nicht alle verstehen diese Lösung in demselben Sinne, und, was noch schlimmer ist, nicht alle suchen sie in der selben Weise zu verwirklichen. Wir lesen hier und da, daß die Streitigkeiten aufhören müssen, die unsere Politik in ein Chaos leerer Erörterungen verwandelt haben. Jedoch entfernt sich dort, wo solches geschrieben wird, die praktische Arbeit von den verständigen theoretischen Hinweisen. Immer wieder wird die abgenutzte Phrase von der polnischen „Legalität“ vorgebracht, die insofern verfrüht ist, als wir noch keine Grundlagen der öffentlichen Organisation besitzen und erst in der Entstehungsphase begriffen sind, so daß wir diese Legalität erst schaffen müssen und uns nicht dem unterwerfen dürfen, was irgendeine Partei in ihr Programm aufgenommen hat und für legal halten läßt. Dieser status nascendi, in dem wir uns befinden, erfordert die Berücksichtigung des Gesamtinteresses und die Mitarbeit aller, die der Idee der Unabhängigkeit ergeben sind. Keine Partei darf hier Ansprüche auf ein Monopol oder ein Übergewicht machen. Das Wichtigste ist aber, daß an dem politischen Bau alle diejenigen beteiligt sein müssen, die am meisten der betreffenden Idee zum Siege verholfen haben. Die staatschöpferische Politik kann man nicht nach dem Grundsatz der absoluten Methode führen und sich von dem Säge leiten lassen: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen!“ Um das allgemeine Vertrauen zu befestigen, muß man kräftige Konstruktionen darauf stützen, was sich bereits breites Vertrauen erworben hat.

Befolget nicht die Methoden der Nationaldemokratie, die so bittere Früchte hervorgebracht haben! Diese hat für andere Entscheidungen getroffen und sich gewalttätig eine illusorische Macht angemacht. Diese Elemente treiben leider noch immer ihr Spiel, und zwar nicht nur außerhalb des aktivistischen Lagers. Gewisse geistige Keime dieser Ideologie zeigen sich auch in solchen Gruppen, die ein unabhängiges Polen, aber in ihrem eigenen Sinne wünschen. Sie halten

sich für die legalen Vertreter der nationalen öffentlichen Meinung und maßen sich das ausschließliche Recht auf die Tat an.

Jedoch nicht nur in bezug auf die Taktik werden die alten Methoden der nationaldemokratischen Reaktion aufrechterhalten. Bei den schöpferischen Plänen macht sich dies ebenfalls in drastischer Weise bemerkbar. Und es ist sonderbar, daß solche Pläne von Leuten ausgehen, die eine demokratische Vergangenheit hinter sich haben und sich jetzt in den Dienst der sozialen „Kraft“ gestellt haben. Ein Publizist mit sehr radikalen Traditionen empfiehlt für Polen zwar eine konstitutionelle, aber keine parlamentarische Regierung. Es handelt sich also um etwas nach Art desjenigen, dessen sich H. Szczęgłowitow im Zarenreich rühmte, als er in der Duma erklärte, daß es in Rußland glücklicherweise noch keine parlamentarische Regierung gebe.

In dieser Weise wird in einem Augenblick gesprochen, wo unter dem Einfluß der durch den Krieg hervorgerufenen Evolution die ganze Welt freier aufatmet und wo überall neue Orientierungen angekündigt werden: in Deutschland und in Preußen, was sogar durch amtliche und halbkonserervative Stimmen im Parlament festgestellt worden ist. Also Polen allein soll in diesem neuen geschichtlichen Zeitabschnitt, da die Welt unter dem Einfluß des Krieges umgestaltet wird, nichtparlamentarisch regiert werden.

Da wird zugunsten einer starken Regierung in Polen geschrieben:

„Der polnische Staat braucht zu Anfang eine starke Regierung mit ausgedehnter Gewalt, die imstande wäre, einen gewissen Druck auf die Allgemeinheit auszuüben. Solche Strömungen können nicht von den Stimmungen der Kammer abhängig sein, die veränderlich und nicht immer begründet sind, wie dies in wenig geschulten, schwankenden, leichtgläubigen und der demagogischen Phraseologie unterliegenden Volksgeamtheiten zu sein pflegt.“

Das sind Programme, über die man nicht viel zu reden braucht. Sie sind seinerzeit von dem verstorbenen Sigmund Balicki, dem Theoretiker der Nationaldemokratie, aufgestellt worden. Damals waren jedoch diejenigen, die sie heute empfehlen, in der Opposition, ja sogar auf dem äußersten Flügel der Linken. Die „Legalität“ und der „Legitimus“ haben unterdessen bei uns riesige Fortschritte gemacht. Können bei einer solchen Sachlage die Streitigkeiten und Mißverständnisse aufhören? Sind solche Vorschläge nicht die Forderungen des Parteiegoismus? Können sie der Demokratie den Mund schließen?

Es brauchen eine Konzentration und inneren Frieden. Dieser ist aber nur dann möglich, wenn die anmaßenden Versuche von Parteien aufhören, die schon jetzt die Hand nach der Diktatur ausstrecken.

Wir glauben, daß der Staatsrat diesen Weg nicht beschreiten wird und daß er sich deshalb in allen Volksschichten Gehör verschaffen wird. Heute stützen alle Regierungen der Welt ihre Macht auf den öffentlichen Dienst aller sozialen Schichten, und das ist der eigentliche Sinn des Parlamentarismus. Polen kann nach dieser Richtung hin keine Ausnahme machen.

Aus Nr. 98 der „Deutschen Warschauer Zeitung“
vom 11. April 1917.

Die Übergabe des polnischen Hilfskorps.

Im Großen Sitzungssaale des Warschauer Stadtschlosses wurde Dienstag vormittag um 11 Uhr in Anwesenheit des deutschen Generalgouverneurs v. Beseler und des österreichisch-ungarischen Generalgouverneurs Feldzeugmeisters Ruf, dem Provisorischen Staatsrat die Mitteilung gemacht, daß das polnische Hilfskorps dem Generalgouverneur v. Beseler über-

geben worden ist. Der Provisorische Staatsrat mit dem Kronmarschall von Niemojowski an der Spitze war erschienen, außerdem waren die Vertreter der deutschen und österreichisch-ungarischen Behörden und des polnischen Hilfskorps anwesend. Generalgouverneur v. Beseler brachte zunächst ein Telegramm Sr. Majestät des Deutschen Kaisers an den Kronmarschall zur Verlesung, das folgenden Wortlaut hat:

Großes Hauptquartier, 9. April 1917.

Kronmarschall v. Niemojowski,
Warschau.

Euer Hochwohlgeboren

und dem Provisorischen Staatsrat danke ich bestens für die vertrauensvoll an mich gerichtete telegraphische Bitte bezüglich des polnischen Heeres. Im Einvernehmen mit meinem hohen Verbündeten Seiner Majestät dem Kaiser Karl erblicke ich in der Bildung eines polnischen Heeres die wichtigste Grundlage für den Aufbau Ihres Staates und hoffe, daß es binnen kurzem mit Ihrer tatkräftigen Mitwirkung zum Heil Ihres Vaterlandes aufgestellt werden wird.

Wilhelm I. R.

Darauf erfolgte die Verlesung der Bekanntgabe an den Staatsrat, welche besagt:

1. Das polnische Hilfskorps wird unverzüglich dem Generalgouverneur in Warschau General der Infanterie v. Beseler übergeben, um im Sinne der Vereinbarungen der beiden Obersten Heeresleitungen als Stämme für das aufzustellende polnische Heer zu dienen.
2. Das polnische Hilfskorps bildet zunächst in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung den Kader der polnischen Armee. Das Ausscheiden der österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen aus dem polnischen Heere wird Gegenstand späterer Vereinbarungen sein.

Sodann erteilte Erzherzog v. Beseler dem österreichischen Generalgouverneur Feldzeugmeister Ruf das Wort zur Verlesung folgenden Allerhöchsten Befehls Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät:

„An das Kommando des polnischen Hilfskorps!

Ich stelle das polnische Hilfskorps für Zwecke der polnischen Armee dem mit der Aufstellung derselben betrauten Generalgouverneur von Warschau zur Verfügung. Die Übergabe erfolgt nach den zwischen den beiden Obersten Heeresleitungen getroffenen Vereinbarungen.

Erweist Euch würdig der großen, für die Völkergeschichte entscheidenden Zeit, in der das polnische Reich, das Bollwerk abendländischer Religion und Gesittung, zu neuem Leben auferstanden ist. Windet frischen Vorbeer um den ruhmgekrönten polnischen Adler!

Möge Euch die heilige Mutter Gottes von Czestochowa in allen Gefahren beschirmen!

Meine Armee wird Euerer in vielen gemeinsamen Kämpfen bewährten Tapferkeit ein treues Gedenken bewahren.

Karl m. p.“

Generalgouverneur v. Beseler verlas darauf folgenden Tagesbefehl an das Kommando des polnischen Hilfskorps, der unverzüglich sämtlichen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften bekanntgegeben werden soll:

„Auf Grund der Vereinbarungen Deutschlands und Österreich-Ungarns scheidet das polnische Hilfskorps mit dem heutigen Tage aus dem österreichisch-ungarischen Heeresverbande aus und tritt unter meinen Befehl, um, dem Wunsche des polnischen Volkes entsprechend, unter Mitwirkung des Provisorischen Staatsrats für das Königreich Polen, den Stamm für die unverzüglich aufzustellende polnische Armee zu bilden.

Polnische Kameraden! Jetzt heißt es zunächst, fern vom Schlachtfelde, in zäher Ausbildungsarbeit Euerer Landsleute zu tüchtigen Soldaten heranzubilden, um dadurch Euerem Vaterlande, dem Königreich Polen, ein Kriegswerkzeug in die Hand zu geben, das der ruhmvollen Tradition der polnischen Heere vergangener Zeiten würdig ist.

Ich rechne auf Eueren Gehorsam und Euerer Disziplin und begrüße Euch.“

Kronmarschall v. Niemojowski stattete im Namen des Staatsrates den beiden Generalgouverneuren seinen Dank ab und versicherte, daß der Staatsrat auf der jetzt neu geschaffenen Grundlage bei der Aufstellung des polnischen Heeres mitarbeiten werde.

Aus Nr. 82 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 12. April 1917.

Die polnischen Legionen.

Der „Dziennik Kujawski“ stellt über die neuesten Änderungen hinsichtlich der Stellung der polnischen Legionen seinerseits folgende Betrachtungen an:

„Aus den Mitteilungen der Warschauer Zeitungen ergibt sich grundsätzlich eins: Die Legionen, die bisher formell unter österreichisch-ungarischem Oberbefehl standen, obgleich sie deutsche Löhnung empfangen, gelangen jetzt unter deutschen Oberbefehl. Anders kann man sich die Übernahme des Oberbefehls über die Legionen seitens des Generals von Beseler nicht erklären. Allerdings sollen die Legionen einstweilen nicht an die Front geschickt werden, sondern sie sollen die Grundlage der zu bildenden polnischen Armee schaffen. Sie sollen der Keim der zukünftigen polnischen Armee sein, bei deren Bildung der vorläufige Staatsrat mitwirken soll. Die oben angegebene Mitteilung erwähnt allerdings nichts Näheres über das Verhältnis des vorläufigen Staatsrates zu der Neubildung der Verhältnisse der Legionen. Aus den Dankesworten des Kronmarschalls wäre zu schließen, daß auf diesem Grunde hinter den Kulissen eine Verständigung besteht. Das wird sich aber sehr bald zeigen, denn als logische Folge der gestrigen Tatsache müßte jetzt bald die Aufforderung zum Eintritt in die polnische Armee erscheinen. Bekanntlich wurde gesagt, daß dieser Eintritt einen freiwilligen Charakter haben werde.

Indem wir dieses zur Erläuterung der Vorgänge voranschicken, wollen wir noch bemerken, daß der gegenwärtige Bestand der Legionen sich gewiß vermindern wird, wenn auf Grund einer besonderen Vereinbarung die Legionisten aus Galizien als österreichisch-ungarische Angehörige zur regulären österreichisch-ungarischen Armee übergehen.

Wie wir also sehen, enthält die Militärangelegenheit eine Reihe von Problemen, deren endgültige Erledigung durch den gestrigen Akt noch nicht erfolgt ist. Es muß jetzt abgewartet werden, welchen Eindruck sie auf die öffentliche Meinung des Königreichs, das schon seit längerer Zeit auf eine Änderung der Militärfrage vorbereitet wurde, ausüben wird. Die Meinung des Königreichs wird wahrscheinlich am deutlichsten in dem Grade des Reagierens auf die Aufforderung zur Schaffung der Armee hervortreten.“

Aus Nr. 94 der „Deutschen Warschauer Zeitung“
vom 6. April 1917.

Sitzung des Provisorischen Staatsrats.

Sonnabend, den 31. März 1917.

Vorsitzender: der Vizemarschall. Anwesend 22 Staatsratsmitglieder, beide Regierungskommissare und deren zwei Stellvertreter.

Nach Verlesung und Annahme des Berichts der letzten Sitzung wurden die Mitteilungen der Okkupationsbehörden in Angelegenheit der Entlassung der polnischen Zivilgefangenen bekanntgegeben.

Ferner wurde zur Kenntnis genommen, daß in nächster Zeit dem Staatsrate ein von den Besatzungsbehörden ausgearbeiteter Entwurf einer Verordnung über die Neugestaltung der Währung im Generalgouvernement Warschau übermittelt werden wird.

Der Bizemarschall verlas die Berichte über die letzten drei Sitzungen des geschäftsführenden Ausschusses. Danach beschloß der geschäftsführende Ausschuß unter anderem:

1. den Bestand des Ausschusses für nationale Sammlungen bis zu 25 Mitgliedern zu vergrößern;
2. die Arbeitsabteilung sowie die volkswirtschaftliche Abteilung anzuweisen, sich bei den Aufsichtsbehörden zu bemühen, daß den zentralen Gewerbeverbänden erlaubt werde, Zweigniederlassungen in den Provinzstädten Polens und den bereits vorhandenen örtlichen Gewerbevereinen Zentralverbände zu gründen und die Zensurschwierigkeiten bei der Versendung der Berichte solcher Verbände aufzuheben;
3. Verlesen wurde der Bericht über die bisherige Tätigkeit der Arbeitsabteilung, der volkswirtschaftlichen Abteilung und der Justizabteilung.

Bei der volkswirtschaftlichen Abteilung wurden besondere Ausschüsse für Ackerbau, Industrie, Handel, Landesaufbau und für Eintreibung der Kriegsschäden gebildet.

Bei der Arbeitsabteilung sind folgende Ausschüsse im Entstehen begriffen: Ausschuß für Arbeitsschutz, für Gesundheitsschutz, für Aufsicht über die ausgewanderten Arbeiter, für Arbeitsvermittlung, für soziale Versicherungen, besonders für Krankenkassen und für die Unterstützung von Arbeitslosen. Schließlich wurde bei der Arbeitsabteilung ein Abteilungsrat gebildet, in dem verschiedene soziale und Gewerbevereine vertreten sind.

Die Justizabteilung hat bereits „Vorschriften zur Ausgestaltung des Gerichtswesens in Polen“, „Vorübergehende Vorschriften über die gegenseitigen Beziehungen der polnischen Behörden und Ämter zu den Besatzungsbehörden“, „Vorübergehende Vorschriften über die Gerichtszuständigkeit in Polen“ sowie „Erläuterungen“ ausgearbeitet, die nach Annahme durch den Staatsrat den Aufsichtsbehörden übermittelt wurden. Ferner wurde den Aufsichtsbehörden ein Fragebogen über die bisherige Tätigkeit und das Personal der jetzigen Gerichte in beiden Okkupationsgebieten überreicht. Gleichzeitig wurden Schritte zur Aufstellung einer Personalliste der polnischen Juristen unternommen. Die Justizabteilung bestellte drei Berichterstatter: für die Ausgestaltung des künftigen Gerichtswesens, für das Strafgesetz und Strafverfahren und für das Zivilgesetz.

Die volkswirtschaftliche Abteilung wurde angewiesen, den Aufsichtsbehörden eine Denkschrift in Angelegenheit des Anmeldebereichs auf Erschließung zu übermitteln.

Der Kronmarschall und der Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung wurden beauftragt, wegen Verringerung der Mehl- und Brotationen im deutschen Okkupationsgebiet vorstellig zu werden.

Aus Nr. 156 der Nowa Reforma (Kraufau)
vom 3. April 1917.

Der Staatsrat und die Zwischenparteiliche Fraktion.

Der Berichterstatter des Petrikauer „Dziennik Star.“ schreibt aus Warschau: Seit langem ist es kein Geheimnis, daß die aktuellen Fragen der polnischen Politik eine Bewegung im Lager der Zwischenparteilichen Fraktion hervorgerufen haben und daß Persönlichkeiten, die de nomine als Anhänger der Politik der Zwischenparteilichen Fraktion galten, de facto sich auf aktivistischen Boden gestellt haben. Es genügt, die hervorragende und populäre Persönlichkeit des Prälaten Chelmiecki zu nennen, der kurz nach der Entstehung des Staatsrats aus der Partei der Realisten austrat, obwohl er Organisator dieser Partei und Leiter ihrer Politik gewesen ist, wodurch er bekundete, daß er mit der Haltung der Zwischenparteilichen Fraktion, namentlich gegenüber dem Staatsrat, nicht einverstanden ist, was er in der bekannten Unterredung zum Ausdruck brachte. Bekanntlich ist Chelmiecki Anhänger des Staatsrats und nimmt an seinen vorbereitenden Arbeiten teil. Das selbe kann man von dem Stadtpräsidenten Fürsten Lubomirski behaupten, dem gegenwärtig volkstümlichsten Mann in Polen, der sowohl in seinen Erklärungen als auch in zahlreichen Unterredungen, die in der ausländischen Presse Aufsehen erregten, sich als Anhänger der polnischen Staatsidee bekannte und sich für die Beteiligung der Volksgesamtheit am Wiederaufbau des Staates aussprach. Von politischem Instinkt geleitet, der seine Quelle in glänzender Familientradition hat, verstand er es immer, mit dem entsprechenden Takt aufzutreten, und stellte sich niemals, so weit es uns bekannt ist, dem Staatsrat entgegen. Im Gegenteil erklärt er immer ausdrücklicher, daß er sich mit ihm solidarisch fühlt, und nimmt an seinen Arbeiten teil. Daher unterliegt es auch keinem Zweifel, daß Fürst Lubomirski gegenwärtig gegebenenfalls an der vorläufigen polnischen Regierung teilnehmen würde und daß er in politischen Kreisen als Kandidat für den höchsten und verantwortungsvollsten Posten bei einer etwaigen Umgestaltung des Staatsrats gilt.

Wie ich erfahre, erklären sich auch die Führer der landwirtschaftlichen Kreise des österreichisch-ungarischen Besatzungsgebietes, die Herren Gr. Julius Tarnowski und Johann Stecki, mit der gegenwärtigen Stellung des Fürsten Lubomirski gegenüber dem Staatsrat einverstanden. Herr Stecki, der gegenwärtige Vorsitzende des Zentral-Rettungskomitees in Lublin, stand zwar bis jetzt an der Spitze des neutralistischen Lagers im Lubliner Lande; bei seiner öffentlichen Tätigkeit jedoch, in Versammlungen, Konferenzen und Zeitungsartikeln, nahm er eine freundliche Haltung gegenüber den Mittelmächten, namentlich gegenüber Österreich-Ungarn ein. Zweifellos würde er eine bedeutungsvollere Rolle im gegenwärtigen politischen Leben des Königreichs spielen, wenn er seine Stellung in der Frage der Bildung des polnischen Heeres ändern und das selbe nicht von der Entstehung des polnischen Landtages abhängig machen würde. Es ist möglich, daß die letzten Ereignisse sowohl im Lande, das sich immer lauter für die sofortige Bildung eines starken polnischen Heeres als der tatsächlichen Vorbedingung der Verwirklichung des polnischen Staatswesens erklärt, als auch die Vorgänge außerhalb desselben, namentlich aber die Ansichten des Auslandes über die Bedeutung des polnischen Heeres, auf die Haltung des Herrn Stecki in dieser Angelegenheit einen Einfluß ausgeübt haben. Zugunsten des Herrn Stecki ist auch hervorzuheben, daß er seine Ansicht bezüglich der Abordnung, die vor einigen Wochen nach Wien entsandt werden sollte, um mit den Regierungskreisen Fühlung zu nehmen und eventuell bis zur höchsten Instanz vorzudringen, geändert hat, als man ihm vorstellte, daß

dieser Schritt infolge des Bestehens des Staatsrates, der für die Politik des Landes verantwortlich ist, unangebracht wäre und daß er als eine unangebrachte Kundgebung gegen den Staatsrat angesehen werden könnte.

Obige Nachrichten beweisen, daß innerhalb der Zwischenparteilichen Fraktion, namentlich in der „Partei der realen Politik“ ernste Unterschiede bezüglich der wichtigsten politischen Fragen bestehen, namentlich aber bezüglich der Stellung zum Staatsrat. Diese Unterschiede machen sich immer deutlicher bemerkbar und deuten auf eine bevorstehende Spaltung in der Zwischenparteilichen Fraktion hin. Dies äußert sich hauptsächlich dadurch, daß bedeutungsvollere Persönlichkeiten immer häufiger die Reihen dieser Partei verlassen und dies damit begründen, daß sie grundsätzlich ihre konservative Haltung nicht aufgeben, an der Organisation des polnischen Staates jedoch tätigen Anteil nehmen wollen. Auf diesen Wechsel der politischen Front haben unzweifelhaft auch die revolutionären Ereignisse in Rußland ihren Einfluß ausgeübt, die die politisch denkenden Kreise zu der Überzeugung führen mußten, daß von einer Verwirklichung des Planes des Großfürsten Nikolai keine Rede mehr sein und daß man nicht mehr auf eine Unterstützung der Koalitionsstaaten rechnen könne, da diese durch die militärische Schwächung Rußlands und durch die Ereignisse auf der See zu sehr von ihren eigenen Interessen in Anspruch genommen sind. In den letzten Tagen verbreitete sich das Gerücht, daß die Realisten als Gruppe aus der Zwischenparteilichen Fraktion ausgeschieden sind und sich der aktivistischen Politik angeschlossen haben. Zwar bestreitet die „Gazeta Poranna“ die Richtigkeit dieser Nachricht; in politischen Kreisen wird sie jedoch für Tatsache gehalten. In der Zwischenparteilichen Fraktion herrscht eine ernste Krisis, die früher oder später zur Spaltung des passivistischen Lagers führen muß. Falls dies geschieht, bleiben in der Zwischenparteilichen Fraktion nur noch die Nationaldemokraten, da die „Nationale Vereinigung“ und die „Polnische Fortschrittspartei“ bei der gegenwärtigen Sachlage nur Filialen der Nationaldemokratie darstellen, die der Fraktion den Schein einer Parteigruppe verleihen sollen. Das Ausscheiden der Realisten wird einen bedeutungsvollen Einfluß sowohl auf die politische Stellung des Staatsrats, als auch auf die Gestaltung des Unabhängigkeitslagers haben; die Partei der Realisten aber, die eine Reihe von bedeutenden Politikern aufzuweisen hat, würde den ihr gebührenden Einfluß auf den Gang der politischen Ereignisse erlangen.

Aus Nr. 81 des Naprzód (Krakau)
vom 5. April 1917.

Über die politischen Verhältnisse im Königreich Polen
schreibt der „Dziennik Lubelski“:

„Seit einigen Wochen erscheinen in der galizischen Presse „gut informierte“ Zuschriften aus dem Königreich, die von Mitarbeitern verschiedener „gemäßigter“ Blätter stammen und Galizien über die im Königreich herrschenden Verhältnisse unterrichten wollen. Die galizische Presse, die sich durch eine erstaunliche Unkenntnis auszeichnet, die vielleicht tendenziös sein mag, informiert ihre Leser so einseitig, daß man wirklich nicht weiß, ob diese überhaupt noch einmal imstande sein werden, die Sachlage unparteiisch zu beurteilen.

Abgesehen von den tendenziösen und vielfach, wie wir bereits nachgewiesen haben, falschen Nachrichten, die die Sachlage in der Angelegenheit der Polnischen Militärorganisation unrichtig darstellen, haben sich die „Berichterstatter“ die Aufgabe gestellt, Galizien zu überzeugen, daß die öffentliche Meinung des König-

reichs ebenso orientiert ist, wie die Freunde und Beschützer der „Nowa Reforma“ und der „Gazeta Wieczorna“.

Daher informierte man schon vor längerer Zeit die galizischen Blätter über die Kraft und die Zunahme des Einflusses der Liga des polnischen Staatswesens. Gegenwärtig geschieht dasselbe mit der neuen Partei, der sog. „Polnischen Demokratie“. Am meisten tut sich ein „Berichterstatter“ aus Lublin hervor, der für den „Kurjer Lwowski“ schreibt. (Der Verfasser des Artikels scheint sich auf den früheren, und nicht den jetzigen Kurs des „Kurjer Lwowski“ zu berufen. — Red. des „Naprzód“.)

Wir würden uns mit diesen Zuschriften aus dem Königreich nicht befassen, wenn Galizien alle diese Nachrichten nicht aufmerksam lesen und ihnen Glauben schenken würde.

Angeichts des Kampfes, der zwischen den verschiedenen Parteien im Königreich tobt, ist es interessant zu erfahren, wie sich die Kräfte der verschiedenen Parteien zu einander verhalten. Über die „Polnische Demokratie“ wollen wir nicht schreiben. So weit es uns bekannt ist, hat diese Organisation weder in Lublin, noch sonstwo außer in Warschau das Licht der Welt erblickt. Hingegen wollen wir die Aufmerksamkeit auf die Kraft und den Einfluß der „gemäßigten und demokratischen“ Liga des polnischen Staatswesens lenken.

In den Zuschriften an den „Kurjer Lwowski“ und die „Nowa Reforma“ haben wir gelesen, daß in Lublin die Kräfte dieses Lagers wachsen und infolgedessen die Einflüsse des „radikalen“ Nationalen Ausschusses abnehmen. Betrachten wir zur Feststellung der Wahrheit die Wahlen zum Gemeinderat!

Die Liga des poln. Staatswesens hat in Lublin ein sog. „Nationales Wahlkomitee“ geschaffen, das — einen einzigen Kandidaten für den Gemeinderat durchgebracht hat. Sehen wir weiter zu! Unter den städtischen Gemeinderatsmitgliedern findet man zwei oder höchstens — drei Anhänger dieser Richtung. Und doch haben die Wahlen in Lublin dank der Konzentration die Wahl von Kandidaten der verschiedensten Komitees ermöglicht.

Betrachten wir die Organisationen! Es ist uns bekannt, daß zu Versammlungen, die von der Liga für das poln. Staatswesen einberufen werden, aus der Zahl von 50 bis 60 Eingeladenen ungefähr 6 bis 10 erscheinen. Ein Erfolg ihrer Arbeit und ein Einfluß der Liga ist nicht wahrnehmbar. Sogar wenn unter der Firma „Volkvereinigung“ Versammlungen einberufen werden, müssen in den Vorstand Leute aus dem Landwirtschaftlichen Verein gewählt werden, dem man einige Zweigvereine abspenstig machen will (siehe „Głos Stolicy“ und „Ziemia Lubelska“).

Soviel über Lublin.

Der Stolz der Liga für das poln. Staatswesen ist Radom; aber die dortige Gruppe der Liga unterschreibt eine Adresse an Pilsudski und will mit dem Kampfe gegen die Polnische Militärorganisation nichts zu tun haben. In Kielce hat man — genauen Ermittlungen zufolge — einen einzigen Anhänger der Liga festgestellt. In Petrikau sind die Einflüsse bedeutender, jedoch nicht entscheidend. In den verschiedenen Kleinstädten und Dörfern (Zamosc, Pulawy, Miechow usw.) weiß man von der Liga sehr wenig.

Es bleibt noch die „Volkvereinigung“ übrig. Auch hierbei ist zu bemerken, daß es sich hier nur um den Einfluß einer Handvoll von Landwirten handelt, von denen man nicht weiß, ob sie sich im letzten Augenblick nach links oder nach rechts wenden werden. Von organisierten Massen träumen aber bis jetzt nicht einmal die Führer.

Diese Aufklärung ist nicht für das Königreich bestimmt, da dies alles hier bekannt ist, sondern für Galizien.

Der Grund des Mißerfolges der Liga liegt aber nicht etwa in der Ungeheuerlichkeit ihrer Führer....

Aus Nr. 85 (116) des Głos Stolicy (Warschau)
vom 29. März 1917.

Von der Schriftleitung des „Głos Stolicy“.

Mit dem 1. April d. J. wird unser Blatt in ein großes politisches Organ umgewandelt werden, das zweimal täglich unter dem Namen „Głos“ erscheinen wird.

Das Blatt wird nicht das Sprachrohr einer schon bestehenden politischen Gruppe sein, welche die tätige Mitarbeit an der Schaffung des polnischen Staatswesens auf ihre Fahne geschrieben hat, sondern das Sprachrohr eines ganzen Lagers, das zwar noch nicht fest organisiert ist, aber die gemeinsame oberste Losung hat: ein auf den Kadres der heldenmütigen Legionen beruhendes starkes Heer zu den Waffen zu rufen, die Staatsverwaltung zu organisieren, die Grundlagen für die Entwicklung der nationalen Aufklärung zu schaffen und unsere wirtschaftlichen Verhältnisse zu regeln, mit einem Wort, einen starken konstitutionellen Staat mit einer starken Regierung und eine starke, geachtete monarchische Staatsgewalt zu schaffen.

Eine so breite politische Plattform bietet eine genügende Grundlage für das Bestehen einer Tageszeitung, die sich nicht in einen Parteirahmen einengt und sich gleichzeitig nicht in Gemeinplätzen und Schablonen verliert.

Klarheit und Dauerhaftigkeit der Grundsätze, welche nicht in starre Formen geschmiedet sind, sondern sondern persönlichen Eigenarten der Menschen und Gruppen genügenden Raum lassen, das Hervortretenlassen positiver Werte und Programme und die Unterlassung der Demagogie und aller Phrasen — das sind die Kennzeichen, durch die sich das neue Blatt auszeichnen möchte.

Durch solche Absichten und Vorsätze veranlaßt, haben die Gründer des „Głos“ die Schriftleitung dem bekannten Geschichtsschreiber, Publizisten und Politiker Johann Rucharszewski übertragen.

Aus Nr. 95 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 10. April 1917.

Diplomatische und konsularische Studien in Warschau.

Der Vorstand der Schule für soziale und Handels-Wissenschaft richtet im Einverständnis mit dem vorläufigen Staatsrate und unter dessen Aufsicht die schon längst geplante Abteilung für politische Wissenschaften ein, die das Ziel verfolgt, Kandidaten für den diplomatischen und konsularischen Dienst vorzubilden.

Aus Nr. 74 der Iskra (Sosnowice)
vom 31. März 1917.

Betrifft den neuen Gemeinderat der Stadt Bendsin.

An den Bericht über die Eröffnungsfeier des Gemeinderats in Bendsin knüpft die „Iskra“ folgende Betrachtungen:

Das erste Auftreten des Gemeinderats von Bendsin, der bekanntlich ausschließlich aus jüdischen Mitgliedern besteht, ist in demonstrativer Beziehung glatt verlaufen. Die Stadtverordneten haben am ersten Beratungstage mit Rücksicht auf die außergewöhnliche Lage einen „objektiven“ Standpunkt eingenommen. Wir wissen, daß der Bendsiner Gemeinderat die Absicht hat, seine Rolle vom Standpunkt der Bürger-

schaft, die sich ohne Rücksicht auf die konfessionellen, nationalen usw. Unterschiede auf gleiche Rechte stützt, zu behandeln.

Ohne den Ereignissen vorzugreifen, müssen wir jedoch feststellen, daß der gegenwärtige Stand des Gemeinderates die Fragen der Stadtvertretung von Bendsin nicht löst.

In dem gegenwärtigen Gemeinderat ist auch nicht ein einziger Vertreter der rein polnischen Bevölkerung, was wir als eine Vergewaltigung des Grundsatzes der Gleichheit betrachten, wenn dieser maßgebend sein soll. In normalen Zeiten wohnten in Bendsin 50 Prozent Christen, und diese Lücke im Gemeinderat werden nach unserer Ansicht auch nicht die aufrichtigsten Absichten ausgleichen. Das Leben wird solche Fragen zur Beratung stellen, welche die Kluft zwischen der christlichen und jüdischen Bevölkerung noch vertiefen werden. Wäre es nicht richtiger, den falschen Weg der Erledigung der städtischen Angelegenheiten durch Vertreter eines Teiles der dortigen Bevölkerung zu verlassen? Hierbei wäre insbesondere zu erwägen, daß der Gemeinderat einer Stadt mit 500jähriger Tradition ohne Beteiligung von polnischer Seite ein Konsens ist, der zur Erbitterung und nicht zu einem erträglichen Zusammenleben führen wird.

Aus Nr. 75 des Kurjer Zagłębia (Sosnowice)
vom 1. April 1917.

Zu der ersten Sitzung des Gemeinderats der Stadt Bendsin

bemerkt der „Kurjer Zagłębia“ folgendes:

Es bestehen sehr ernste Gründe, aus denen wir an dieser Stelle die Angelegenheit dieses eigenartigen Gemeinderates der Stadt Bendsin nicht gehörig beleuchten können. Wir können es nicht tun, wenn wir es auch wollten. Wir dürfen kaum noch einmal die Tatsache feststellen, daß der Gemeinderat der Stadt Bendsin ein ausschließlich jüdischer Gemeinderat ist und nicht die ganze Bevölkerung der Stadt vertritt, daß er nur dadurch entstanden ist, daß die christliche Bevölkerung sich aus begreiflichen Gründen von der Wahl ferngehalten hat. Das ist ein Beweis mehr für die ganze große jüdische Gefahr in unseren Ländern.

Nr. 10 des Widnokrag (Warschau)
vom 25. März 1917

behandelt in einem Artikel die Zukunft der polnischen Arbeiterbewegung. Die Zersplitterung der Arbeiterbewegung in Polen sei eine Folge langer politischer Sklaverei. Es gebe keine grundsätzlichen Unterschiede zwischen den Maximalforderungen der einzelnen sozialistischen Gruppierungen in Polen; dieselben unterscheiden sich voneinander allein durch die Wege, die sie einschlagen. Heute, wo wir einer normalen Staatsentwicklung entgegensehen, wird sich die Arbeiterbewegung wie im Westen in zwei Strömungen ergießen: Einerseits wird eine starke sozialistische Partei entstehen, andererseits eine große Gruppierung der christlichen Demokratie. Alle Zwischengruppierungen müssen mit der Zeit verschwinden. Schon heute sind wir die Zeugen des Absterbens der Linken der P. P. S. Eine zweite dem Verfall geweihte Gruppe ist der nationale Arbeiterverband. Die Sozialdemokratie wird noch lange Zeit als eine Gruppe ohne Einfluß weiterbestehen. Die Partei, die eine große Zukunft verspricht, ist zweifellos die polnische Sozialistenpartei (Rechte). Verstärkt durch einen Teil der Linken und den linken Flügel des Nat. Arbeiterverbands wird sie in Zukunft die große sozialistische Partei bilden und sich der heutigen christlichen Demokratie, welche sich

durch den rechten Flügel des Nat. Arbeiterverbands verstärkt wird, entgegenstellen.

(Aus Nr. 61 des Warschauer Tagesberichts vom 2. April 1917).

Nr. 77 des Naprzód (Kraſau)
vom 31. März 1917

erörtert das Verhältnis der deutschen Behörden in Litauen, und stellt fest, daß man hier drei Epochen unterscheiden kann. Am Anfang unterstützten die deutschen Behörden das litauische Element und spielten es gegen die Polen aus. Dann kam es aber zu einem Wechsel in dieser Politik. Die Behörden begannen sich den Litauern gegenüber mißtrauisch zu benehmen. „Im Sommer 1916 versandte die Okkupationsbehörde ein Rundschreiben an alle Gemeinden, in dem mitgeteilt wurde, daß, falls eine Bevölkerungsgruppe eine Schule zu gründen wünsche und einen Kandidaten für einen Lehrer bezeichnen würde, dieser Gemeinde in solchem Falle Erleichterungen gemacht werden. So wurden im Kreise Suwalki 15 Schulen, im Kreise Sejno mehrere Schulen gegründet.“ Jetzt ist aber die deutsche Behörde zu ihrer ursprünglichen Politik zurückgekehrt. Es werden wiederum die Litauer gegen die Polen unterstützt. Im Kreise Sejno hat man begonnen, die polnischen Schulen zu schließen. Auch im Kreise Koszedary wurden mehrere polnische Dorfschulen geschlossen. In dem Städtchen Joste wurde durch den Pfarrer, einen Litauer, die zweisprachige Schule in eine litauische umgewandelt, was einen Widerstand der polnischen Kinder hervorrief. „Die Kinder haben die litauischen Schulbücher zerrissen. Die Eltern der Kinder wurden zu Geldstrafen verurteilt. In der letzten Zeit mehrten sich die Schulverbote auch im Kreise Szurwin in der Nähe Wilnas.“

(Aus Nr. 62 des Warschauer Tagesberichts vom 3. April 1917.)

Aus Nr. 160 des Kurjer Lwowski (Lemberg)
vom 4. April 1917.

Regionen-Freiwillige aus Litauen in Arbeiter-Bataillonen.

Aus Warschau wird mitgeteilt, daß Leute, welche sich in den Polizei-Büros in Wilna freiwillig zu den Regionen angemeldet hatten, die Aufforderung erhielten, sich binnen 24 Stunden zu den Arbeiter-Bataillonen nach Deutschland zu begeben. Diesen wurde auch Herr Wacław Studnicki (ein Bruder des bekannten Publizisten), der in Wilna an der Spitze der Regionenbewegung stand, zugeteilt.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 156 des Czas (Kraſau)
vom 3. April 1917.

Die Revolution und der Friede.

Die Verhandlungen im Deutschen Reichstage beweisen, daß die russische Revolution einen ungeheuren Einfluß auf ganz Mitteleuropa hat. Der deutsche Reichskanzler sah sich veranlaßt, zu ihr Stellung zu nehmen und sich gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß die deutsche Regierung indirekt den Absolutismus in Rußland unterstützt habe. Es gab tatsächlich eine Zeit, da die leitenden Kreise in Deutschland bzw. Preußen der Meinung waren, daß die russische Bureaucratie ein Hauptelement des Friedens sei und daß, so lange sie am Ruder ist, die östliche Grenze Deutschlands nicht bedroht sei. Das zweite Bindeglied zwischen

Berlin und Petersburg war die polnische Frage. Es herrschte damals die allgemeine Überzeugung, daß die „guten Ratschläge“ von Berlin kommen, die der russischen Regierung zeigen, wie die Polen zu behandeln seien. Es hat sich jedoch gezeigt, daß man in Petersburg diese Ratschläge allzu gern befolgte, indem man sie gegen die russischen Deutschen anwandte. Da kam es zu einer Abkühlung der Beziehungen, und als am Hofe Alexanders II. unter dem Einfluß der Zarin, die als Dänin ihr Vaterland nicht vergessen konnte, die französische Richtung siegte, entstand eine Neugruppierung in Mitteleuropa, die bis zu dem gegenwärtigen Kriege dauerte. Die früheren Illusionen bezüglich der streng friedlichen Absichten Rußlands verschwanden angesichts des französisch-russischen Bündnisses, das immer die größte Gefahr für den europäischen Frieden in sich barg. Schließlich zeigte der gegenwärtige Krieg die wirklichen Absichten des absolutistischen Zaren und der russischen Bureaucratie.

Selbst die preussischen Konservativen, für die Rußland, das seit Jahrhunderten auf absolutistische Grundsätze gestützt ist, der Hauptstützpunkt der konservativen Politik war, überzeugten sich von ihrem Fehler.

Erst im Laufe des Krieges machte sich in russischen maßgebenden Kreisen unter dem Einfluß der Besorgnisse um die Geschicke der Dynastie und des Widerwillens gegen das parlamentarische System ein erneuter Umschwung in deutscher Richtung bemerkbar. Protopopow und Olsufiew erforschten das Gelände zu einem Sonderfrieden in Stockholm, aber es war bereits zu spät, und der Boden brannte bereits unter den Füßen der Herren Rußlands. Ehe es Nikolaus II. gelang, das Einverständnis mit Mitteleuropa zu erzielen, beraubte die Revolution ihn und die ganze Dynastie Holstein-Gottorp des Thrones. Rußland erschien in neuer Gestalt vor seinen Gegnern, und es entstand von neuem die Frage, welchen Einfluß diese Wendung auf den weiteren Verlauf des Krieges haben wird.

Der Kanzler erklärte im Reichstag mit Nachdruck, daß zwischen dem deutschen und russischen Volke eigentlich kein Gegensatz bestehe und daß die Deutschen weder den Wunsch noch die Absicht hätten, sich in irgend einer Form in die inneren Angelegenheiten Rußlands einzumischen. Es ist dies eine indirekte Anerkennung der neuen Regierungsform, die durch die Revolution geschaffen worden ist, und wenn wir die Rede des Reichskanzlers mit den Äußerungen des Grafen Czernin im „Fremdenblatt“ und der Erklärung des Grafen Tizza vergleichen, so müssen wir zu der Überzeugung gelangen, daß die Mittelmächte in vollem Einverständnis mit einander das fait accompli der Revolution anerkennen und ihre Stellung Rußland gegenüber entsprechend ändern.

Aus allen diesen Erklärungen geht mit Deutlichkeit hervor, daß Österreich und Deutschland den Sieg der Revolution für ein Zeichen des Friedens halten und im vollen Umfange den Vorschlag aufrecht erhalten, der noch zu einer Zeit gemacht wurde, als in Rußland die Bureaucratie unter der Firma des absoluten Zaren herrschte, mit anderen Worten, daß sie bereit sind, in Friedensverhandlungen einzutreten, sobald die neue russische Regierung den ernststen Willen hierzu zeigt. Sowohl der deutsche Reichstag als auch der ungarische Reichsrat haben das gegenwärtige Programm ihrer Regierung gutgeheißen, und obwohl Österreich, dessen Volksvertretung nicht tagt, nicht in der Lage ist, seine Meinung kundzutun, so kann man dreist behaupten, daß die Österreicher in dieser Beziehung mit ihrem Minister des Auswärtigen einverstanden sind.

Werden aber die neuen Männer in Rußland die weittragende Bedeutung dieser Momente erkennen?

Aus den letzten Äußerungen Miljukows geht eigentlich hervor, daß die kriegerische Stimmung Rußlands allmählich abnimmt und daß Rußland auf die Eroberungsabsichten der früheren Regierung verzichtet. Die radikalen Doktrinäre in der Regierung und im Kabinett würden gewiß gern den Krieg beenden, und nur die Rücksicht auf das Heer und auf Frankreich hält sie von entscheidenden Schritten ab. Obwohl also die kriegerische Bereitschaft fort dauert, so hat sich doch die Haltung Rußlands geändert. Mit der veränderten Sachlage rechnend, haben die Mittelmächte von neuem ihre Friedensbereitschaft kundgetan. Die nächste Zukunft wird lehren, welche Schlüsse die Revolutionäre daraus ziehen werden.

Aus Nr. 157 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 4. April 1917.

Polen und das neue Rußland.

Krakau, den 4. April.

Die russische Revolution ist das wichtigste Ereignis und teilweise auch ein Ergebnis des Krieges. Das Betreten der Bahn des ungehinderten Fortschritts seitens eines großen slawischen Volkes wird immer eine bedeutungsvolle Tatsache bleiben, wenn dieser Weg sich auch noch manchmal als sehr schwierig und gefährlich erweisen sollte. Die Tatsache, daß auf der anderen Seite der Behringstraße eine neue riesige Demokratie im Entstehen begriffen ist, daß der moderne Staatsgedanke auf dem ungeheuren Gebiete zwischen der Duna und Kamtschatka festen Fuß gefaßt hat, muß von jedem Demokraten begrüßt werden, unter welcher Fahne er auch kämpfen mag.

Daher ist auch heute schon festzustellen, daß der Eindruck der russischen Revolution auf die Geister in Europa überall außerordentlich stark ist. Inmitten des schrecklichen Krieges, der im Leben eines jeden Volkes Veränderungen und Verschiebungen der Kräfte in antidemokratischer Richtung hervorgerufen hat, mußte ein so gewaltiges Ereignis überall wie eine gute Nachricht wirken. Überall, wo man über solche Dinge offen und offiziell reden darf, sind Stimmen der Sympathie für das Streben der Russen nach Freiheit und nach höheren Formen des Lebens laut geworden. Und nicht nur die Befürworter der sozialistischen Doktrin, sondern auch alle wahren Demokraten, alle Freunde der Freiheit, des Fortschritts und des auf Gerechtigkeit gestützten friedlichen Zusammenlebens der Völker erkennen an, daß diese Stimmen zutreffend sind.

Bei uns in Polen muß der Eindruck der Revolution naturgemäß ein noch stärkerer sein. Kommt sie doch im wichtigsten und verantwortungsvollsten Momente unseres nationalen Lebens und wird von Kräften vollzogen, die noch vor kurzem in unserem nationalen Leben eine große Rolle gespielt haben. Den ersten Versuch der Abstreifung der Fesseln hat vor 12 Jahren in dem damaligen russischen Teilgebiet unser Volk zusammen mit dem russischen unternommen. In den freiheitlichen und revolutionären Versammlungen, die damals abgehalten wurden, wurde immer die polnische Frage behandelt, und immer nahmen Polen daran teil. Es gab bis auf geringe Ausnahmen keine russische Partei, die nicht mit einer verwandten polnischen Partei in irgendeiner Verbindung gestanden hätte. Diese Verbindungen waren stark. Die Erinnerung an sie ist dauernd. Es ist daher kein Wunder, daß sie jetzt von neuem wach wird.

Und solange sich aus diesen Erinnerungen nichts anderes ergibt, als die aufrichtige Sympathie für die in der Organisation begriffene russische Demokratie und der Wunsch, daß sie alle Schwierigkeiten und Gefahren ebenso erfolgreich und schnell überwinden möchte, wie sie den Sieg über das Zarentum erreicht

hat, ist gegen die Lebendigkeit und Intensität dieser Erinnerungen nichts einzuwenden. Gegenüber dem russischen Volke haben wir nie Haß empfunden oder verbreitet. Unser Feind war das zarische Rußland, das byzantinisch-mongolische Rußland, der stumpfsinnige Bedrücker und Vernichter der Kultur. Das neue demokratische, republikanische oder monarchische Rußland ist für uns eine neue Erscheinung, ein Gast, den wir freundlich und zuvorkommend begrüßen. Ein gutes nachbarliches Verhältnis zu ihm kann für beide Teile von Nutzen sein. Aber nur ein nachbarliches Verhältnis.

Schon seit anderthalb Jahren sind wir außerhalb Rußlands. Polen hat die Freiheit seiner völligen Entwicklung und der Befestigung in der Richtung der eigenen polnischen Staatsinteressen erlangt. Das russische Reich, sowohl das despotische, als auch das republikanische, ist für uns zum Ausland geworden. Irgendeine innere Verbindung zwischen dem neuen Polen und dem noch neueren Rußland gibt es nicht, und kann es nicht geben: Rußland für sich und wir für uns! Das ist die Lösung, deren Richtigkeit anscheinend auch von der vorläufigen russischen Regierung anerkannt worden ist, wenn es wahr ist, daß auch sie ihrerseits die polnische Unabhängigkeit proklamiert hat.

Nachdem Polen nun einmal außerhalb Rußlands als besonderer, von ihm durchaus unabhängiger staatlicher Organismus besteht, kann es sich in bezug auf sein Verhältnis zu Rußland nur von der Rücksicht auf seine eigenen Staatsinteressen leiten lassen. Wie sich diese gestalten werden, wird von der Entwicklung der Ereignisse und von der Gesamtgestalt der uns direkt oder indirekt berührenden internationalen Lage abhängig sein. Das eine ist heute schon sicher, daß, soweit Rußland sich auf wirklich freiheitliche und demokratische Grundsätze stützen wird, soweit es die wichtigsten Aufgaben seiner staatlichen Politik im Innern und nicht an seiner Peripherie suchen wird, es einen Anlaß zur Feindschaft von unserer Seite aus gegen Rußland nicht geben wird. Im Gegenteil liegt es im Interesse des jungen und allen Kinderkrankheiten und Gefahren ausgesetzten polnischen Staates, daß Rußland nicht aufhöre, ein bedeutungsvoller Faktor der internationalen Politik zu sein, und daß es unter den zivilisierten Völkern die Stimme der Kraft behalte, die einem großen Volke gebührt, das einen großen Teil der Erdkugel bewohnt und sehr große und verantwortungsvolle Aufgaben gegenüber der europäischen Zivilisation und der weißen Rasse zu erfüllen hat.

Ohne für die Zukunft irgend etwas auszuschließen, müssen wir heute das Eine als unbestrittene, fundamentale Tatsache feststellen, daß wir ein besonderer, von Rußland getrennter Staatsorganismus sind, der sich in seinen Beziehungen zu ihm vor allem von der Rücksicht auf die Interessen seiner eigenen Befestigung, Erhaltung und Entwicklung leiten läßt. Da diese Interessen in erster Linie die Schaffung einer polnischen Wehrmacht erfordern, müssen wir diese organisieren und sie gegebenenfalls gegen Rußland kämpfen lassen — nicht etwa deshalb, weil wir zum Sturze der russischen Demokratie beitragen wollen, sondern einfach deshalb, weil dies in der gegebenen Lage die polnische Staatsraison erfordert. Wo diese Staatsraison beginnt, da hat das Gefühl aufzuhören, da müssen alle — auch noch so schönen Erinnerungen schweigen.

Aus Nr. 79 des Naprzód (Krakau)
vom 3. April 1917.

Auf den Trümmern des Zartums.

Vielfach hat man von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß der gegenwärtige Krieg, der schon

das dritte Jahr tobt und unendliche Opfer von den breiten Volksmassen verlangt, unzweifelhaft ein Faktor werden wird, der die Frage der Demokratisierung der Völker in Europa kräftig vorwärts bringen wird.

Dies muß um so mehr der Fall sein, als infolge der rücksichtslosen Übertragung des Kampfes auf alle wirtschaftlichen Gebiete namentlich die städtische Bevölkerung und die Familien der Kämpfer, die zu Hause geblieben sind, mit unendlich größeren Schwierigkeiten und Entbehrungen zu kämpfen haben, als die wohlhabenderen Schichten.

Mit einem Worte: dieser Krieg, der zu einer gigantischen Kraftprobe so vieler Völker geworden ist, stellt besonders große Ansprüche an das Volk, und legt den Staaten den Volksschichten gegenüber große Verpflichtungen auf.

Dieses Thema kehrt heute schon unaufhörlich in den parlamentarischen Debatten wieder. Über die Notwendigkeit von Reformen in der Richtung bedeutender Erweiterungen der Volksrechte geben sich die Leiter der Regierungen völlig Rechenschaft. Als Beispiel können wir uns auf die Erklärungen des deutschen Reichskanzlers Bethmann Hollweg berufen.

Das vom Kopfe bis zum Fuße von Waffen starrende Europa erhält nach dieser Richtung hin einen neuen Ansporn durch den plötzlichen Zusammenbruch des morschen Jartums. Der riesige Turm, der durch seine bloße Existenz Schatten auf ganz Europa warf, ist zertrümmert. Diese Tatsache wirkt ohne Rücksicht darauf, ob, wie und wann sich etwas daraus ergeben wird, elektrifizierend auf neue Strömungen und Gedanken, die mit den obengenannten außerordentlichen Anstrengungen und Opfern des Volkes verknüpft sind.

In dem mächtigen Deutschland kommen aus dem Munde der Volksvertreter Forderungen, daß die Reformen beschleunigt werden müssen, daß man sie nicht pedantisch bis zum Ende des Krieges aufschieben sollte, da dies heute nicht mehr eine Frage der inneren, sondern auch der auswärtigen Politik sei. Deutschland kann nämlich, nachdem das Jarentum zusammengegestürzt ist, das der kräftigste und brutalste Ausdruck der Reaktion gewesen ist, in den Augen der öffentlichen Meinung der ganzen Welt, die bei der Liquidation der heutigen Welt von Bedeutung sein wird, nicht für den am wenigsten demokratischen Staat gelten. Das würde für Deutschland mit großem Nachteil verbunden sein.

Und jetzt wollen wir unsern Blick von dem mächtigen deutschen Staate zu dem Anfang des freien Polens mit seiner noch nicht gefestigten Existenz und seinen noch nicht festgesetzten Grenzen lenken. Da sehen wir, daß nach dem Muster der früheren Nationaldemokratie, obwohl im Sinne einer andern Orientierung, eine Gruppe im Entstehen begriffen ist, die aus dem Schoß der städtischen Intelligenz hervorgegangen ist und durch ihren Einfluß sich bemüht, auch unter der ländlichen Bevölkerung festen Fuß zu fassen und ihren Einfluß auch auf weitere Kreise des städtischen Bürgertums und auf einen Teil des Großgrundbesitzes auszudehnen.

Es versteht sich von selbst, daß ein Programm, das einer solchen Zusammensetzung genügen könnte, schwer aufzustellen ist; als Lösung soll daher (wie es bei der Nationaldemokratie gewesen ist), der Kampf gegen den „Radikalismus“ dienen, als Anziehungskraft aber nach ebenfalls nationaldemokratischem Muster der Hinweis darauf, daß die Organisation ihren Leuten bei den sich eröffnenden verschiedenartigen Stellungen im Staate Vorteile verschaffen wird.

Auf diese Betrachtungen brachte uns das kurze Programm des neuen Blattes in Warschau, des „Głos“, der an Stelle des Organs der Liga des

polnischen Staatswesens, des „Głos Stolicy“, entstanden ist.

Das neue Blatt, das „unparteiisch“ sein soll, obwohl in der Redaktion alle bisherigen Kräfte verbleiben (darunter der bekannte H. Zagórski aus dem „Dziennik Narodowy“) und man nur die Firma des Herrn Kucharzewski vorgeschoben hat, war schon seit langem geplant und zwar gerade zwecks Herbeiführung einer engeren Verbindung der Liga des polnischen Staatswesens mit Leuten, die bis jetzt keiner Partei angehört haben, und mit der Nationalen Partei, die die Grundbesitzerkreise in sich vereinigt, die ihre Verbindung mit der „neutralistischen“ Zwischenparteilichen Fraktion abgebrochen haben.

Im Programme dieses Blattes, das sehr deutlich eine starke Regierung propagiert, gibt es absolut keinen demokratischen Hauch; dafür ist durch die häufig wiederkehrende Bezeichnung „Demagogie“ und „Phrasologie“ das Verhältnis bezeichnet, das sich den Lösungen der Demokratisierung der polnischen Volksgesamtheit entgegenstellt.

Und das soll das „neueste“ Wort eines großen Teils der Intelligenz des Königreichs in dem Augenblick sein, da ganz Europa nach dem Kriege unzweifelhaft unter dem Zeichen der Erneuerung stehen wird, da die Sympathien der Völker bei den verschiedenen Streitfragen sich nach dem Widerhall richten werden, den bei den einzelnen Völkern das neue demokratische Morgenrot finden wird. Und neben diese rein äußeren Momente tritt ein anderes, das nicht ausgeschlossen ist, wenn nämlich das neuerstehende Polen an den noch nicht festgelegten östlichen Grenzen bezüglich seiner Anziehungskraft sich mit dem jetzt in der Umgestaltung begriffenen revolutionären Rußland wird messen müssen.

Das ziehen die Leute nicht in Betracht, die in dem Wahn ihres partikularistischen Egoismus befangen sind, denen es an jeglichen umfassenden Gesichtspunkten mangelt, die sich selbst als Muster des polnischen Aktivismus hinstellen und heute aus Polen einen — Anachronismus in der Atmosphäre machen möchten, die nach dem Kriege entstehen wird.

Wir schreiben diese Worte nicht deshalb, weil wir der Tatsache der Entstehung eines neuen Blattes große Bedeutung beimessen, sondern weil wir darauf hinweisen wollen, in welchem Grade in manchen gebildeten Schichten Warschaws und des Königreichs unter dem Einfluß der langjährigen Vernichtung durch die Nationaldemokratie das Gefühl für alle Strömungen erstorben ist, die die Welt durchdringen.

Es versteht sich von selbst, daß sich durch den Einfluß solcher hausbackenen Politiker der geschichtliche Fortschritt in der Richtung der Demokratisierung von ganz Europa nicht aufhalten läßt.

Aus Nr. 155 der Nowa Reforma (Kraukau)
vom 3. April 1917.

Periculum in mora.

Kraukau, den 3. April.

Der Akt vom 5. November war das Ergebnis der politisch-militärischen Konjunktur. Seine öffentliche Analyse ist heute noch nicht möglich. Seine Hauptvoraussetzung bildete die damalige militärische Lage und das auf diese Grundlage gestützte Verhältnis der Mittelmächte zu Rußland und der Entente einerseits und das innere Verhältnis zwischen den Mittelmächten andererseits.

Das Kennzeichen der militärischen Lage dieses Zeitabschnitts war der Gleichgewichtszustand, dessen richtige Beurteilung den Mittelmächten 5 Wochen nach dem Akt vom 5. November gestattet hat, mit Friedensvorschlägen hervortreten. Nach der Zertrümmerung

des letzten Vasallen der Entente, Rumäniens, verschwand für diese der — wie man sagen kann — außerordentliche Kraftüberschuß, auf den sie noch im August und September so sehr gerechnet hat. Das Verhältnis der militärischen Kräfte ist zu dem Stand zurückgekehrt auf dem es zu Anfang des Weltkrieges stand, mit dem Unterschied zu Ungunsten der Entente, daß ihre kleinen Trabanten einer nach dem anderen von der Tagesordnung abgesetzt wurden. Es blieb nur das Bündnis der vier Mächte übrig. Die erlittenen Niederlagen suchte England durch die Beschleunigung bei der Bildung seiner Millionenheere auszugleichen. Infolgedessen erlitt das allgemeine Diagramm der Ententekräfte keine grundsätzliche Änderung. Die große russische Offensive hat sich zwar erschöpft, ohne auch nur eins von ihren strategischen Zielen zu erreichen. Der Zustand des russischen Heeres schien jedoch derart zu sein, daß man noch mit einem langen Widerstand desselben und mit der Fähigkeit rechnen mußte, in Gemeinschaft mit den anderen Ententekräften noch lange tätig zu sein.

Alles dies schuf den Zustand des Gleichgewichts der Kräfte, der die Grundlage zu Friedensverhandlungen werden konnte, wenn nicht politische Momente auf seiten der Entente gewesen wären, die ihr nicht gestattet haben, die einfachen Schlußfolgerungen aus der militärischen Lage zu ziehen.

Der Akt vom 5. November steht in unmittelbarem ursächlichen Zusammenhang mit diesem Gleichgewicht der Kräfte und mit den Friedensbestrebungen, die die Mittelmächte gerade auf dieses Gleichgewicht stützten. Der Akt sollte die Erleichterung eines Friedensschlusses auf der Grundlage dieses Gleichgewichts darstellen. Auf dem großen Gebiete der westlichen Provinzen Rußlands, die naturgemäß das einzige territoriale Kompensationsobjekt darstellen konnten und mußten, schuf der Akt vom 5. November einen neuen unabhängigen Staat. Auf diese Weise wurde eine der schwierigsten Fragen des Gebietsausgleichs wenn auch nicht beseitigt, so doch auf die Frage von größeren oder geringeren Grenzberichtigungen beschränkt.

Dieser Charakter des Aktes vom 5. November war für seine Dauerhaftigkeit maßgebend. Das Werk, das durch diesen Akt in Angriff genommen wurde, besaß gerade in diesem seinen Charakter eine Reihe von wichtigen Vorbedingungen nicht nur für seine völlige Verwirklichung, sondern auch für seine bedeutende Erweiterung und Vervollkommnung.

Im Laufe der 5 Monate, die seit dieser Zeit vergangen sind, sind Ereignisse eingetreten, die jene Sachlage gründlich und unwiderruflich geändert und dadurch die allgemein-politischen und militärischen Voraussetzungen des Aktes vom 5. November selbst modifiziert haben. Zunächst hat die Entente die Friedensvorschläge der Mittelmächte abgelehnt. Sie wollte den Zustand militärischen Gleichgewichts, der im Augenblicke dieser Vorschläge bestand, nicht als einen dauernden anerkennen. Sie versuchte, ihn zu ihren Gunsten umzugestalten. Zu diesem Zwecke unternahm sie großartige Vorbereitungen zu einer neuen, großen Kraftprobe. Unter der Gestalt einer Generaloffensive auf dem Grundsatz der sog. „einheitlichen“ Front sollte diese die Waagschale des Sieges endgültig zugunsten der Koalition beeinflussen.

Die Mittelmächte gingen nun in Beantwortung dieses Verfahrens zu dem uneingeschränkten Unterseebootskrieg über. Der Verlauf und die Folgen desselben, wie auch neue internationale Komplikationen (die Vereinigten Staaten, China), haben die Hoffnung auf einen Friedensschluß auf der Grundlage des Gleichgewichts der Kräfte zunichten gemacht. Es ist klar geworden, daß der Krieg nicht durch ein Kompromiß irgendeiner Art, sondern durch den Sieg einer der Parteien beendet werden muß.

Und gerade zu der Zeit, als beide Parteien Vorbereitungen trafen, um dieses Gleichgewicht zu ihren Gunsten zu erschüttern, brach in Rußland die Revolution aus. Obwohl der weitere Verlauf derselben noch in das Dunkel der Zukunft gehüllt ist, so unterliegt es auf Grund der vollzogenen Tatsachen keinem Zweifel mehr, daß Rußland infolge der Revolution seine militärische Aktivität eingebüßt hat. Man kann noch über den Grad dieser Einbuße streiten; die Tatsache der Einbuße selbst läßt sich aber nicht bestreiten.

In der Gesamtgestalt der Kräfteverhältnisse der beiden kämpfenden Parteien bildet dies eine gewaltige Erschütterung des Gleichgewichts, das nach der Unterwerfung Rumäniens eingetreten war, und zwar zu Ungunsten der Entente. Aus ihrem System fällt nämlich ein Glied heraus, dessen Beteiligung am Kriege unter Zugrundelegung der Länge der Kampffront mehr als eine Hälfte der Entente ausmacht. Die Gesamtlänge der französischen, italienischen und mazedonischen Front ist nämlich geringer, als die der russischen Front, die bisher ausschließlich von den Russen gehalten wurde. Wenn also Rußland infolge der Revolution seine militärische Aktivität, wenn auch nicht völlig, so doch in einem gewissen Grade verliert, sei es hinsichtlich der Organisation und der Kampfmoral des Heeres, sei es hinsichtlich der Versorgung oder vielleicht nur des Tempos der Aktion, so bedeutet dies in jedem Falle für die Mittelmächte eine verschiedene, jedoch immerhin eine bedeutende Verschiebung des Kräfteverhältnisses zu ihren Gunsten. Wenn man auch nur die geringste militärische Wirkung der russischen Revolution in Betracht zieht, nämlich diejenige, daß Rußland infolge der Revolution sich in der Offensive verspätet, so bedeutet schon diese Verspätung allein sehr viel, da sie gerade den Grundsatz der „einheitlichen Kampffront“ zunichte macht, der die Vorbedingung für das Gelingen der geplanten riesigen, endgültigen und entscheidenden Frühjahrsoffensive bilden sollte. Aber die militärischen Folgen der russischen Revolution gehen schon heute bedeutend tiefer und werden sich gewiß in naher Zukunft in noch drastischerer Weise zeigen, als in der — Verspätung selbst.

So ist also das Gleichgewicht der militärisch-politischen Kräfte, das die wichtigste Voraussetzung des Aktes vom 5. November gewesen ist, nicht mehr vorhanden. An seine Stelle ist das militärisch-politische Übergewicht der Mittelmächte getreten, welches so bedeutend ist, daß man sich nicht denken kann, daß es keinen direkten oder indirekten Einfluß auf ihre politischen Pläne und ihre Absichten nach dem Kriege haben könnte, zu denen auch als Ganzes, heute mehr als jemals, der Akt vom 5. November gehört.

Alle politischen Neubildungen, Bündnisse, Verträge, Verpflichtungen und schließlich auch Pläne und Versprechungen sind insofern von Dauer, als sich der tatsächliche Zustand als dauernd erweist, der sie hervorgerufen hat. Mit der Änderung dieses Zustandes verlieren obengenannte Neubildungen usw. ihren Inhalt und damit auch ihre Kraft. Höchstens, daß diese Neubildungen unterdessen zum Ausgangspunkte einer neuen Reihe von Tatsachen geworden sind und dieselbe von selbst schaffen, begründen und aufrechterhalten.

Wenn nach dem Akte vom 5. November von seiten der polnischen Volksgemeinschaft im Königreich Tatsachen eingetreten wären, die diesen Akt mit einem Inhalt gefüllt und ihn gewissermaßen festgenagelt hätten, dann würden die Gefahren, die ihm infolge der oben beschriebenen Änderung des tatsächlichen Zustands drohen, unvergleichlich geringer sein. Wenn die Form, die durch den Akt vom 5. November gebildet wird, von der polnischen Volksgemeinschaft rechtzeitig genug durch Tatsachen ausgefüllt worden wäre, die nach Lage der Sache noch so unvollkommen sein konnten, so könnte man heute angesichts der gründ-

lichen Änderung der Voraussetzungen dieses Aktes weit mehr Sicherheit bezüglich seiner Kraft und Dauer haben, als es tatsächlich der Fall ist.

Leider sind 5 Monate der teuersten Zeit, nämlich der Zeit des noch nie dagewesenen und gewiß nie wiederkehrenden Krieges und der außerordentlich ungewöhnlichen Konjunktur vorübergegangen, ohne daß sie von der polnischen Volksgesamtheit in irgend einem — wenn auch nur geringsten — Grade ausgenutzt worden wären. Nach dem Akte vom 5. November sind von unserer Seite bisher keine bemerkenswerten positiven Tatsachen erfolgt, die seinen Inhalt befestigen und ihn lebendig und konkret machen könnten. Wenn von der einen Million kriegsdienstfähiger Polen im Königreich heute wenigstens 500 000 ins polnische Heer eingetreten wären und jetzt ihre Ausbildung genießen würden dann wäre dies eine Tatsache die dem Akt vom 5. November einen konkreten Inhalt verleihen und ihn bis zu einem gewissen Grade — absolute Sicherheiten gibt es weder im Leben, noch in der Politik — vor Veränderungen schützen würde, denen er unterliegen muß, wenn er nicht mit den Tatsachen des polnischen Lebens, sondern einzig und allein mit den veränderlichen Verhältnissen der Kräfte verknüpft ist, unter denen die polnische Kraft fehlt.

Es ist vielleicht noch nicht zu spät, das Versäumte nachzuholen. Aber es ist hierzu die allerhöchste Zeit. Jeden Augenblick können nämlich Ereignisse eintreten, die die für uns günstige Konjunktur vollständig zerstören können. Dann werden wir aber allein bleiben, und man wird über uns ohne uns nicht gemäß unseren konsolidierten Wünschen, sondern gemäß den eigenen Interessen und Bestrebungen entscheiden. Das naive Sichverlassen auf die französische Tante oder den englischen Onkel wird sich als völlige Enttäuschung erweisen. Diese verlorenen fünf Monate wird dann das polnische Volk 100 Jahre lang suchen und — sie nicht wiederfinden. Daher periculum in mora!

Aus Nr. 156 des Czas (Kraſau)
vom 3. April 1917.

Die Ruthenen und die Sonderstellung.

Das ruthenische „Dilo“ ist unermüdlich in der Bekämpfung der Sonderstellung Galiziens. In Nr. 9326 vom 30. März schreibt das Blatt:

„Seit dem 5. November 1916 kennt die polnische Presse keine andere Taktik in der Angelegenheit Ostgaliziens und der Ruthenen, als die von Versprechungen eines Paradieses oder von Androhungen der Hölle und umgekehrt. Das Ergebnis ist aber immer daselbe. Mit Achselzucken nehmen wir das erste und mit trockenem Lachen das zweite entgegen. Wir tun aber alles, was nötig ist, um seinerzeit an die Verwirklichung der einzigen ruthenischen nationalen Forderung heranzutreten, die unserem Volke die nationale Entwicklung sichern kann und einzig und allein den inneren und äußeren Interessen der Monarchie entspricht. Daher streben wir nach der Schaffung staatsrechtlicher Grundlagen für eine national-territoriale ruthenische „Selbständigkeit“ im Staate und gleichzeitig nach einer gerechten Lösung der polnischen Frage, d. h. der Frage der polnischen Minorität in dem ukrainischen Kronlande Österreichs.

Das ist unsere Stellung und die Stellung des ganzen ukrainischen Volkes ohne Ausnahme. Es gibt keine politischen Notwendigkeiten, die uns veranlassen könnten, diese unsere Haltung aufzugeben. Geringe bestehen auf polnischer Seite, wie dies aus den verschiedenen Ausführungen der polnischen

Presse hervorgeht, gewisse politische Vorbehalte, Klauseln und Bedingungen, die jene lächerlichen Versuche zur Folge haben, auf uns einzuwirken. Alle Bemühungen sind hier überflüssig, denn wir kennen allzu gut die polnische politische Seele aus der Erfahrung der geschichtlichen Vergangenheit und kennen ihren inneren Wert im gegenwärtigen Augenblick. (Drei Zeilen sind von der Zensur gestrichen).

Nur das eine wollen wir bemerken. Indem die polnischen Blätter uns einzureden suchen, daß unser Einverständnis zur Sonderstellung Galiziens nicht nötig sei, versichern sie uns immer wieder, daß die polnische Frage eine große internationale Bedeutung habe und daß man mit ihr die ukrainische Frage nicht vergleichen könne. Daß die polnische Frage im gegenwärtigen Kriege eine internationale Bedeutung erlangt hat (jedoch nicht eine so große, wie es manchem Polen erscheint), wollen wir nicht bestreiten. Aber daß sowohl bei den Beweggründen als auch bei den Zielen des Krieges auch die ukrainische Frage im allgemeinen und die galizisch-ukrainische Frage im besonderen keine unwichtige Rolle gespielt hat, ist keinem Eingeweihten unbekannt. Diese internationale Bedeutung der ukrainischen und ostgalizischen Frage und damit auch der Frage der staatsrechtlichen Stellung des ukrainischen Elements zur Sonderstellung Galiziens unter polnischer Vorherrschaft hat sich von Anfang des Krieges an bis auf den heutigen Tag nicht geändert, sondern nur vertieft. Der innere Inhalt der Bedeutung dieser Fragen hat sich heute, nach der Umkehr Rußlands zur Demokratie, teilweise geändert, jedoch nicht zu unseren Ungunsten. Zweifeln die polnischen Politiker etwa daran? Nehmen sie etwa an, daß die von ihnen ersehnte Ergebung des ukrainischen Volkes unter ihre Herrschaft bei dem regen politischen Leben und dem Einfluß des ukrainischen Volkes im Auslande nicht schon im nächsten Jahrzehnt nach dem Kriege auf die Gestaltung der internationalen Verhältnisse einen Einfluß ausüben würde?“

Aus Nr. 83 des Głos Narodu (Kraſau)
vom 7. April 1917.

Die Wiedererlangung des Kraſauer Kohlenreviers.

Die vor einigen Monaten begonnenen Verhandlungen zwischen dem galizischen Landesauschusse und den „Westdeutschen Thomas = Phosphatwerken“ (Schulzins'sche Erben), Eigentümern des Kraſauer Kohlenreviers, sind zu einem günstigen Abschlusse gelangt.

Am 31. März d. J. kam in Wien zwischen den Bevollmächtigten der oben genannten Firma und den Bevollmächtigten des Landesauschusses ein Vertrag zustande, der Galizien den Ankauf dieses Kohlenreviers sichert. Der Abschluß des eigentlichen Kaufvertrages wird im geeigneten Augenblick erfolgen.

Diese Tatsache, die uns schon seit einigen Tagen bekannt ist, aber erst heute die zur Veröffentlichung erforderliche Reife erlangt hat, hat eine epochemachende Tragweite für die Zukunft unseres Landes. Unermeßliche Kohlenschätze werden uns zur Erfüllung der höchsten wirtschaftlichen Aufgaben befähigen, die Schätze, die vor Jahren infolge unserer Unachtsamkeit unsern Händen entglitten sind, gehören wieder uns!

Aus Nr. 72 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 31. März 1917.

**Unsere Entente Freunde drohen mit dem
polnischen Heere.**

**Denkschrift der Lausanner Agentur in Sachen
des polnischen Heeres.**

Genf, den 20. März.

Wie ich höre, hat die ententefreundliche Lausanner Agentur zu Händen des französischen Militär-Attachés in Bern eine Denkschrift in Sachen der polnischen Armee überreicht. Diese Tatsache ist höchst bezeichnend, wenn man erwägt, daß Leute, deren politischen Vorposten die genannte Agentur bildet, der polnischen Volksgesamtheit fortgesetzt Passivität und Neutralität empfehlen, alle Hoffnungen für uns auf den Edelmut und die Sympathie der Entente setzen. Da sich aber die angeblichen Sympathien seitens der Entente bis dahin in einem amtlichen Akte nicht offenbart haben, welcher den Polen nicht bloße Versprechungen, sondern reale, positive Zugeständnisse für die Zeit nach dem Kriege geben würde, sie im Gegenteil sogar Protest erhoben hat gegen den Akt vom 5. November, welcher die Zukunft näher bestimmt und der Volksgesamtheit schon jetzt die Möglichkeit der Verwirklichung ihrer nationalen Bestrebungen in gewissen Grenzen gibt, so haben unsere ententefreundlichen Emigranten augenscheinlich ihre Taktik geändert und fangen jetzt an, der Entente mit dem polnischen Heere zu drohen, von dessen Bildung sie im Lande abraten.

Die genannte Denkschrift besteht aus drei Teilen. Der erste Teil enthält eine Berechnung der Kräfte des polnischen Heeres nach T. Filipowicz (ungefähr eine Million Soldaten) sowie eine Berechnung des Offizier-Materials in den Legionen. Der zweite Teil weist nach, daß die Schaffung eines so starken Heeres vom Staatsrat abhängt, der — nach der Ansicht der Verfasser der Denkschrift — erst dann ein Heer aufstellen wird, wenn er sich überzeugt hat, daß die Entente nicht im Einverständnis mit Rußland dem polnischen Staate eine vollständige Unabhängigkeit sichert. Diese Übernahme der Garantie für das zukünftige Verhalten des Staaterrates durch Leute, welche sich für denselben bis dahin nicht erklärt haben, charakterisiert die politische Methode dieser Leute. Der dritte Teil der Denkschrift bietet eine Zusammenfassung des angeblichen Planes der Deutschen bezüglich der Schaffung eines polnischen Heeres.

Die Denkschrift schließt mit der Schlussfolgerung, daß Frankreich und England die Unabhängigkeit Polens verkünden müssen, wenn sie nicht eine Million polnischer Soldaten im Rücken haben wollen.

Wie mir versichert wurde, ist der französische Militär-Attaché mit dieser Denkschrift sofort zu seinem Kriegsminister abgereist. Interessant ist der besondere Umstand, daß der Militär-Attaché erklärt haben soll, daß die polnische Frage dort, wo das polnische Heer in Frage kommt, von der Entente unabhängig von Rußland behandelt werden könne.

Natürlich muß man zweifeln, daß die Entente vor den Drohungen der Herren der Lausanner Agentur erschrecken wird, die in dieser Weise mit dem polnischen Heer Krieg führen, dessen Schaffung sie sich selbst gar nicht wünschen. Daher werde ich auch nicht ausführen, welchen problematischen Wert für uns unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Unabhängigkeit haben würde, die infolge der unwahrscheinlichen Furcht vor dem papiernen Heere der Herren der Lausanner Agentur verkündigt werden sollte.

Ich möchte jedoch die Volksgesamtheit auf gewisse Seiten der obigen Denkschrift aufmerksam machen. Unsere Neutralisten möchten gern ein noch nicht bestehendes Heer als einen wichtigen politischen Faktor

in der Polenfrage ausspielen, die vom Gesichtspunkte der militärischen Kraft aus betrachtet, sogar das Interesse so mittelbar unbeteiligter Staaten, wie England und Frankreich, erwecken muß. Die polnische Frage als reales Problem der Kraft durch Schaffung eines polnischen Heeres noch im Kriege vor das internationale Forum zu bringen, sollte das Hauptbestreben unserer nationalen Politik sein. Man muß dessen eingedenk sein und die Gelegenheit benutzen, um eine nationale Kraft zu organisieren, deren Exponent das Heer ist.

Nr. 167 der Nowa Gazeta (Warschau)
vom 6. April 1917

gibt den Inhalt der von der „Agence de Lausanne“ an den französischen Militärattaché in Bern gerichteten **Denkschrift über die polnische Armee** wieder und nimmt an, daß dieser Wechsel in der Taktik der ententefreundlichen polnischen Emigranten mit der russischen Revolution zusammenhängt. „In jedem Falle muß man den Schritt der Politiker von Lausanne als für sie sehr charakteristisch ansehen, als den Anfang ihrer Zurückziehung von einer Aktion, in die sie das System Dmowski verwickelte.“

(Aus Nr. 65 des Warschauer Tagesberichts vom 7. April 1917.)

Aus Nr. 77 der Gazeta Poznańska (Posen)
vom 4. April 1917.

**Alexander Lednicki über die Lösung
der polnischen Frage.**

Der gegenwärtige Vorsitzende der polnischen Kommission, Herr Alexander Lednicki, äußert sich über die Lösung der polnischen Frage im „Echo polskie“, das in Moskau erscheint, in folgender Weise:

„Wir hatten schon oft Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß die gewaltigen Losungen des gegenwärtigen Krieges wie eine brennende Fackel in die Herzen der Polen fielen und wie ein Sonnenstrahl auf dem Kalvariengang des polnischen Volkes aufleuchteten, denn sie machten zu einem geschichtlichen Gebot die Wiederherstellung Polens. Rußland muß nämlich jetzt den Polen die politische Unabhängigkeit, einen unabhängigen Staat gewähren und die Organisation desselben dem polnischen Volke selbst überlassen. Denn der Wiederaufbau Polens bildet auch für Rußland einen keineswegs zu unterschätzenden Faktor der politischen Ethik, der gerade im letzten Stadium des Krieges, der jetzt schon seinem Ende naht, über die ganze Zukunft Rußlands entscheiden kann. In der Politik darf man sich nämlich niemals widersprechen; man darf nicht, ohne in Kollisionen zu geraten, durch die man nur seine eigene Stellung untergraben würde, als Kriegsziel die Wiederherstellung Serbiens, Belgiens und Böhmens bezeichnen, und zu gleicher Zeit die berechtigten Bestrebungen des polnischen Volkes ignorieren. Außerdem darf Rußland auch nicht vergessen, daß Polen gegenwärtig naturgemäß noch unter dem deutschen Einfluß steht.“

Deswegen halten wir es für unsere Pflicht, mit aller Offenheit zu erklären, daß eine Halbheit bei der Lösung der polnischen Frage nicht mehr zulässig ist. Dann schon lieber schweigen, als zu wenig sagen. Mit Genugtuung begrüßten wir deshalb die Artikel des Herrn Professors Gradeskulow, des Vizepräsidenten der ersten Duma, der darauf hinweist, daß es für das russische Volk bei der Lösung der polnischen Frage keine andere Direktive geben könne, als die Direktive des eigenen Gewissens, das schon vor Jahren, durch den Mund der Slawophilen Samarin, Afsakow, Bagodin und anderer eindringlich gemahnt, mit aller

Macht gebot, die Entscheidung über die Zukunft und die Existenz Polens den Polen selbst zu übertragen. Um so mehr fühlen wir uns durch die Tatsache beunruhigt, daß in einem gewissen Teil der russischen liberalen Presse jene Stimmen nicht verstummt sind, welche unter vollständiger Verkennung der realen Bedingungen auch heute noch verlangen, daß zu Rußland nicht nur das Königreich Polen, sondern auch Galizien und die polnischen Gebiete in Preußen gehören müssen. Diese Blätter suchen ihre ausdrücklich imperialistischen Tendenzen mit Schlagworten, wie „freies Polen“, „das Staatsinteresse Rußlands“, „die Notwendigkeit der Sicherstellung“ usw. zu bemänteln. über dieses Wortspiel haben wir schon oft und viel geschrieben; wir haben auch den Weg gezeigt, auf welchem Rußland seine wichtigsten Interessen am besten schützen sollte: Dazu gibt es Handelsverträge und Militärkonventionen.

Wir wollen deshalb auch auf dieses Thema nicht mehr zurückkommen; wir wollen hier nur mit aller Macht betonen, daß es jetzt die höchste Zeit ist, solche Projekte aufzugeben und sich schon laut und unzweideutig in der polnischen Frage zu erklären. (Unter dessen bereits geschehen — die Redaktion.)

Was den zweiten Punkt anbelangt, nämlich von wem, bzw. durch wen die polnische Frage gelöst werden soll, so bin ich mit den „Rußl. Wiedomosti“ der Ansicht, daß hier ein großes Mißverständnis vorliegt. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die polnische Frage einen durchaus internationalen Charakter trägt und daß sie deswegen nur von einem europäischen Kongreß gelöst werden kann. Das ergibt sich schon daraus, daß Polen aus drei Teilen besteht, daß es von drei Mächten geteilt wurde, die jetzt im Kampf miteinander stehen, und daß also an der Entscheidung der polnischen Frage sich ebenso Österreich und Deutschland, wie auch Rußland beteiligen müssen; da aber jede von den drei Mächten außerdem noch durch ihre Alliierten gebunden ist, so dürfen bei dieser Entscheidung auch die Alliierten nicht ausgeschlossen werden. Nun hat aber die Koalition schon die Erklärung abgegeben, daß Polen die Grundlage des künftigen Gleichgewichts Europas bilden soll. Das greift aber selbstverständlich einer Lösung der polnischen Frage auf dem internationalen Wege nicht vor. überdies dürfen wir nicht vergessen, daß auch schon der Wiener Kongreß das Königreich Polen wieder ins Leben gerufen und die Unversehrtheit seines konstitutionellen Organismus beschlossen und ebenso garantiert hat. Und wenn auch diese konstitutionellen Freiheiten infolge der Ereignisse im Jahre 1831 und 1863 aufgehoben wurden, so hat eine solche Aufhebung vom Standpunkt des internationalen Rechts doch keine Gültigkeit. Angesichts solcher Tatsachen ist es zu verwundern, daß gewisse politische Kreise in Rußland immer noch darauf bestehen, daß die polnische Frage eine innerpolitische Frage Rußlands sei. Ein solcher Standpunkt entbehrt jeder rechtlichen und tatsächlichen Grundlage. Wir wollen aber in dieser Hinsicht keine Scholastiker sein, und deswegen sind wir bereit, anzuerkennen, daß bei der Entscheidung über die polnische Frage, insbesondere bei der Ratifizierung des Friedensvertrages weder die Duma noch der russische Staatsrat ausgeschlossen werden darf. Es kommt uns übrigens gegenwärtig vom polnischen Standpunkte auch gar nicht so sehr darauf an, auf welche Art, sondern vielmehr in wie weit, d. h. in welchem Umfange die polnische Frage gelöst wird. Es kommt uns vornehmlich darauf an, daß über sie in richtiger Weise entschieden wird, und in dieser Hinsicht vertrauen wir auf die politische Klugheit des russischen Volkes und auf sein Verständnis für die Tragik sowie für das unverbrüchliche Recht Polens auf seine Unabhängigkeit. (Wat.)

Aus Nr. 72 des Wiarius Polski (Bochum)
vom 28. März 1917.

Vorträge in der Sorbonne über Polen.

Professor Lacour Gayet, der seit 20 Jahren an der Sorbonne Vorlesungen über die französische Geschichte hält, hat eine Vorlesung Polen gewidmet. U. a. hat er ausführlich die Verfassung vom 3. Mai charakterisiert, wobei er auch von dem heutigen Polen mit Sympathie sprach. Er streifte auch die polnische Gastfreundschaft und gedachte in dankbarer Weise der Familie Lednicki. Unsere Geschichte schilderte er an der Hand einer Karte vom Jahre 1772. Einen schönen Abschnitt widmete er der Ukraine. Nach dem Vortrage, dem die zahlreich versammelte polnische Kolonie lauschte und ihm großen Beifall spendete, fanden deklamatorische Vorträge statt. Frä. Halka Hulewicz zitierte Stellen aus den Sonaten von Adam Mickiewicz und aus dem „Pan Tadeusz“. Frau Jarecka sang mit großem Erfolg einige Volkslieder und die Hymne „Gott, der du Polen“.

Aus Nr. 78 der Gazeta Poznańska (Posen)
vom 5. April 1917.

Der Papst, Italien und die Polen im Posener Landesteil.

Der Schriftsteller Labriela schreibt im „Messagero“ buchstäblich folgendes: Die öffentliche Meinung der Demokratie in Italien interessierte sich immer lebhaft für die traurigen Ereignisse, von denen die Polen betroffen wurden, und für die Zukunft Polens, dessen vollständige Unabhängigkeit und Wiederherstellung sie wünschte. Sie versprach auch ihrerseits feierlich, jede Unterstützung dazu. Deswegen halte ich es für dienlich, unsere polnischen Freunde auf die Rede aufmerksam zu machen, die von dem stellv. Vorsitzenden der polnischen Fraktion im deutschen Reichstage, Herrn Wladislaus Seyda, in der Reichstagsitzung vom 1. März d. J. gehalten worden ist.

Herr Seyda sagte buchstäblich folgendes: (Hier folgt die ganze Rede des Abgeordneten Seyda.)

Obwohl vorausgesetzt werden muß, daß diese Rede im deutschen Reichstage von denjenigen Polen, welche der polnischen Fraktion und dem Zentrum (?) angehören, gebilligt wurde, so wäre es doch von Nutzen, zu erfahren, in wie weit auch die öffentliche Meinung unter den Polen die Ideen dieses komischen Herrn Seyda, des stellv. Vorsitzenden der polnischen Fraktion, teilt, der die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes verlangt.

Rom wurde nämlich den Italienern auf Grund einer Volksabstimmung zurückgegeben, und seine Trennung von Italien würde jetzt für die Italiener schmerzlicher sein, als für die Polen die Teilung Polens. Herr Seyda und seine Genossen machen sich also lächerlich, wenn sie einerseits über die Unterdrückung Polens klagen und andererseits Rom den Italienern mit fremdem Schwert und mit fremden Armeen entreißen möchten. Wir müssen aber zunächst noch erfahren, bis zu welchem Grade die polnische Fraktion auch die öffentliche Meinung in dem Posener Landesteil vertritt. Es wäre nämlich doch zu interessant, wenn wir einen Staat aufbauen sollten, der womöglich morgen die weltliche Herrschaft des Papstes wiederherstellen, uns die mittleren Provinzen Italiens entreißen und uns auf diese Weise zu Grunde richten würde. Deswegen wird es gut sein, wenn wir uns in dieser Angelegenheit noch rechtzeitig aussprechen. Meine polnischen Freunde kennen ja ganz gut meine Anschauungen über die polnische Frage. Es würde sich deshalb empfehlen, daß sie jetzt ihre Landsleute darüber informieren, welchen Eindruck auf uns die Rede jenes Herrn Seyda gemacht hat.“

Es ist noch zu bemerken, daß die Ausführungen des Herrn Labriola auch von einem großen Teil der italienischen Presse mitgeteilt wurden. Er gilt übrigens für den größten Polenfreund und agitierte stets unter den italienischen Abgeordneten dafür, daß sie eine Lösung der polnischen Frage in dem Sinne verlangen sollten, daß die endgültigen Wünsche der Polen selbst berücksichtigt würden. (Wat.)

Aus Nr. 164 des Goniec (Warschau)
vom 3. April 1917.

Die Schweden über das polnische Heer.

Infolge der Nachrichten von der Schaffung eines polnischen Heeres interessiert sich die schwedische Presse, wie überhaupt die ganze auswärtigen Presse, lebhaft für die polnische Frage, deren internationale Bedeutung durch die Möglichkeit der Schaffung einer eigenen Wehrmacht erheblich gestiegen ist. Unter den Stimmen der schwedischen Presse ist besonders erwähnenswert die des Hauptmannes Ernst Viljedahl, Abgeordneten zum Parlament, Literaten und politischen Publizisten, welcher im „Aftonbladet“ vom 25. Februar 1917 folgendes ausführt:

„Ohne ein starkes Heer wird Polen für die Erhaltung seiner erneuerten Freiheit keine Bürgschaft erlangen. Die Mittelmächte verfügen über keine Vorräte politischen Almosens, sondern sie brauchen im Gegenteil zu ihrer Sicherung alles das, was sie erobern können. Hauptsächlich zu diesem Zwecke haben sie sich für die Freiheit Polens erklärt, und dieser Umstand bietet die Gewähr dafür, daß diese Tat von geschichtlicher Bedeutung nicht in der Luft schwebt, wie der phantastische und heuchlerische Ukas des Zaren. Jedoch müßte auch Polen selbst seine ganze Kraft für die Vertiefung seiner Freiheit einsetzen. Der vorläufige polnische Staatsrat sollte die freiwillige Werbung nicht als eine ausreichende Norm anerkennen, einmal deshalb, weil sich in Polen gegenüber dem Militärdienst Vorurteile eingewurzelt hätten (war dieser doch russisch und diese Vorurteile haben die Taten der tüchtigen Legionen nicht beseitigt) ferner, weil Polen durch den Krieg ungewöhnlich stark gelitten hat, was die Ermüdung und Erschöpfung der Bevölkerung erklärt, und schließlich auch deshalb, weil das von Rußland stiefmütterlich behandelte Volksschulwesen in Polen die breiten Massen der Dorfbewohner über die idealen Bedürfnisse des Vaterlandes nicht aufgeklärt hat. 30 000 Legionisten sind von der Front zurückgezogen worden und sollen sich mit dem Werke der Organisierung der Armee befassen, ihren Kern und den Offiziersstamm bilden. Nach einigen übereinstimmenden Berechnungen wird die Zahl der polnischen Wehrmacht annähernd 1 Million betragen. Das wird eine gute Hilfe für Hindenburg sein, wenn sie zur rechten Zeit da ist.“

Diese deutliche Stimme eines schwedischen Publizisten aus einem Lande, das an der Bildung einer polnischen Armee kein Interesse hat, ist sehr bezeichnend und für die polnische Volksgesamtheit beachtenswert.

Nr. 169 der Nowa Gazeta (Warschau)
vom 7. April 1917

enthält einen längeren Aufsatz unter der Überschrift:

Die polnische Frage in Schweden,

der auf das lebhafteste Interesse hinweist, das Schweden der polnischen Frage während des Krieges entgegenbringt. Dieses Interesse werde durch die Stellung Schwedens zu Rußland bestimmt. „Als (nach Schweden) die Nachricht von der Bildung der polnischen Legionen in Krakau gelangt war, begrüßte ein Teil der Presse („Svenska Dagbladet“, „Nya Dagligt Allehanda“) diese Bewegung mit aufrichtigem Enthusiasmus, und in kurzer Zeit ging diese Stimmung auch auf andere Blätter über („Aftonbladet“, „Forum“, „Dagens Nyheter“ und andere). Für die Unabhängigkeit Polens traten hervorragende Persönlichkeiten ein. In Stockholm und Malmö werden von den Schweden Vorträge über Polen gehalten, und es ergehen an die Gesellschaft Aufrufe, welche zu Spenden zugunsten Polens auffordern. „... man kann“ — heißt es im Aufsatz — „entschieden feststellen, daß keines der neutralen Länder sich durch so zahlreiche und herzliche Äußerungen der Sympathie für Polen zu erkennen gab wie Schweden.“ Sofort nach dem Abzug der Russen aus Warschau wurden in Schweden Stimmen laut, welche an die Zentralstaaten die Forderung stellten, Polen die Unabhängigkeit zu erteilen und alle Annexionsprojekte verurteilen. Jetzt verschwinde dort die Einrichtung der künftigen Verhältnisse in Polen nicht mehr von der Tagesordnung.

Nr. 877 des Głos Stolicy (Warschau)
vom 31. März 1917

bringt einen Artikel unter der Überschrift: „Das Fiasko der polnischen Legion in Kanada und neue seltsame Einfälle des Herrn Wincenty Lutoslawski“, der aus der Pariser „Polonia“ und der Moskauer „Gazeta Polska“ geschöpfte Daten über das klägliche Scheitern der sog. polnischen Legion in Kanada ent hält. Der durch seine sonderbaren Ansichten bekannte philosophische Schriftsteller Prof. Lutoslawski begründet in der Chicagoer polnischen Zeitung „Zgoda“ vom 3. Januar 1917 das Scheitern der Idee einer Freiwilligenarmee in Kanada folgendermaßen: „Die Deutschen erfuhren von diesem für sie gefährlichen Plan, und infolgedessen beschlossen sie, die Meinung unserer leichtgläubigen Emigranten durch ihre Proklamation vom 5. November irrezuführen. Es gelang ihnen dies zum Teil, denn viele Freiwillige, welche entschlossen waren, in englischer Bewaffnung die Deutschen zu schlagen, drohen jetzt, daß sie in deutschen Pickelhauben gegen die Russen ziehen werden.“ Schließlich tröstet sich Lutoslawski damit, daß „die Legionen nicht mehr tätig sind, daß Biljudski sie im Stich gelassen hat; ich weiß das von seinen nächsten Freunden in Genf; er wird in Krakau gefangen gehalten.“

(Aus Nr. 61 des Warschauer Tagesberichts vom 2. April 1917.)